

Florian Finkbeiner | Dominik Dewitz  
Katharina Trittel | Ellen Brühl  
Niklas Schröder | Marie Nolte

# Rechtsradikalismus in sozialdemokratischen Kerngebieten

Eine Regionalstudie zur  
deutungskulturellen Verarbeitung  
der AfD in Salzgitter

Nr. 6  
(2021)



# Inhalt

<b>1 Einleitung</b>	<b>4</b>
1.1 Salzgitter als prädestinierte Untersuchungsregion	5
1.2 Erkenntnisinteresse und theoretisch-begriffliche Klärungen	6
1.3 Ein einordnender Blick auf den Forschungsstand	10
1.4 Zum Vorgehen	12
<b>2 Zur historischen Dimension: Salzgitter als Stadt der Arbeit</b>	<b>15</b>
2.1 Salzgitters historisch-kulturelles Erbe	17
2.2 Zum besonderen Charakter des sozialdemokratischen Milieus	19
2.3 Vom Malocher zum demokratischen Industriebürger als neuem sozialintegrativem Leitbild	24
<b>3 Methodische und theoretische Überlegungen: Zum Zusammenhang von politischer Kultur und Deutungsmustern</b>	<b>31</b>
3.1 Zum Begriff des Deutungsmusters	32
3.2 Leitfadengestützte Interviews als methodischer Zugriff	34
3.3 Zum Aufbau des Interview-Leitfadens	35
3.4 Zur Auswertung	37
<b>4 Einschätzungen der Deutungseliten zu Politik und Leben in Salzgitter</b>	<b>39</b>
4.1 Das Selbstbild der Stadt und der lokalen Gemeinschaft	39
4.2 Das Bild von Politik und die Wahrnehmung des politischen Lebens	41
4.3 Problemwahrnehmungen: „Die Stadt hat echt Probleme“	45
4.4 Wahrnehmung der AfD und ihrer Wähler: „Es weiß keiner, was los ist“	49
<b>5 Interpretative Rekonstruktion der Deutungsmuster</b>	<b>55</b>
5.1 Technokratische Politikvorstellung	56
5.2 Sozialdemokratischer Gestaltungswille	59
5.3 Meritokratische Gesellschaftsvorstellung	62
5.4 Kosmopolitische Bildungsemphase	65
5.5 Weitere Abwehrmechanismen und Rationalisierungsmomente im Kontext der AfD	71
<b>6 Zusammenführung und Schlussbetrachtung</b>	<b>77</b>
6.1 Anspruch und Ziel der Studie	77
6.2 Bündelung der Ergebnisse	78
6.3 Ausblick	82
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>86</b>
<b>Autoren</b>	<b>94</b>

# Auf einen Blick

**D**er Fachbereich Rechtsradikalismus der *Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen* (FoDEx) untersucht den Zusammenhang und die Verflechtung von rechtsradikalen Mentalitäten und der politischen Mehrheitskultur. Unser Ziel ist es, in mehreren Teilstudien die verschiedenen Aspekte des neuen Rechtsradikalismus in direkter Verbindung mit der politischen Kultur zu analysieren. Die vorliegende Studie erforscht am Beispiel von Salzgitter die regionale politische Kultur und ausschnittsweise soziale Deutungsmuster und Mentalitätsbestände. Im Vordergrund steht der Zusammenhang von politischer Wahrnehmung, der entsprechenden Deutung und dem daraus resultierenden Umgang mit Rechtsradikalismus.

Die Studie fragt danach,

- wie politische Deutungseliten vor Ort mit dem AfD-Erfolg in Salzgitter umgehen, wie sie sich diesen erklären und ob sie überhaupt einen Erfolg bzw. ein Problem sehen,
- wieso die AfD ausgerechnet in sozialdemokratischen Kerngebieten so erfolgreich ist,
- wie die politische Kultur vor Ort beschaffen ist und welche lokalkulturellen Kontextbedingungen möglicherweise Aufschluss geben über den lokalen Widerhall,
- was der Wahlerfolg der AfD in Salzgitter für die weitere politische Entwicklung bedeutet.

Die Studie kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

1. Es gibt derzeit einen politischen Deutungskonflikt vor Ort, wie die AfD und das durch sie Symbolisierte einzuordnen sind. Dabei zeichnen sich politische Orientierungsschwierigkeiten ab, die über den alleinigen AfD-Kontext hinausreichen, genauer: Der Umgang mit der AfD ist nicht wegen der Rechtsaußenpartei an sich umstritten, sondern weil damit tieferliegende Problemlkomplexe wie die Krise der Sozialdemokratie berührt werden. Vor allem aus diesem Grund tun sich die sogenannten etablierten Parteien so schwer, eine kohärente Strategie gegen die AfD zu finden.
2. Die politischen Orientierungsschwierigkeiten offenbaren Probleme in der deutungskulturellen Verarbeitung der AfD, d. h. es gibt einen politisch virulenten Konflikt zwischen der öffentlich geführten Auseinandersetzung und der kulturell präformierten, ritualisiert-eingeübten Wahrnehmungs- und Umgangsform mit rechten Phänomenen. Aus der regionalen politischen Kultur leiten sich Handlungsrouninen ab, die eine rationale Auseinandersetzung mit der AfD erschweren bzw. teilweise sogar blockieren. In einer solchen wird klar unterschieden zwischen Parteipolitik, Propaganda, Provokation und Personal sowie dem lediglich durch die AfD Symbolisierten und der Komplexität der Ursachenbündel für die Affinität bestimmter Bevölkerungsgruppen zu einer solchen Parteilalternative.
3. Die AfD ist weniger Auslöser als vielmehr Resultat einer sich seit längerem abzeichnenden Polarisierung, deren Ursachen in langfristig angelegten politischen, ökonomischen und (sozio)kulturellen Entwicklungen liegen. Der bestehende Konflikt im

Umgang führt zur zusätzlichen Polarisierung und verschärft in einer Art Teufelskreis die bereits angelegten Spannungen vor Ort. Die gesellschaftliche Nachfrage für ein solches parteipolitisches Angebot wie das der AfD ist nur vor dem Hintergrund zu verstehen, dass dieser neue Rechtsradikalismus eine Art Reaktion darstellt auf die schon länger bestehenden Demokratieprobleme.

Die Alternative für Deutschland (AfD) gibt weiterhin Rätsel auf. Der elektorale Erfolgslauf der inzwischen nicht mehr ganz so neuen Rechtsaußenpartei ist derzeit gestoppt, da ihr Zuspruch Anfang 2021 in bundesweiten Umfragen zwischen neun und zwölf Prozent stagniert. Damit scheint sich aber zugleich ihre Etablierung im Parteiensystem vollständig vollzogen zu haben, denn obwohl sie aktuell kaum von der Corona-Krise profitieren kann und von einer innerparteilichen Auseinandersetzung in die nächste schlittert, bleibt sie in Umfragen dennoch relativ konstant. Dass die AfD auf dem Wählermarkt eine solche Persistenz entwickelt, d. h. für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Gesellschaft als aktuell wählbare Parteilalternative erscheint, ist allein schon erklärungsbedürftig.

Auch in der Forschung gibt es derzeit kaum zufriedenstellende Antworten auf die Frage nach den Erfolgsgründen der AfD und deren Zusammenhang mit dem Wandel der Gesellschaft. Es ist vielmehr umstritten, welche gesellschaftlichen Faktoren vor je unterschiedlichen theoretischen Hintergründen als zentrale Indikatoren in entsprechenden Erklärungsmodellen betont werden sollten.<sup>1</sup> Dass die Zeiten vorbei sind, in

denen man immer wieder mit den altbekannten Formeln operieren könnte, um damit auch neue gesellschaftliche Phänomene einfangen zu können, hat öffentlichkeitswirksam jüngst der Soziologe Andreas Reckwitz in seinem Buch „Das Ende der Illusionen“ dargelegt.<sup>2</sup> Mit dieser Einsicht ist nicht nur ein Appell an Politik wie Öffentlichkeit verbunden, neue Antworten auf die Krisen der Gegenwart zu finden, sondern auch ein Anstoß für die Forschung, sich neuen gesellschaftlichen Phänomenen zunächst einmal empirisch stärker anzunähern. Dieses Credo der vorrangig empirischen Erforschung der aktuellen Verfasstheit der Gesellschaft gilt ebenso im Allgemeinen wie für die Rechtsextremismusforschung<sup>3</sup>. Insbesondere, wenn man Debatten einbezieht, die streng genommen über den teils starren Rahmen der Forschungsrichtung hinausgreifen. So etwa in der Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, nach einer möglichen Polarisierung der Gesellschaft oder nach den Ursachen der politi-

---

schaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen. FoDEx-Studie Rechtsradikalismus Nr. 4, Göttingen 2020, bes. S. 21–28.

---

<sup>1</sup> Zur Forschungsdebatte vgl. bspw. Jesse, Eckhard: Das Aufkommen der Alternative für Deutschland. Deutschland ist kein Ausnahmefall mehr, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration, Wiesbaden 2019, S. 97–132; Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wähler-

<sup>2</sup> Vgl. Reckwitz, Andreas: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Bonn 2020 [2019].

<sup>3</sup> Ganz in diesem Sinn plädiert bspw. auch der Rechtsextremismusforscher Gideon Botsch für eine stärker empirisch ausgerichtete, „historisch-genetische“ Forschung, vgl. Botsch, Gideon: Zeitgeschichtliche Impulse für die Rechtsextremismus-Forschung, in: Zeitgeschichte-online, 23.10.2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/zeitgeschichtliche-impulse-fuer-die-rechtsextremismus-forschung> [eingesehen am 04.12.2020].

schen Struktur- und Formveränderungen, die gemeinhin mit dem Label „Populismus“ umrissen werden.<sup>4</sup>

Auch wenn die AfD in Niedersachsen vergleichsweise geringe Erfolge erzielt – sie liegt hier in Umfragen Ende des Jahres 2020 zwischen sechs und sieben Prozent –, mangelt es an Erklärungen für diese. Denn trotz relativ niedriger AfD-Zustimmungswerte zeigt die bisher einzige empirisch-repräsentative Untersuchung über die Politik- und Demokratievorstellungen der Niedersachsen<sup>5</sup> eine weitaus größere politische Unzufriedenheit, als sie sich allein mit Blick auf die AfD-Ergebnisse erschließen ließe – werden doch politischer Unmut und AfD-Affinität in der Debatte oftmals zusammengedacht. Eine jüngst erschienene qualitative Vertiefungsstudie zu diesen Daten ergab zudem, dass sich Konflikt- und Frustrationserfahrungen bei den Niedersachsen aufgrund politisch-kultureller Faktoren teilweise anders entladen als nur im Wählen der AfD.<sup>6</sup> Vielmehr verweist ihre Berufung auf den ordnungsstiftenden Staat auf so immense Loyalitätsreserven, dass selbst vorhandene Frustrationserfahrungen in Niedersachsen oftmals nicht ausreichen, um der AfD die eigene Stimme zu geben.

Was dieses politische Missverhältnis für die parlamentarische Demokratie und besonders ihre Repräsentativfunktion bedeutet, ist offen.<sup>7</sup> Die *Forschungs- und Dokumentationsstelle zur*

*Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen* (FoDEX) geht dem Zusammenhang von Politik und Kultur (auch) im Anschluss an die Studie „Rechtsradikalismus in Niedersachsen“ nach.<sup>8</sup> Diese hat gezeigt, dass der Handlungsspielraum der politischen Mobilisierung rechtsradikaler Aktivitäten jenseits individueller Einstellungsdispositionen von politisch-kulturellen Faktoren abhängt, die wiederum auf die entsprechende Erscheinungsform des Rechtsradikalismus vor Ort zurückwirken. Aus diesem Grund widmet sich FoDEX den Strukturdimensionen niedersächsischer rechtsradikaler Mentalitäten mithilfe des Forschungszugangs der politischen Kulturforschung (indem Rechtsradikalismus als Problem der politischen Kultur verstanden wird), um mithilfe von quantitativen wie qualitativen Untersuchungen in Fallanalysen, Milieu- und Regionalstudien mehr über lokalkulturelle Kontextbedingungen und die politischen Kulturen vor Ort zu erfahren.<sup>9</sup>

## 1.1 Salzgitter als prädestinierte Untersuchungsregion

Dass die AfD aber auch in Niedersachsen – unabhängig von landesweit relativ geringen Umfragewerten – keineswegs eine politisch randständige Partei ist, zeigen vor allem ihre Wahlergebnisse in Salzgitter.<sup>10</sup> Schließlich hat sie hier zwischen 13 und 15 Prozent bei den letzten Wahlen geholt und war damit so erfolgreich wie

4 Vgl. bspw. Manow, Philip: Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2019 [2018]; Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian/Neumann, Amelie: Das Potenzial der Cleavage-Perspektive. Wahlverhalten als Oberflächensphänomen der politischen Kultur, in: Demokratie-Dialog, H. 6/2020, S. 2–11.

5 Vgl. Marg, Stine et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor. NDM 2019. FoDEX-Studie Politische Kultur Nr. 2, Göttingen 2019.

6 Vgl. Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM), FoDEX-Studie Nr. 5, Göttingen 2020, S. 75 f.

7 Vgl. Marg, Stine/Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian: Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff. Zwischenstand der begriffshistorischen und -theoretischen Reflexion im Forschungsprozess, in: Demokratie-Dialog H. 5/2019, S. 2–13, hier S. 11 f.

8 Vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019.

9 Siehe zur FoDEX-Forschungsperspektive: FoDEX: Über FoDEX, URL: <https://www.fodex-online.de/ueber-fodex/> [eingesehen am 02.12.2020].

10 Vgl. Finkbeiner, Florian: Mächtiges Überraschen. Die Crux des AfD-Erfolges am Beispiel der Landtagswahl in Niedersachsen 2017, in: Demokratie-Dialog, H. 2/2018, S. 80–86, hier S. 82 f.

sonst nirgends in Niedersachsen.<sup>11</sup> Insofern ist Salzgitter wie kaum eine andere niedersächsische Untersuchungsregion prädestiniert für eine Fallanalyse. Denn dass die AfD ausgerechnet in Salzgitter solche Erfolge erzielt, bedarf aus mehreren Gründen einer Erklärung: Zum einen liegt die Industriestadt im Kernland alter sozialistischer Milieus und den klassischen sozialdemokratischen Wahlerfolgsregionen<sup>12</sup>, die gemeinhin als resistent gegen Rechtsradikalismus gelten. Zum anderen gilt die Region Südostniedersachsen rund um Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter als florierendes Wirtschaftszentrum mit einer starken Autoindustrie, sodass man bei AfD-Schwerpunktregionen nicht intuitiv an diese Gegend denkt. Dass die AfD also ausgerechnet hier so erfolgreich ist und einen so überdurchschnittlich hohen Anklang in der Arbeiterschaft wie unter kleinen Angestellten findet<sup>13</sup>, verweist auf ein tieferliegendes Problem.

Die zunächst schlicht anmutende Ausgangsfrage für die Regionalanalyse – *was ist in Salzgitter los, dass die AfD hier so erfolgreich sein kann?* – erweist sich letztlich als äußerst komplex. Denn beispielsweise zeigt ein Blick in die Geschichte, dass die Arbeiterschaft freilich keineswegs immer eine Bastion gegen den Rechtsradikalismus gewesen ist. Und gleichzeitig waren historisch betrachtet auch in dieser Region rechtsradikale Parteien bereits früher überdurchschnittlich er-

folgreich. So konnten etwa jeweils die Deutsche Reichspartei (DRP) und die Sozialistische Reichspartei (SRP), die später als NSDAP-Nachfolgepartei verboten wurde, Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre gerade hier außerordentlich hohe Wahlergebnisse erzielen.<sup>14</sup> Dass allein schon diese beiden Tatsachen kaum im historischen Gedächtnis verankert zu sein scheinen (sonst wäre der alarmistische Grundtenor bei aktuellen politischen Kommentaren wohl kaum so dominant), verweist nochmals auf die notwendige Erforschung der Verfasstheit der politischen Kultur, wie sie sich besonders in regionalen Kontexten herauskristallisiert.

## 1.2 Erkenntnisinteresse und theoretisch-begriffliche Klärungen

In Anlehnung an die begriffliche Prägung des Politikwissenschaftlers Karl Rohe verstehen wir politische Kultur als einen „objektiv-geistigen Strukturzusammenhang“<sup>15</sup>, d. h. als ein

„Regelsystem, von dem abhängt, was und wie ‚man‘ innerhalb eines sozialen Verbandes politisch handeln, politisch reden und politisch denken kann, ohne mit informellen gesellschaftlichen Sanktionen rechnen zu müssen.“<sup>16</sup>

Politische Kultur ist in diesem Verständnis auch ein Aushandlungsprozess über politische Leitlinien, Werte und Normen, die „grundlegende

<sup>11</sup> Die Wahl- und Strukturdaten zu Salzgitter sind nur bis zu einem gewissen Grad aufgeschlüsselt. So gibt es beispielsweise nicht zu allen Aspekten des Wahlverhaltens verschiedener Bevölkerungsgruppen in den einzelnen Stadtteilen ausreichende Daten. Auf diese Problematik gerade im Zusammenhang mit dem AfD-Wahlerfolg in den einzelnen Stadtteilen wird in der Analyse immer wieder verwiesen.

<sup>12</sup> Vgl. Grebing, Helga: Niedersachsen vor 40 Jahren. Gesellschaftliche Traditionen und politische Neuordnung, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 60 (1988), S. 213–227.

<sup>13</sup> Vgl. Dörre, Klaus: In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage, in: Becker, Katharina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte, Bonn 2020 [2018], S. 49–80, hier S. 51.

<sup>14</sup> Seit den 1960er und 1970er Jahren konnten rechte Parteien wie etwa die Republikaner keine nennenswerten Erfolge mehr in der Region erzielen. Vgl. ausführlicher zur rechten Partei- und Wahlgeschichte in Niedersachsen Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 45 f.

<sup>15</sup> Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart 1994 [1978], S. 163.

<sup>16</sup> Ebd.

Ordnungsvorstellungen<sup>17</sup> und Mentalitäten prägen. Um eben jene Ordnungsvorstellungen in Salzgitter geht es uns in der vorliegenden Untersuchung. Es hängt maßgeblich von der politischen Kultur ab, *ob* politische Gruppierungen sich organisieren und *wie* sie politisch agieren. Schon seit Jahren ist in der Forschung bekannt, dass sozio-ökonomische Erklärungen alleine in der Regel nicht ausreichen, um Wahlverhalten und politische Erscheinungen zu erklären, sondern dass die politischen Kulturen und Mentalitätsbestände diese maßgeblich beeinflussen.<sup>18</sup> Gerade diese Einsicht ist für die vorliegende Regionalstudie zu Salzgitter entscheidend. Denn die AfD spielt dort als Akteur in der aktiven Lokalpolitik keine nennenswerte Rolle, wurde bei den letzten Bundestags- und Europawahlen aber von mehr als jedem siebten Salzgitteraner-Wähler gewählt. Diese Unbestimmtheit des politischen Ausdrucks als Problematik für die Forschung betonte früher bereits der Politikwissenschaftler Eike Hennig für die Republikaner, denn es gab schon damals eine „Schere zwischen der Existenz rechtsextremer Meinungen und geringer politischer Organisation“<sup>19</sup>. Aus diesem Grund reicht es nicht aus, allein auf die jeweilige Rechtsaußenpartei zu schauen, um zu verstehen, was vor Ort los ist, sondern man muss die politische Kultur erforschen. Diese ist gerade auf regionaler Ebene sowohl ein ermöglichender als auch ein hemmender Faktor für politische Phänomene. Sie kann ebenso ein Polster sein für den Status Quo wie auch eruptive Ausbrüche von Protest befeuern.<sup>20</sup> Im regionalen politisch-kulturellen Regel-

system wird also auch darüber entschieden, wie stark der „Bedarf nach sozialen Surrogatidentitäten“<sup>21</sup> ausfällt, eine laut dem Sozialpsychologen Manfred Clemenz entscheidende Voraussetzung dafür, ob die Wahl oder Unterstützung für Rechtsaußenparteien eine Bedürfnisbefriedigung suggeriert und die folglich auch über die jeweilige Attraktivität der Partei entscheidet.

Am Beispiel von Salzgitter als Stadt mit dem höchsten AfD-Wähleranteil in Niedersachsen versucht diese Studie nachzuvollziehen, in welchem Wechselverhältnis der Erfolg der AfD mit der politischen Kultur der Region steht. Dabei sollen mit Blick auf die lokale politische Deutungselite vor Ort die Mechanismen der Bewältigung des steigenden politischen Einflusses der örtlichen AfD erschlossen werden. Wie reagieren politische Akteure auf die Attraktion, welche die AfD auf die Wählerschaft auszustrahlen scheint? Wie erklären sie sich ebenjene Erfolge, welche die AfD in Salzgitter für sich verbuchen konnte? Das Ziel der vorliegenden Analyse ist also eine qualitativ-interpretative Regionalstudie am Beispiel von Salzgitter zum politisch-kulturellen Umgang mit der AfD. Um zumindest einen ersten Zugriff auf die politisch-kulturellen Entwicklungen in Salzgitter zu erhalten, orientiert sich die vorliegende Studie an der Leitfrage, wie vor Ort mit ihrem Überraschungserfolg umgegangen wird, wie sich die politischen Eliten diesen Umbruch erklären und wie der AfD-Wahlerfolg die Stadt womöglich verändert. Die Frage nach dem politischen Umgang und der damit zusammenhängenden deutungskulturellen Verarbeitung schließt auch an bereits gewonnene Erkenntnisse aus den Untersuchungen zum „Rechtsradikalismus in Niedersachsen“<sup>22</sup> sowie die im Nie-

17 Ebd., S. 165.

18 Kock, Sonja: „Hochburgen“ des Rechtsextremismus im Südwesten der Bundesrepublik. Zur Tragweite politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze rechtsextremer Wahlerfolge, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 207–237, hier S. 235.

19 Hennig, Eike: *Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz*, Frankfurt a. M. 1991, S. 219.

20 Vgl. Glück, Horst: *Politische Traditionen und Wahlverhalten. Ein Beitrag zur regionalen politischen Kultur*, in:

Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): *Wahlverhalten*, Stuttgart 1991, S. 194–207.

21 Clemenz, Manfred: *Aspekte einer Theorie des aktuellen Rechtsradikalismus in Deutschland. Eine sozialpsychologische Kritik*, in: König, Hans-Dieter (Hrsg.): *Sozialpsychologie des Rechtsextremismus*, Frankfurt a. M. 1998, S. 126–176, hier S. 160.

22 Vgl. Finkbeiner/Trittel/Geiges: *Rechtsradikalismus in Niedersachsen*.

dersächsischen Demokratie-Monitor<sup>23</sup> aufgeworfenen Fragestellungen an: Bereits dort wurde darauf verwiesen, dass in der Bewältigung des Phänomens des Rechtsradikalismus durch politische Akteure wiederholt auf von diesen geteilte Deutungen rekurriert wurde. Diese wurden etwa in Entschuldungsmustern der Personalisierung, der Externalisierung oder der Verschiebung im Umgang mit Rechtsradikalismus ausgewiesen<sup>24</sup>, während die Tiefendimension respektive die Konstituierungsbedingungen dieser Mechanismen im Dunkeln blieben.<sup>25</sup> Zugleich wurde festgestellt, dass subjektiv vermittelte Bedingungen potenzieller Abneigung beispielsweise gegen bestimmte Formen demokratischen Zusammenlebens oder Vorstellungen von Gewalt als legitimes politisches Mittel, ebenso wie entsprechende Reaktionen auf Vorstellungen dieser Art, bisher methodisch kontrollierter Reflexion entzogen blieben. Aus diesem Grund gehen wir diesen Problemfeldern in der vorliegenden Regionalstudie anhand der Frage nach den Verarbeitungsformen des politischen Erfolges der AfD in Salzgitter nach. Dazu wurden ausgewählte Deutungseliten ausführlich über das politische Leben in der Region und über die AfD befragt. Die explorative Analyse der Vermittlung politisch-kultureller Momente und individueller Faktoren in der zivilgesellschaftlichen Wahrnehmung und Verarbeitung des Phänomens des Rechtsradikalismus zielt damit auf die Tiefendimension in der Genesis sozialer Sinnggebung und kultureller Selbstverständlichkeiten ab – zumindest darauf, der Konstituierung sozialer Deutungsmuster nachzuspüren (was das genau bedeutet, wird sogleich geklärt). Um also dem Zusammenhang von politischer Deutung (*Wie wird die AfD gedeutet?*) und politischem Umgang (*Wie geht der Ort mit ihr um?*) bezüglich des Phänomens des neuen Rechtsradikalismus nachzugehen, werden die Deutungsmuster politischer Vorstellungswelten herausgearbeitet. Mit Verweis

auf das Moment politischer Praxis und insbesondere in der Rekonstruktion dieser Deutungsmuster bemühen wir uns darum, uns den Aspekten in der Konstitution politischen Bewusstseins im Allgemeinen und somit einer politisch-kulturellen Tiefendimension anzunähern.

In der vorliegenden Arbeit werden bestimmte analytische Begriffe und Termini verwendet, die auf den ersten Blick gerade für Fachfremde zwar ähnlich klingen mögen, aber Unterschiedliches bedeuten. Um von vorneherein Missverständnissen vorzubeugen, werden diese Begrifflichkeiten hier bereits kurz geklärt und später im methodischen Teil ausführlicher erläutert (siehe Kapitel 3): Politische Kultur, Deutungskultur, Deutungskonflikt, Deutungselite und Deutungsmuster, nur um schon einmal die wichtigsten Termini zusammenzuführen, zählen zu den zentralen analytischen Kategorien der politischen Kulturforschung in Anlehnung an Rohe. Ihr analytischer Mehrwert erschließt sich aber erst, wenn diese Kategorien klar unterschieden werden.

Versteht man *politische Kultur* im bereits erwähnten Sinne als einen „objektiv-geistigen Strukturzusammenhang“, dann muss zwischen flexibel-anpassbaren bzw. von der jeweiligen Situation abhängigen Meinungen und festverankerten, im Prinzip unhinterfragten routinier-ten Einstellungen und Verhaltensmustern unterschieden werden. Denn zwar gehen diese oftmals Hand in Hand, aber gleichzeitig können sie sich auch widersprüchlich zueinander verhalten. Rohe sieht in der politischen Kultur daher ein dynamisches gesamtgesellschaftliches Ineinandergreifen zwischen der sogenannten Sozial- und der Deutungskultur. Die politische Sozialkultur wird „zumindest für eine Zeitlang nicht in Frage gestellt“<sup>26</sup> und umfasst tief verwurzelte Grundüberzeugungen, Einstellungen und Moralvorstellungen, während die politische *Deutungskultur* vor allem volatile, veränder- und anpass-

23 Vgl. Marg et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor.

24 Vgl. Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 292 ff.

25 Vgl. hierzu die Überlegungen ebd., S. 303.

26 Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung, in: Berg-Schlösser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift H. 18/1987, S. 39–48, hier S. 42.

bare Meinungen bezeichnet. Entscheidend ist, dass sich beide Ebenen gegenseitig beeinflussen und daher verändern können: Bestimmte Meinungen können langfristig zu unhinterfragten Grundüberzeugungen werden – ebenso können tief verankerte Moralvorstellungen mit darüber entscheiden, wie situative Meinungen ausfallen. Das Ziel der Politischen Kulturforschung ist nach Rohe ein Verständnis der tieferliegenden Sozialkultur, die allerdings erst über die Deutungskultur erschlossen werden könne. Aus diesem Grund interessiert sich diese Studie für die sogenannten *Deutungskonflikte*, die durch das Erscheinen der AfD auf der politischen Bühne ausgelöst werden. Denn diese Konflikte sind manifest sichtbar als Ausdruck einer Auseinandersetzung auf der Ebene der Deutungskultur, d. h. einer öffentlichen Aushandlung des Regelsystems, wie man es mit der AfD zu halten habe. Mitentscheidend für entsprechende Deutungsangebote sind auf regionaler Ebene vor allem politische und zivilgesellschaftliche Akteure, Parteien und Organisationen. Die jeweils vor Ort als dominant und prägend wahrgenommenen Akteure verstehen wir als *Deutungseliten*, die sowohl ihr Deutungsangebot in der Öffentlichkeit präsentieren als auch die sich im Konflikt durchsetzende Deutung mitprägen. Wie ein knapper Blick in die Geschichte Salzgitters zeigt, zählen vor allem die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften dort zu solchen Deutungseliten. Um aber eben nicht nur deren Sicht auf das politische Leben in Salzgitter zu erfahren, haben wir neben SPD-(Lokal) Politikern und Gewerkschaftsfunktionären auch Vertreter anderer Parteien und Medienschaffende interviewt, die natürlich ebenso zur regionalen Deutungselite gehören.<sup>27</sup> Grundlage unserer Auswertung sind insgesamt zehn Interviews mit Angehörigen dieser Deutungseliten (ausführlicher hierzu siehe Kap. 3).<sup>28</sup> Um von der

(oberflächlicheren) Ebene der Deutungskultur auf die tieferliegende Ebene der Sozialkultur zu gelangen, versuchen wir, als Scharnier zwischen diesen Ebenen sogenannte *Deutungsmuster* zu identifizieren. Denn Deutungsmuster greifen gewissermaßen sowohl auf die Deutungs- als auch auf die Sozialkultur zurück (insofern ist es begrifflich unglücklich, dass die *Deutungsmuster* im Begriffsinventar der Politischen Kulturforschung nach Rohe nicht auf der Ebene der Deutungs-, sondern der *Sozialkultur* liegen). Die Bewältigung gesellschaftshistorischer Umbrüche lebt in einer mehr oder weniger milieugebundenen Deutungskultur fort, an welcher sich die Deutungsmuster weiterhin nähren. In ihrer Funktion sind sie so Gegenstand praktischer, historischer Aneignungsprozesse in der Bewältigung von Krisen und der Etablierung von kollektiven Routinen. Gleichzeitig sind Deutungsmuster aber auch Teil des politischen Bewusstseins. Sie sind kollektiv geteilte Selbstverständlichkeiten,

„eben ‚Tiefenstrukturen‘, die für die Genese und Reproduktion politischer Mentalitätsbestände strukturbildend wirken, mit hin nicht nur deutungskulturell einsetzbar, sondern auch sozialkulturell – auf der Ebene latenter Selbstverständlichkeiten – verankert“<sup>29</sup>.

Im Anschluss an Ulrich Oevermann<sup>30</sup> sind Deutungsmuster damit sowohl handlungsanleitende als auch rechtfertigend deutende Elemente in der Verarbeitung der sozialen und politischen Welt – eine Art in sich geschlossene Argumentationszusammenhänge als Folgeerscheinung des Verschwindens universaler Weltanschauungen.

<sup>27</sup> Auch wenn diese Studie vor allem aus sprachlichen Gründen nicht gendert, wird hier absichtlich nur die männliche Form der Auswahl der Interviewpartner genannt, um Rückschlüsse auf die entsprechenden Personen zu verunmöglichen bzw. zumindest zu erschweren.

<sup>28</sup> Wir danken Niklas Knepper für seine tatkräftige Unterstützung bei der Durchführung und Protokollierung

der hier zugrunde liegenden Erhebung, ebenso Julia Kleine und Pauline Höhlich für die Transkription des Audiomaterials sowie für ihre wertvollen Impulse und Hinweise in der frühen Auswertungsphase.

<sup>29</sup> Schenke/Trittel/Neumann: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 10.

<sup>30</sup> Oevermann, Ulrich: Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern (1973), in: Sozialer Sinn, H. 1/2001, S. 3–33, hier S. 10.

### 1.3 Ein einordnender Blick auf den Forschungsstand

Mit Blick auf das hier verhandelte Thema stellt sich der Forschungsstand folgendermaßen dar:

1. *Politische Kulturforschung:* Ganz allgemein betrachtet bemüht sich die Forschungsrichtung der Politischen Kulturforschung, „Kultur“ als erklärenden Faktor für politische Phänomene näher zu bestimmen, um entsprechende Wert- und Normsysteme (als Ausdruck der politischen Kultur) in Verbindung zu setzen mit Institutionen, Parteien und Politik.<sup>31</sup> Zwar hat das Interesse an historischen Studien bzw. an Untersuchungen mit politisch-kulturellen Perspektiven in letzter Zeit zugenommen,<sup>32</sup> aber dennoch bleibt der spezifische Zusammenhang von Politik und Kultur (zumindest für den Themenbereich Rechtsradikalismus) weiterhin tendenziell nebulös. So bemerkt der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse mit Blick auf die gängigen Erklärungstheorien zum Aufstieg und Erfolg der AfD, dass sie das Phänomen in seiner Komplexität weiterhin kaum adäquat fassen könnten, und betont die „oft vernachlässigte sozio-kulturelle Dimension“<sup>33</sup> als einen erst noch genauer zu bestimmenden Faktor.
2. *Regionale Politische Kulturforschung:* Um den Zusammenhang von Politik und Kultur erfassen zu können, muss dem subjektiven Faktor der Politik nachgegangen werden, d. h. es muss das Verhältnis bestimmt werden, *wie* Kultur Politik prägt und *in welcher Form* dieser Prozess wechselsei-

tig abläuft. Aufgrund unterschiedlichster kultureller Prägungen, Mentalitäten und Traditionen kann dieses Verhältnis allein schon aufgrund der geographischen Größe des Landes kaum bundesweit angegangen werden. Auch aus diesem Grund konzentriert sich die regionale Politische Kulturforschung auf kleinteiligere geographische oder kulturelle, also regionale Einheiten.<sup>34</sup> In diesem Bereich sind grundlegende Fallstudien zu einzelnen Städten und Regionen (beispielsweise Stuttgart<sup>35</sup>, Frankfurt<sup>36</sup>, Kassel<sup>37</sup> oder Sachsen<sup>38</sup>) entstanden.

3. *Qualitative Politische Kulturforschung:* Doch eine regionale Eingrenzung allein ermöglicht noch keinen Zugang dazu, *wie* Kultur wirkt. Denn es gibt keinen Automatismus und keine Kausalkette zwischen den sozialstrukturellen Bedingungen im Regionalen und den daraus zu folgernden Erfolgsaussichten für bestimmte Parteien. Die Sozialstruktur determiniert nicht ihren Erfolg, sondern schafft nur potenzielle Möglichkeiten.<sup>39</sup> Dies zeigt sich schon daran, dass traditionsgemäß sozialdemokratische Parteien in dominant protestantischen Kerngebieten und in hochindustri-

31 Vgl. Pickel, Susanne/Pickel, Gert: Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden 2006.

32 Zu nennen ist hier besonders Bergem, Wolfgang/Diehl, Paula/Lietzmann, Hans J. (Hrsg.): Politische Kulturforschung Reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse, Bielefeld 2019.

33 Jesse: Das Aufkommen der Alternative für Deutschland, S. 118 f.

34 Vgl. Werz, Nikolaus/Koschkar, Martin (Hrsg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden 2016.

35 Vgl. Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank/Vetter, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen 1997.

36 Vgl. Hennig: Die Republikaner im Schatten Deutschlands.

37 Hennig, Eike/Homburg, Heiko/Lohde-Reiff, Robert (Hrsg.): Politische Kultur in städtischen Räumen. Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel, Wiesbaden 1999.

38 Vgl. Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hrsg.): Sachsen. Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen 2020.

39 Vgl. Rohe, Karl: Wahlen und Wählertradition in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensystem im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992.

lisierten Regionen mit einem großen Anteil an Arbeitern zwar stärker sind als christdemokratische Parteien, die wiederum eher in ländlichen und katholisch dominanten Gebieten erfolgreich sind, aber dies muss keineswegs automatisch so sein. Hinreichende Bedingungen hierfür sind ebenso kulturelle Bestände wie Milieuprägungen oder andere Traditionslinien, die beeinflussen, wie Parteien in der regionalen politischen Kultur verankert sind.<sup>40</sup> Mit Blick auf Milieubestände können bestimmte Verbindungslinien durch eine historische Annäherung tiefgreifender bestimmt werden, als eine rein quantitativ ausgerichtete politische Kulturforschung es könnte.<sup>41</sup> Das Verhältnis von Genese und Geltung politischer Bewusstseinsformen im Wechselspiel von Politik und Kultur kann allerdings auch damit noch nicht ausreichend erfasst werden. Denn hierfür bedarf es qualitativer Forschungen, um zunächst bestimmen zu können, welche tiefgreifenden bewussten wie unbewussten Einstellungsmuster durch die Kultur überhaupt präformiert werden, welche Normen und damit verbundene kulturelle Ordnungsvorstellungen den Rahmen dafür abstecken, wie Menschen politisch denken und handeln.<sup>42</sup>

Diese Forschungsteilbereiche fließen auch in die Erforschung des Rechtsextremismus ein. Der Ansatz der Politischen Kulturforschung ist in der Rechtsextremismusforschung gängig; zwar wird ihm prinzipiell eine enorme erkenntnisfördernde Kraft zugesprochen, doch bleibt er zumeist aufgrund konkurrierender Begriffsverwendungen und entsprechender Operationalisierungsprobleme hinter seinem An-

spruch zurück.<sup>43</sup> Ungeachtet dessen ist in der Forschung das Interesse an regional-fokussiert empirischen Untersuchungen zum Zusammenhang von politischer Kultur und Rechtsextremismus in den letzten Jahren gestiegen.<sup>44</sup> So existieren beispielsweise Fallstudien zu Thüringen<sup>45</sup>, Niedersachsen<sup>46</sup>, Baden-Württemberg<sup>47</sup> oder der Stadt Mügeln<sup>48</sup>, aber auch vergleichend angelegte Fallanalysen zwischen Dortmund und Dresden<sup>49</sup> sowie zwischen Jena,

40 Vgl. Glück: Politische Traditionen und Wahlverhalten.

41 Vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina: Politische Kulturforschung als Zugang zur Analyse rechtsradikaler Bewusstseinsformen, in: Demokratie-Dialog, H. 4/2019, S. 57–64.

42 Vgl. Schenke/Trittel/Neumann: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen.

43 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019, S. 332 f.; Butterwegge, Christoph: Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 292–313; Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2014, S. 88 f.

44 Dülmer, Hermann/Ohr, Dieter: Rechtsextremistische Wahlabsicht und regionaler Kontext: Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008), H. 3, S. 491–517; Becker, Reiner/Hafeneger, Benno: Rechtsextremismus im ländlichen Raum – Im Spannungsfeld von politischer Bildung, Beratung und pädagogischer Arbeit mit rechten Jugendlichen, in: Debiel, Stefanie et al. (Hrsg.): Soziale Arbeit in ländlichen Räumen, Wiesbaden 2012, S. 147–160.

45 Vgl. Best, Heinrich et al.: Topographie und regionale Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen, Projektbericht KomRex, Jena 2017.

46 Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen.

47 Vgl. Held, Josef et al.: Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis, Hamburg 2008.

48 Schellenberg, Britta: Mügeln. Die Entwicklung rassistischer Hegemonien und die Ausbreitung der Neonazis, Dresden 2014, URL: [https://www.boell.de/sites/default/files/muegeln\\_download.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/muegeln_download.pdf) [eingesehen am 24.11.2020].

49 Vgl. Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel 2013.

Saalfeld, Kahla und Erfurt.<sup>50</sup> Dennoch bleibt hinsichtlich des Forschungsstands das Urteil von Reiner Becker bestehen, dass politische Phänomene im Zusammenhang mit der jeweiligen lokalen politischen Kultur zukünftig viel stärker analysiert werden müssten und diese Analyse auch methodisch weit über rein quantitative ausgerichtete Einstellungsforschung hinausgehen müsste.<sup>51</sup> Schließlich gibt es kaum qualitativ angelegte Untersuchungen<sup>52</sup>, weshalb Oliver Nachtwey und Maurits Heumann dieses „Defizit an qualitativen Forschungen“<sup>53</sup> vollkommen zurecht ausdrücklich beklagen. Dass gerade das Verhältnis von politischer Kultur und Rechtsradikalismus viel tiefgreifender als bisher erforscht werden muss, offenbaren die Wahlerfolge der AfD, die sich trotz konjunktureller Schwankungen im Parteiensystem etabliert zu haben scheint, in einzelnen Regionen eine gewisse politische Schlagkraft entwickelt hat und dabei Politik, Parteien und die restliche Zivilgesellschaft enorm herausfordert. Dass die Erforschung der Art und Weise, wie politische Akteure auf die AfD reagieren, bezüglich des politisch-kulturellen Umgangs und damit auch für das Verständnis der politischen Konflikte überhaupt erkenntnisfördernd ist, zeigen

erste Studien zu politisch-kulturellen Reaktionsmustern.<sup>54</sup> Insofern knüpft die hier vorliegende Studie an diese unterschiedlichen Forschungsstränge an, um als qualitativ-interpretative Regionalstudie über Salzgitter den politisch-kulturellen Umgang mit der AfD und den damit verbundenen Deutungskonflikt vor Ort zu analysieren.

## 1.4 Zum Vorgehen

Die Untersuchung ist folgendermaßen aufgebaut: Nach diesen einleitenden Erläuterungen (Kapitel 1) wird zunächst die spezifische historisch-kulturelle Prägung von Salzgitter genauer beleuchtet (Kapitel 2). Aufbauend auf dieser historischen Dimension erläutert Kapitel 3 den allgemeinen Erkenntnisgewinn der qualitativen Politischen Kulturforschung sowie das besondere Ziel der sogenannten Deutungsmusteranalysen und legt damit die theoretische und zusätzlich auch die methodische Grundlage. Die inhaltliche Auswertung erfolgt dann in zwei Schritten: Zunächst werden die Einschätzungen der Deutungseliten über Politik und Leben in Salzgitter auf der manifesten Ebene untersucht (Kapitel 4). Hierbei werden die grundlegenden Positionen und Ansichten der Deutungseliten herausgearbeitet und verglichen. Die herausgestellten Ambivalenzen dienen im Anschluss zur interpretativen Rekonstruktion der Deutungsmuster, indem die aufgezeigten Widersprüche und Irritationen auf einer tieferliegenden, la-

50 Vgl. Quent, Matthias/Schulz, Peter: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden 2015.

51 Vgl. Becker, Reiner: Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. Die lokale politische Kultur als begünstigender Faktor für die Herausbildung von Rechtsextremismus, in: Frindte, Wolfgang et al. (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 443–461, hier S. 457.

52 Zu nennen ist hier beispielsweise Hillje, Johannes: Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich, Das Progressive Zentrum-Studie, Berlin 2018.

53 Nachtwey, Oliver/Heumann, Maurits: Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus, in: Dörre, Klaus et al. (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Wiesbaden 2019, S. 435–453, hier S. 436.

54 Vgl. Schroeder, Wolfgang et al.: Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster, OBS-Studie 102, Frankfurt a. M. 2020; Bose, Sophie: „Klare Kante“ gegen rechts? Befunde einer qualitativen Untersuchung zum Umgang der Gewerkschaften mit dem Rechtspopulismus, in: Becker, Katharina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte, Bonn 2020 [2018], S. 227–241. Siehe hierzu außerdem zum parlamentarischen Umgang: Ruhose, Fedor: Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur, Wiesbaden 2019; Heinze, Anna-Sophie: Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten, Baden-Baden 2020.

tenten Ebene und unter Rekurs auf die historischen Dimensionen der Stadt untersucht werden (Kapitel 5). Im letzten Kapitel werden die zentralen Ergebnisse gebündelt und sich daraus ergebende Anschlussfragen pointiert (Kapitel 6). Zum Ende der einleitenden Bemerkungen ist es uns wichtig zu betonen, dass die getroffenen Einschätzungen und gewonnenen Befunde nicht als Kritik an den interviewten Personen missverstanden werden dürfen, sondern dass wir anhand der von den Deutungseliten getätigten Äußerungen etwas über die politische Kultur aussagen wollen. Eine Be- oder gar Verurteilung von Individuen und ihren Positionen liegt uns fern. Vielmehr möchten wir uns herzlich bei unseren Interviewpartnern bedanken, ohne deren Einschätzungen und Erzählungen uns die politische Kultur Salzgitters verschlossen geblieben wäre.



## 2 Zur historischen Dimension: Salzgitter als Stadt der Arbeit

**G**anze 13,7 Prozent, mehr als den doppelten Wert des Landesdurchschnitts, konnte die AfD bei der niedersächsischen Landtagswahl in Salzgitter im Oktober 2017 erzielen. Doch auch schon bei der Bundestagswahl einen Monat zuvor verbuchte sie 12,3 Prozent der Stimmen für sich. Mit der zwei Jahre später stattfindenden Europawahl schien sich ihr Aufwärtstrend erneut zu bestätigen: Nunmehr 14,8 Prozent der Wähler konnte sie in Salzgitter für sich gewinnen und lag damit erneut über dem Landes- wie auch dem Bundesergebnis. Einiges scheint also in den letzten Jahren in der Stadt in Bewegung geraten zu sein. Denn eigentlich, so könnte man meinen, ist Salzgitter doch so etwas wie eine waschechte „Industriestadt“ mit einem „Arbeitermilieu“, das sich erwartungsgemäß der Sozialdemokratie zuneigt zeigt und ambitioniert gegen rechte Umtriebe mobilisieren müsste. Auf den stadteigenen „Arbeitercharme“ wurde immerhin noch in den 1990er Jahren, insbesondere bei Beschreibungen des Stadtteils Lebenstedt, stolz verwiesen:

„Man kauft ein, verweilt ein wenig, es herrscht eine freundliche Atmosphäre. Hier und da ist ein fremdländischer Akzent zu hören. Wir befinden uns in einer Arbeiterstadt, das wird überall deutlich. An den Auslagen der Geschäfte, die weniger Luxusartikel anbieten als in ande-

ren Großstädten, an der Kleidung, an dem Aussehen der Menschen. Ihren Gesichtern ist abzulesen, dass sie für ihren Lebensunterhalt arbeiten und dass sie zufrieden sind, einen gewissen Lebensstandard erreicht zu haben. [...] Von Zeit zu Zeit ist das an der Vorderseite [des Rathauses, Anm. d. V.] installierte Glockenspiel mit synthetischen Klängen wie aus einer anderen Welt zu hören: ‚Glück auf, Glück auf! Der Steiger kommt ...!‘“<sup>55</sup>

Gleichwohl drängt sich auf den zweiten Blick die Frage auf, ob Salzgitter überhaupt je eine typische „Arbeiterstadt“ gewesen ist,<sup>56</sup> definiert

<sup>55</sup> Bittner, Wolfgang: Salzgitter. Eine deutsche Geschichte, Salzgitter 1992, S. 13.

<sup>56</sup> Zum Sondercharakter Salzgitters vgl. Benz, Wolfgang: Vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik. Salzgitter als exemplarische Stadtgründung im 20. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 10–28; Zur Charakterisierung: Schwarz, Andreas/Morlok, Christoph: Zwölf Porträts aus einer deutschen Stadt, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 500–526; Zu Arbeitern in Salzgitter: Lange, Horst-Günther: Bürger und Bauern – Arbeiter und Musikanten. Leben und Arbeitswelt im Salzgittergebiet vom 16. bis Anfang des 20. Jahrhunderts, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 647–667.

man diese nicht nur über eine „jahrzehntelange statistische Überrepräsentanz der Arbeiterschaft“, sondern berücksichtigt vielmehr auch die gerade nicht vorhandene jahrhundertelange Arbeitertradition und „Dominanz altindustrieller Industriezweige“<sup>57</sup>. Mit Blick auf die Statistik scheint es sich bei Salzgitter insofern um eine Industriestadt zu handeln, als dass zwischen 2016 und 2018 knapp 58 Prozent der Erwerbstätigen im Sekundärsektor des „überregional bedeutende[n] Unternehmensstandort[s]“<sup>58</sup> beschäftigt waren.<sup>59</sup> An ihrer Seite sieht sich insbesondere die IG Metall Salzgitter–Peine, welche stolze 31.000 Mitglieder vorweisen kann<sup>60</sup> – eine beträchtliche Anzahl gemessen an den etwa 105.000 Einwohnern. Als industrieller Unternehmensstandort ist die Stadt geprägt durch die sogenannten „Big Five“, also die Salzgitter AG<sup>61</sup>, Alstom Transport, Bosch, MAN und Volkswagen<sup>62</sup>, deren Dominanz auf die gesamte Region ausstrahlt.<sup>63</sup> 2020 arbeiteten immer noch

über die Hälfte der Beschäftigten in Salzgitter im produzierenden Gewerbe.<sup>64</sup> Insofern sprechen zwar möglicherweise diese *Zahlen*, nicht aber zwangsläufig die *Geschichte* der Stadt für ihre Attribuierung als „Arbeiterstadt“. Denn historisch lässt sich Salzgitter ebenso wie Wolfsburg mit Fug und Recht als „Produkt der hitle-rischen Hybris“ mit den entsprechenden Merkmalen „nationalsozialistischer Konkursmasse“ bezeichnen:

„Rudimente einer Großstadt mit moder-nen ferngeheizten Häusern, abrupt in eine Abraumlanschaft gestellt, eindrucksvolle Fassaden vor erbärmlichen Barackenvierteln, prachtvolle Autobahnen, die ohne Übergänge in Feldwege münden, eine Landschaft, die auch vorher nicht mit Schönheit gesegnet war, Menschen, die wurzellos aus allen Teilen Deutschlands kamen [...] ein Konglomerat von negativen Superlativen“<sup>65</sup>

57 In Bezug auf das vergleichbare Wolfsburg vgl. Herlyn, Ulfert et al.: *Faszination Wolfsburg 1938–2012*, Wiesbaden 2012, S. 81.

58 Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter: *Wirtschaftsstruktur*, 08.01.2020, URL: <https://www.wis-salzgitter.de/wirtschaftsstruktur/?profile=SI-40356> [eingesehen am 11.08.2020].

59 Wegweiser Kommune: *Statistische Daten Salzgitter Beschäftigung 2016–2018*, URL: <https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/salzgitter+beschaeftigung+2016-2018+tabelle> [eingesehen am 11.08.2020].

60 IG Metall Salzgitter–Peine: *Betriebe*, URL: <https://www.igmetall-salzgitter-peine.de/betriebe-tarif/> [eingesehen am 11.08.2020].

61 Zur Salzgitter AG: Wessel, Horst A.: *Stahl und Technologie. Die Geschichte der Salzgitter AG 1858–2008*, Salzgitter 2008.

62 Wegweiser Kommune: *Statistische Daten Salzgitter Beschäftigung 2016–2018*.

63 „Anfang 2012 haben die Städte Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter zusammen mit den Kreisen Goslar, Helmstedt, Wolfenbüttel, Gifhorn und Peine nun eine ‚Allianz für die Region‘ gegründet. Hintergrund dafür ist, dass Volkswagen in der Region die qualifizierten Arbeitskräfte und hochkarätigen Mana-

– so eine deprimierende Beschreibung aus den Nachkriegsjahren.

Auch wenn im Gebiet Salzgitter auf frühe Wirtschaftsaktivitäten (wie etwa die Salzgewinnung in Salzgitter–Bad) verwiesen werden kann, wurde der eigentliche Industriestandort doch erst durch den Aufbau der Reichswerke unter den Nationalsozialisten bedeutend. Hatten Mitte der 1930er Jahre noch 20.000 Menschen in der Region gelebt, waren es 1942, dem Jahr der Stadt-

ger vorfinden will, die VW zukünftig benötigt. Da sich der Personalbedarf längst nicht mehr nur am Standort Wolfsburg rekrutieren lässt, sollen in der gesamten ‚VW-Region‘ lebenswertere Bedingungen geschaffen werden.“ Herlyn et al.: *Faszination Wolfsburg*, S. 140.

64 Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter: *Stadt Salzgitter*, URL: <https://www.komsis.de/sz-si/de/profile/SI-40356>, genaue Aufschlüsselung im Statistischen Jahrbuch Salzgitter (Stand 2017), URL: <https://www.salzgitter.de/rathaus/jahrbuch.php> [beides eingesehen am 05.11.2020].

65 Zitat von Seff Schmidt im *Tagesspiegel*, zitiert nach: O. V.: *Geschichte eines Automobils*, in: *Spiegel*, 01.06.1950, URL: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44448514.html> [eingesehen am 05.11.2020].

gründung, schon 110.000.<sup>66</sup> Von ihnen arbeiteten Anfang 1944 etwa 60.000 bei den Reichswerken Hermann Göring, also mehr als die Hälfte der Einwohner Salzgitters; 10.600 Wohnungen wurden eigens für sie errichtet, die meisten in Lebens- tedt. „Industrieanlagen, Baustellen, Barackenlager und Neubausiedlungen prägten also das Bild der Stadt, dazu mit Stacheldraht eingezäunte und von Wachtürmen umgebene Kriegsgefangenenlager, einige KZs, ein Straf- und Todeslager.“<sup>67</sup>

Die industrielle Ausrichtung legt nahe, dass die politischen Geschicke der Kommune zuvorderst eine Angelegenheit der sozialdemokratischen Partei seien und immer schon waren. Und tatsächlich scheint sich in Anbetracht der Wahlentwicklung seit der Nachkriegszeit eine relative politische Dominanz der SPD abzubilden. Seit Anfang der 1960er Jahre konnte die Partei bis auf wenige Ausnahmen Bundestags- wie Landtagswahlen stets für sich entscheiden, lag in den 1970er Jahren sogar konstant bei über 50 Prozent der Stimmen, während sie bei der Landtagswahl 1998 sogar knapp 60 Prozent der Salzgitteraner für sich mobilisierte.<sup>68</sup> Auch bei den letzten Landtagswahlen 2017 konnte die SPD mit 45 Prozent ein beeindruckendes Ergebnis erzielen, welches als Ausweis der sozialdemokratischen Hegemonie vor Ort gelten könnte.

Insbesondere vor diesem Hintergrund werfen die im Bundes- und Landesvergleich hohen Ergebnisse der AfD Fragen auf, wäre Salzgitter doch nach dem bisher Gelesenen prädestiniert dazu, eine rote Bastion gegen den Rechtsruck zu sein – damals wie heute. Dass nun ausgerechnet hier die AfD im niedersächsischen Landesvergleich ihre besten Ergebnisse einfährt, erstaunt also und ist erklärungsbedürftig. Es ist politisch relevant herauszufinden, wie vor Ort mit diesem Überraschungserfolg umgegangen wird, wie sich

die lokalen Eliten diesen Umbruch erklären und wie der AfD-Wahlerfolg die Stadt womöglich verändert. Um sich diesem Gesamtzusammenhang zuzuwenden, ist eine Annäherung an die historische Dimension der politischen Kultur Salzgitters unerlässlich. Schließlich prägen politisch-kulturelle Entwicklungen auch normsetzende Selbstverständlichkeiten, präformieren bestimmte Erklärungsmuster in Konfliktsituationen und präjudizieren bis zu einem gewissen Grad auch Handlungsroutinen.

## 2.1 Salzgitters historisch-kulturelles Erbe

Die einzigartige Geschichte Salzgitters ist von vornherein von einem gewissen Spannungsmerkmal als Movens möglicher Deutungskonflikte gezeichnet, nämlich von der Errichtung der „Reichswerke-Hermann-Göring“<sup>69</sup> im Jahre 1937, verbunden mit dem Anspruch der Nationalsozialisten „ein neues Lothringen, ein neues Zentrum der Schwerindustrie aus dem Boden zu stampfen“<sup>70</sup>, durch das die Stadt ihre Gründung erfahren sollte.<sup>71</sup> Bereits im Stadtbild sollte die Gemeinschaft der Arbeiter hervorgehoben werden, so die Vorstellung der Nationalsozialisten.<sup>72</sup> Bestimmte stadtplanerische Maßnah-

<sup>66</sup> Schöneberg, Kai: Eine Stadt aus Stahl und Blut, in: taz, 10.03.2004, URL: <https://taz.de/Eine-Stadt-aus-Stahl-und-Blut/!778237/> [eingesehen am 05.11.2020].

<sup>67</sup> Bittner: Salzgitter, S. 8.

<sup>68</sup> Vgl. Landesamt für Statistik Niedersachsen, URL: <https://www.l.n.s.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp> bzw. Bundeswahlleiter, URL: <https://bundeswahlleiter.de> [eingesehen am 05.11.2020].

<sup>69</sup> Riedel, Matthias: Gründung und Entwicklung der Reichswerke „Hermann Göring“ und deren Position in der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches 1935–1945, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 41–78.

<sup>70</sup> Leuschner, Jörg: Die „Zweite Stadtgründung Salzgitters“. Vom Torso zur Großstadt (Stadtplanung und -bau Salzgitters von 1945 bis 1964/1965), in: Geschichtsverein Salzgitter (Hrsg.): Salzgitter. Die neue Stadt, Geschichtsverein Salzgitter e. V., Salzgitter 2018, S. 85–105, hier S. 85.

<sup>71</sup> Vgl. ausführlicher dazu Leuschner, Jörg: Salzgitter – Die Entstehung einer nationalsozialistischen Neustadt von 1937–1942, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte H. 65/1993, S. 33–48.

<sup>72</sup> Recker, Marie-Luise: Das Leben in der neuen Stadt. Zwischen sozialpolitischem Anspruch und sozia-

men – öffentliche Repräsentativbauten und viel Grün – sollten Stolz und Verbundenheit mit der Retortenstadt erzeugen.<sup>73</sup> Mit der Stadtgründung begann eines „der größten Projekte der deutschen Industriegeschichte“<sup>74</sup>, das – blickt man auf die Enteignung der ansässigen Bauern, die unmenschlichen Arbeitsbedingungen der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, auf die vier KZ-Außenstellen und das berüchtigte Sonderlager 21, das der Gestapo als „Erziehungsinstrument zur Erhaltung der Arbeitsdisziplin“ unterstand, sowie auf die 3.500 registrierten Toten – Salzgitter tatsächlich als „Stadt aus Stahl und Blut“<sup>75</sup> erscheinen lässt. Die Stadt selbst, die Unterkünfte der Arbeitenden sowie die Infrastruktur wurden an den Reißbrettern von „sprunghaften oder eiskalt kalkulierenden Akteuren“<sup>76</sup> ersonnen. 1942 wurde schließlich dem industriellen Kriegsvorhaben zur Erleichterung administrativer Koordination eine Verwaltungsstruktur zur Seite gestellt, weshalb diverse Ortschaften und Dörfer zusammengelegt wurden und die Stadt Salzgitter offiziell gegründet wurde.<sup>77</sup>

Der Funktionalismus, der sich im industriellen (Kriegs-)Zweck der Stadtgründung ausdrückte, beeinflusste die Lebens- und Wohnrealitäten der Arbeiter. Bereits im Jahr 1937 wurde mit dem Bau von Barackenlagern begonnen, welche bis

1944 zwei Drittel der Arbeiter beherbergten.<sup>78</sup> Dort wohnten hauptsächlich diejenigen, welche nicht als „reindeutsche Stamarbeiter“ klassifiziert wurden.<sup>79</sup> Hier zeigt sich die Besonderheit der Arbeiterschaft Salzgitters seit seiner Gründung: Ihre Zusammensetzung war äußerst heterogen. Denn es fanden zunächst auch viele aus „dem Ruhrgebiet, Saarland, Rheinland und Oberschlesien“<sup>80</sup> als Resultat von gezielten Abwerbeaktionen und Dienstverpflichtungen ihren Weg in die Reichswerke. Nicht nur war den Arbeitern durch die zwangsweise Auflösung ihrer gewerkschaftlichen Organisationsplattformen zugunsten der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) die Möglichkeit genommen, ihre (innerbetrieblichen) Interessen durchzusetzen, sondern ein milieu-prägender kultureller Austausch wurde ebenso durch die Unterbringung in verschiedenen Baracken, später oftmals separiert nach Herkunftsregionen, erschwert. Hinzu kam noch, dass man den Mangel an Arbeitskräften durch die gezielte Anwerbung von Arbeitskräften<sup>81</sup>, zuvorderst aus dem mit dem Deutschen Reich verbündeten Italien und Österreich (vor dem Anschluss) sowie aus den später besetzten Gebieten, zu beheben versuchte, sodass „der Anteil der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen den Anteil der deutschen Beschäftigten“<sup>82</sup> in Salzgitter überstieg. Zusätzlich wurden zunehmend „Häftlinge der Konzentrationslager für die Waffen- und Munitionsherstellung eingesetzt“<sup>83</sup>; in den grausamen Zwangsarbeitsmaßnahmen wurde die von Go-

---

ler Realität, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 149–166, hier S. 149.

**73** Vgl. ebd., S. 151.

**74** Schöneberg: Eine Stadt aus Stahl und Blut.

**75** Ebd.

**76** Keilmann, Arne: Von der Landschaft zur Stadtlandschaft, in: Geschichtsverein Salzgitter (Hrsg.): Salzgitter. Die neue Stadt, Geschichtsverein Salzgitter e. V., Salzgitter 2018, S. 41–68, hier S. 41 u. 50.

**77** Siehe ausführlich zur Gründungsgeschichte Leuschner, Jörg: Stadtgründung und Anfänge der Kommunalpolitik, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 390–417.

---

**78** Wysocki, Gerd: Zwangsarbeit im Stahlkonzern. Salzgitter und die Reichswerke „Hermann Göring“ 1937–1945, Braunschweig 1982, S. 30.

**79** Vgl. ebd., S. 67.

**80** Ebd., S. 45.

**81** Hierbei ist selbstredend hinzuzufügen, dass die Anwerbeaktionen der nationalsozialistischen Regierung in den von ihnen überfallenen Regionen weitestgehend Tarnung für Zwangsmaßnahmen und Verschleppungen waren, was die Gebiete im Osten und hier vor allem Polen besonders stark betraf.

**82** Wysocki: Zwangsarbeit im Stahlkonzern, S. 46.

**83** Ebd., S. 55.

ebbels propagierte „Vernichtung durch Arbeit“ realisiert. Blickt man also auf die Zusammensetzung der Belegschaft der Reichswerke, lässt sich keinesfalls von einer aus dem Geist der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewachsenen und in ihrem traditionellen Milieu verankerten Arbeiterschaft sprechen, sondern vielmehr von einer fragmentierten Zweck- und Zwangsgemeinschaft. So ist auch in Selbstzeugnissen wenig von gemeinschaftlicher Solidarität zu lesen; ein Augenzeugenbericht spricht vielmehr von Zwist und Gewalt zwischen Norddeutschen und Österreichern, äußert sich skeptisch über die „Nazi-Stimmung“ polnisch-oberschlesischer Arbeiter und resümiert schließlich in Anbetracht der scheinbar vorherrschenden Indifferenz der Arbeiter mit ihrer eigenen Lage und der substanzlosen Neigung zum Nazismus: „Das ganze Lager ist richtig ‚Masse Mensch‘“<sup>84</sup>.

In dieser besonderen Gründungsgeschichte liegt bis heute ein schweres Erbe, insbesondere für die IG Metall, die jedoch nie verleugnet habe, „dass Salzgitter ein Ort ist, der seine industrielle Entwicklung in vielem der deutschen Hochrüstung zur Zeit des Faschismus verdankt“<sup>85</sup>, wie der damalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte in Anbetracht des 50-jährigen Bestehens der Gewerkschaft urteilte. Doch – und das ist zentral für den zu beschreibenden Deutungskonflikt – lässt sich in dieser Lesart auch etwas Positives aus der Geschichte ziehen, denn: Nach dem Ende des Krieges seien es die Arbeiter gewesen, „die die zerstörten Großbetriebe wieder zum Laufen brachten“<sup>86</sup>. Diese gewerkschaftlichen Fremd- wie Selbsteinschätzungen lassen sich als Zeugnis der besonderen Konfliktlinie lesen, welche die Stadt

bestimmt: Auf der einen Seite die Genesis der Stadt im NS-Terror, auf der anderen Seite „der Kampf gegen die Demontage nach dem Krieg in der Auseinandersetzung mit der britischen Besatzungsmacht“<sup>87</sup>. Denn mit ihrem Widerstand<sup>88</sup> gegen die Demontage des Werkes, wie es im retrospektiven Selbstbild der IG Metall heißt, hätten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht nur „um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze“, sondern „um das Überleben einer ganzen Region“<sup>89</sup> gestritten.

## 2.2 Zum besonderen Charakter des sozialdemokratischen Milieus

Die Deutung, dass die Demontage des Hüttenwerks durch die Arbeiterschaft abgewehrt worden sei, belegt, wie stark das historisch-kulturelle Erbe auch das lokal-politische Selbstverständnis prägt. Da dieser Akt ein Quell des bis heute immer wieder angerufenen Selbstbildes des Salzgitteraner Arbeiters ist, lohnt ein genauer Blick, wurde die Demontage doch beispielsweise in Selbstbeschreibungen der Stadt oftmals deutlich überzeichnet oder die Schilderung der Ereignisse trägt verklärende Züge: „Mitte Februar 1950, als schon die ersten Detonationen zu hören waren, kam es zu einem von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützten Aufbegehren der Arbeiter. ‚Rettet die Reichswerke!‘ war ihre Parole“<sup>90</sup>, wie im Buch „Salzgitter. Eine deutsche Geschichte“ zu lesen ist.

<sup>84</sup> Deutschland Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, Jg. 5 (1938), Nr. 9, Frankfurt am Main 1980, S. A 98–99, URL: <http://fes.imageware.de/fes/web/> [eingesehen am 05.11.2020].

<sup>85</sup> Schulte, Dieter: Durch Widerstand ein kämpferisches Profil, in: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.): Von außen Gesehen. 50 Jahre IG Metall Salzgitter, Salzgitter 1998, S. 13–25, hier S. 15.

<sup>86</sup> Zwickel, Klaus: Kampf gegen die Demontage und für die Montanmitbestimmung, in: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.): Von außen Gesehen. 50 Jahre IG Metall Salzgitter, Salzgitter 1998, S. 9–12, hier S. 12.

<sup>87</sup> Ebd.; vgl. ausführlich zur Demontage Leuschner, Jörg: Die Demontage der Reichswerke (1945–1951), Salzgitter 1990.

<sup>88</sup> Zum Widerstand der Arbeiter allgemein vgl. Herlemann, Beatrix: Verweigerung, Opposition, Widerstand unter den Arbeitern der Reichswerke, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 131–149.

<sup>89</sup> IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter: 50 Jahre IG Metall Salzgitter, Salzgitter 1998, S. 31.

<sup>90</sup> Bittner: Salzgitter, S. 9.

Indes: Bereits seit Februar 1948 wurde sukzessive der Abbau der Reichswerke durch die Briten betrieben, was dazu führte, dass ein Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos wurde.<sup>91</sup> Die Demontage, bei der 90 Prozent der Anlage gesprengt werden sollten, diente vor allem dazu, „symbolisch die Grundlagen des deutschen Militarismus auszurotten“<sup>92</sup>. Wahr ist: Ein kleiner Teil der Werke konnte – auch wegen des Engagements der Gewerkschaften – gerettet werden, wobei der Historiker Horst Thum ihren Anteil beim Protest im Vorfeld als kaum zentral beurteilt,<sup>93</sup> vielmehr deren geringe Mobilisierungsfähigkeit und Streikbereitschaft betont. Als im Februar 1950 die tatsächliche Zerstörung begann, kam es zu Widerstandshandlungen der Arbeiter, denen allerdings von Gewerkschaftsseite „lautere Motive und politische Mündigkeit abgesprochen wurden“<sup>94</sup>. Die Widerstandsaktionen hatten dennoch – wenn auch begrenzten – Erfolg: Die Sprengungen wurden „vorläufig ausgesetzt, die Demontagepläne überprüft und ein Teil der ursprünglich geplanten Entmilitarisierungsmaßnahmen aufgegeben“<sup>95</sup>, was letztlich aber wohl eher auf politische Verhandlungen auf Bundesebene als auf den Einsatz der Arbeiter vor Ort zurückzuführen sein dürfte.<sup>96</sup>

Die Verklärung des Widerstandes der Arbeiter gegen die Besatzer wurde zuletzt sogar als

„Geschichtsfälschung“ und Basis eines „neurechten Mythos“ durch die verdi-Jugend Göttingen scharf kritisiert. In einer Replik auf einen in der Zeitschrift *Zuerst!* erschienenen Artikel wird dessen nationalistische Lesart des Widerstandes wie folgt resümiert: „Endlich erhoben sich die Deutschen, hier in Form des bodenständig-markigen, um seine Subsistenzsicherung und den Erhalt seiner Heimat ringenden ‚Arbeiters‘, gegen die erdrückende und willkürliche Siegerjustiz der alliierten Besatzungsmacht.“ Es wird moniert, dass die Demontage eben nicht als „kontroverses wie ambivalentes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte“ gelesen, sondern stattdessen „das Kolportieren eines doppelten Mythos“ beschworen werde: „[Die] deutsche Bevölkerung, in diesem Fall besonders die deutschen Arbeiter und ihre Familien als unschuldige Opfer einer brutalen alliierten Besatzungsherrschaft einerseits, dieselben Subjekte als heroische Kämpfer eines auflebenden ‚nationalen Widerstands‘ gegen die vermeintliche alliierte Politik der verbrannten Erde. Schöner hätten es sich die rechtsextremen Nachkriegsparteien wie SRP (Sozialistische Reichspartei) und DRP (Deutsche Reichspartei) nicht träumen können“ – auf die Wahlerfolge rechter Parteien im Kontext der Demontage wird zurückzukommen sein. Einigkeit in den differierenden Lesarten der Ereignisse besteht darin, dass die geplante Demontage Salzgitter an „den Rand einer sozialen Katastrophe“ geführt habe, doch verwehrt sich die verdi-Jugend strikt gegen „monokausale Deutungsansätze“, welche im Falle des kritisierten Artikels den „aus der untersten Schublade der Schuldumkehr hervorgezauberte[n] Mythos des ‚Morgenthau-Plans‘ [bemühe], der immer wieder gern von rechten Demagogen [...] genutzt wird, um aufzuzeigen, dass die Alliierten [...] genozidale Absichten hegten“. Die Kritik wird an dieser Stelle in solcher Ausführlichkeit aufgegriffen, da sie – wohl nicht zu Unrecht – die Geschichtsvergessenheit der verbreiteten Deutung der Demontagevorgänge aufgreift, welche rasch eben auch drohen, zum „Zeugnis intentionaler Geschichtsfälschung“ werden zu können. Zudem, und das darf nicht aus dem Blick geraten, war die Demontage eben nicht die Geburtsstunde einer antifaschistischen Arbeiterschaft, sondern sie bewirkte vielmehr ein

91 Zur Demontage: Thum, Horst: Betriebsräte und Gewerkschaften 1945–1951, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 358–390, hier S. 375.

92 Ebd., S. 377.

93 Vgl. ebd., S. 377 ff.

94 Ebd., S. 382.

95 Ebd., S. 383.

96 Vgl. Kloke, Leon: Replik auf geschichtsfälschenden Artikel in „Zuerst!“, 02.09.2010, URL: <http://verdi-jugendgoettingen.blogspot.de/2010/09/02/replik-auf-geschichtsfaelshenden-artikel-in-zuerst/> [eingesehen am 05.11.2020]. Alle Zitate im Folgenden stammen soweit nicht anders gekennzeichnet aus diesem Artikel.

temporäres Erstarken rechtsradikaler Parteien in der Region.

Und in der Tat liegt ein Kern des bis heute bestehenden Deutungskonfliktes bezüglich der Demontage im „sprachlichen Allgemeinplatz ‚Arbeiter‘“, der „einen unpolitischen vereinzelt Typus [suggeriert], der sich allein dem Erhalt seiner Heimat Salzgitter willen, nahezu herdenhaft anmutend zusammenrottete, um dem unfreundlichen ‚Tommy‘ das ‚deutschfeindliche‘ Spreng-Handwerk zu legen.“ Vielmehr wurde jedoch – wie kurz angerissen – der Widerstand innerhalb der Arbeiterschaft eher von einzelnen (insbesondere sozialistischen) Gruppen getragen, das eigentliche politisch-soziale Umfeld des Widerstands reichte von sämtlichen (auch rechtsradikalen) Parteien über Kirchen bis zu Gewerkschaften und war folglich äußerst heterogen. Festzuhalten bleibt: Die Verkürzung des Ereignisses auf ein Schlüsselmoment des antifaschistischen Arbeitermythos ist kaum den historischen Gegebenheiten entsprechend; vielmehr zeigen die hegemonialen Lesarten, dass hier ein Mythos, ein Moment der Sinnstiftung, konstruiert wurde, welcher die Unterschiede, Ambivalenzen und Widersprüche der heterogenen und durch eine sehr spezifische Geschichte entstandenen „Arbeiterschaft“ einebnet. Wie Lutz Raphael eindrucksvoll herausgearbeitet hat, ist die Konstitution eines solchen Leitbildes eines „selbstbewussten Industriebürgers“, das nicht mehr genuin an das „klassenbewusste“ Leitbild gebunden, sondern umgekehrt klassen- wie schichtübergreifend prägend war, fast schon typisch für ehemals sozialistische Milieus.<sup>97</sup> Die Konstitution des Industriebürgers (die den Wandel des Leitbildes entsprechend nicht mitbegreift) wird auch heute noch als legitimierende Erzählung herangezogen, aber gleichzeitig wird dessen Affinität nach rechts nachgerade zu oft zugunsten eines kaum existierenden sozialdemokratischen Arbeiterbewusstseins ausgeblendet, was den instrumentellen Gebrauch dieses Leitbildes in Salzgitter wiederum besonders macht.

Kehren wir also zur Ausgangsvermutung eines roten Bollwerks gegen rechts zurück, dann sehen wir nun die Doppelgesichtigkeit der politischen Verortung der Arbeiterschaft zwischen Sozialdemokratie und Rechtsradikalismus, die vor allem in der Nachkriegszeit ausgeprägt war. Dabei waren die Kräfteverhältnisse aus der Perspektive der Briten zunächst glasklar: Sie sprachen von einer „SPD-Diktatur [...], die durchaus vergleichbar mit der der Nazis“ sei.<sup>98</sup> Salzgitter galt der Militärregierung als „politisch ‚sehr linksaußen‘“.<sup>99</sup> Doch traditionell dominierten in der Vergangenheit neben der SPD insbesondere deutsch-nationale Parteien den Salzgitter-Raum.<sup>100</sup> Auch aufgrund der Krisenanfälligkeit der landwirtschaftlich geprägten Region in der Weimarer Republik gründeten sich bereits im Inflationsjahr 1923 erste Ortsgruppen der NSDAP in diesem Gebiet.<sup>101</sup> Bis 1932 entwickelte sich die Partei zur stärksten Kraft, lag über dem Reichsdurchschnitt. Nach dem Nationalsozialismus war es, wie bereits erwähnt, die DRP, die 1948/49 in Salzgitter deutschlandweit für Aufsehen sorgte. Insbesondere im Stadtteil Lebenstedt war sie seit 1949 sehr aktiv und hoffte, den Erfolg der Kommunalwahl aus dem Jahr 1948 in Wolfsburg wiederholen zu können, da die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Städte vergleichbar wa-

97 Vgl. Raphael, Lutz: *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Bonn 2019, bspw. S. 105 oder S. 111.

98 Zur Rolle der SPD unter der britischen Militärregierung vgl. Schulze, Rainer: *Salzgitter aus britischer Sicht. Besatzungszeit und Besatzungspolitik 1945–1950/51*, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992*, München 1992, S. 312–335, hier S. 320.

99 Ebd., S. 322.

100 Braunschweigische Landschaft e. V. (Hrsg.): *Topographie der Erinnerung. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus im Gebiet der Braunschweigischen Landschaft*, URL: [http://www.appelhans-verlag.de/leseprobe/Topographie\\_der\\_Erinnerung/files/assets/seo/page37.html](http://www.appelhans-verlag.de/leseprobe/Topographie_der_Erinnerung/files/assets/seo/page37.html) [eingesehen am 05.11.2020].

101 Braunschweigische Landschaft e. V. (Hrsg.): *Braunschweigesches Land in der Weimarer Republik 1918–1933*, S. 16, URL: [https://www.braunschweigischeland-schaft.de/fileadmin/user\\_upload/bl/news/Heimatspfleger/Weimarer\\_Republik/Katalog\\_-\\_Internet.pdf](https://www.braunschweigischeland-schaft.de/fileadmin/user_upload/bl/news/Heimatspfleger/Weimarer_Republik/Katalog_-_Internet.pdf) [eingesehen am 05.11.2020].

ren.<sup>102</sup> Und tatsächlich wurde die DRP bei der Bundestagswahl 1949 mit 23,6 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Partei im Stadtgebiet hinter der SPD (27,4 Prozent),<sup>103</sup> für die Militärrückführung ein überraschendes Ergebnis; Watens- tedt-Salzgitter galt fortan als „eine der neuen DRP-Hochburgen“<sup>104</sup>. Diese Erfolge – die sich vor allem durch die herrschende soziale Not, die geplante Demontage und die Eingliederungsprobleme der Flüchtlinge erklären lassen – konnte die DRP in den Folgejahren indes nicht bestätigen. Wurden die Anfechtungen von Rechtsaußen im Laufe der Zeit marginal (die NPD etwa konnte in Salzgitter nie eine herausragende Rolle einnehmen), zeigen die Wahlergebnisse außerdem, dass die CDU in Salzgitter auf Landes- und Bundesebene lediglich zwischen 1953 und 1959 sowie um 1980 herum stärker war als die SPD.<sup>105</sup> Blickt man auf die Wahlhistorie Salzgitters, so erscheinen die AfD-Ergebnisse in der Tat überraschend. Rechtsextreme Parteien konnten wie gezeigt hauptsächlich in den sehr frühen Jahren der Bundesrepublik mit Stimmen rechnen. Zu ihnen zählte auch, in Anbetracht der Stadtgeschichte und der soziokulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung wenig überraschend, der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – der eben vom hohen Anteil an Heimatvertriebenen und Flüchtlingen und der mangelnden Ansprache dieser Gruppe durch die SPD profitierte.<sup>106</sup> Alles in allem zeigt sich also kein

besonders hohes Mobilisierungspotenzial rechter Parteien in Salzgitter. Vielmehr scheint die Stadt fest in sozialdemokratischer Hand. Die SPD erzielte zwischen 1961 und 2008, zuletzt bei der Landtagswahl in jenem Jahr, verlässlich mehr als 40 Prozent. In den 1970er Jahren gaben ihnen die Salzgitteraner die Lizenz zur absoluten Mehrheit und 1998 konnte die Partei knapp 60 Prozent der Wähler mobilisieren. Mit der Jahrtausendwende jedoch begann die sozialdemokratische Selbstverständlichkeit als natürlich erscheinende Absolute-Mehrheits-Partei zu wanken.

Der Blick auf Salzgitters ungewöhnliche Geschichte zeigt, dass die „Stadt der Arbeit“ auf den ersten Blick ein Reservoir *par excellence* bereitstellt, um aus ihrem sozialdemokratischen Geist und ihrer Tradition zu schöpfen und Sinnbezüge für die Gegenwart herzustellen. Allerdings hat sich, wie wir im Folgenden herausarbeiten werden, diese Bezugnahme verselbständigt; die sich aus ihr speisenden Deutungsmuster haben – gemäß ihrer Funktion – Widersprüche und Ambivalenzen geglättet und zum Teil eingeebnet. Bereits anlässlich eines Festaktes der SPD im Jahr 2013 schrieb der Parteienforscher Franz Walter:

„Der Blick der Sozialdemokraten auf ihre Geschichte war emotionsfreier geworden, wohl auch ambivalenter. Eine lange, parallele Geschichte vermag den Nachgeborenen Lust zu bereiten, kann aber auch Last bedeuten. Eine traditionsreiche Partei ist versucht, Geschichte zu kanonisieren, die Erfahrungssätze daraus zu überhöhen, ein monumentales Museum der Vergangenheitsverklärung zu errichten. [...] Nimmt man die SPD heute, ist sie sicher nicht mehr durch eine Überlast an Geschichte gefährdet.“<sup>107</sup>

Genau dieser Prozess lässt sich auch in Bezug auf Salzgitter beobachten. Heute gehören der

**102** Schulze: Salzgitter aus britischer Sicht, S. 323.

**103** Stoffregen, Albert: Die Geschichte der politischen Parteien und Wahlen im Gebiet des Kreises Gandersheim und der Stadt Salzgitter von 1867 bis 1963, Marburg 1965, S. 135.

**104** Schulze: Salzgitter aus britischer Sicht, S. 323.

**105** Die Entwicklungen um 1980 könnten auch über bundespolitische Entwicklungen erklärt werden. 1976 wurde Helmut Schmidt in einer sozialliberalen Koalition Bundeskanzler. In der darauffolgenden Bundestagswahl wurde die Regierung bestätigt. Jedoch verloren SPD und FDP ihre Regierungsmehrheit bei der Bundestagswahl 1983.

**106** Försterling, Reinhard: Neubeginn politischen Lebens nach 1945. Parteigründungen und Wahlen, in: Benz,

Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 335–357, hier S. 338 f.

**107** Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei von Ferdinand Lassalle bis Andrea Nahles, Hamburg 2018, S. 358.

sozialdemokratische Gestaltungswille, die anti-faschistische Tradition und die Bedeutung der Arbeit per se zum festen Kanon der lokalen politischen Deutungseliten. Reflexhafte Verweise auf diese Traditionsbestände folgen jedoch, und dies soll abschließend einmal gebündelt argumentiert werden, einem Mechanismus der Reduktion zugunsten einer Allgemeingültigkeit, indem sie die historisch bedingte starke Fragmentierung und Heterogenität der Salzgitteraner Arbeiterschaft, man könnte sagen: insgesamt die Eigenwilligkeit dieses Milieus, ausblenden.

Denn, erstens, überdeckt der Verweis auf die sozialistische Prägung der Großregion um Braunschweig–Salzgitter–Peine<sup>108</sup> einige Spezifika der Stadtgeschichte Salzgitters, da die Stadt ja erst im Nationalsozialismus gegründet wurde und deshalb allein aufgrund ihrer Fläche und Zusammensetzung aus einzelnen Dörfern und späteren Ortsteilen keinen historisch gewachsenen Milieukern aufweist wie etwa Braunschweig oder Hannover.<sup>109</sup> Zweitens war die Zusammensetzung der Salzgitteraner Arbeiterschaft äußerst heterogen, da es sich nicht um eine während der Phase der Industrialisierung gewachsene, sondern um eine immer wieder neu zusammengesetzte Gruppe mit Angehörigen unterschiedlicher Länder und Ethnien handelte, die, wie gezeigt, auch lange überwiegend separiert voneinander lebten. Weil, drittens, Spezifika des Arbeitertums (wie bestimmte städtebauliche Maßnahmen) durch die Nationalsozialisten „erfunden“ wurden, es bei-

spielsweise keine Wohnbauprojekte wie den Karl-Marx-Hof in Wien gab, wo die sozialdemokratische Solidargemeinschaft beheimatet war, zeigten sich nach 1945 zunächst wenig Anschlussmöglichkeiten für die neugegründete Sozialdemokratie. Ihre Klientel, die Arbeiterschaft, war in hoher Fluktuation begriffen, Flüchtlinge, Vertriebene und später Gastarbeiter kamen und blieben, doch eine traditionell gewachsene, politisch links ausgerichtete Arbeiterschaft war in Lebenstedt, das in der Weimarer Republik noch konservativ ausgerichtet war, keine historisch verdingte, feste Größe, auf die man hätte bauen können,<sup>110</sup> das Milieu war entsprechend „unbehaust und traditionslos“<sup>111</sup>. „Die organisierte Sozialdemokratie hat also in Salzgitter viele ‚Geschichten‘, die erst nach 1945 zusammenkamen“, wie in der Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der SPD in Salzgitter zu lesen ist.<sup>112</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage wird ebenfalls deutlich, dass die Deutung dessen, wer „der Arbeiter“ in Salzgitter ist und was insbesondere seine Leistung ausmacht, in Anbetracht der städtischen Vergangenheit zum Drahtseilakt gerät und sich nach 1945 die „Unmöglichkeit [fortsetzte], ein Bürgerbewußtsein entstehen zu lassen oder gar zu fördern [...] in der Unklarheit der politischen und wirtschaftlichen Situation und in dem Provisorium, das jeder einzelne in seiner Existenz zu erblicken schien“<sup>113</sup>. Aufgrund dieser historischen wie kulturellen Kontingenz der Leistung der „Arbeiter“ in und für den Ort Salzgitter, ersetzte ein tendenziell idealisiertes

**108** Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina: Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Ein historischer Problemaufriss, FoDEx-Studie Rechtsradikalismus Nr. 1, Göttingen 2019, S. 20.

**109** Zwar hätten bereits vor 1878 erste sozialdemokratische Veranstaltungen im Salzgittergebiet stattgefunden (vgl. Vorwort, in: Archiv der Stadt Salzgitter (Hrsg.): 100 Jahre SPD in Salzgitter, Beiträge zur Stadtgeschichte Bd. 8, Salzgitter 1990, S. 11–13, hier S. 11.), 1890 seien erste Ortsvereine gegründet worden, doch sei in der Zeit der Sozialistengesetze die Sozialdemokratie „in Salzgitter scheinbar verschwunden“, obwohl es bereits eine beachtliche Arbeiterschaft gegeben habe, „die bereit war, ihre Interessen anzumelden“ (ebd., S. 11).

**110** Archiv der Stadt Salzgitter (Hrsg.): Vom Dorf zum Stadtzentrum. Die Entwicklung Lebenstedts im 20. Jahrhundert. Beiträge zur Stadtgeschichte Bd. 23, Salzgitter 2009, S. 107 ff.

**111** Klecha, Stephan: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104, hier S. 81.

**112** Archiv der Stadt Salzgitter: 100 Jahre SPD, Vorwort, S. 11.

**113** Schneider, Christian: Stadt–Bau Salzgitter. 1937–1990, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter. Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 166–212, hier S. 196.

Bild dieses „Arbeiters“ als politisch geronnener Sozialtypus letztlich die Identifikationsfunktion: Die fehlende Möglichkeit der Anknüpfung an frühere Leistungen sozialdemokratischer Solidargemeinschaften wurde kompensiert durch eine mythologisch anmutende Idealisierung des Arbeiters. Zwar gehört eine gewisse Portion Mythos letztlich zu jedem Kollektivierungs- und Identifikationsmoment dazu, denn alle Gemeinschaften konstituieren sich um bestimmte Erzählungen, die sie prägen; aber gerade in die meisten regional-kulturellen, sozialdemokratischen Legendenbildungen fließt ein historisch erkämpfter Traditionsbestand mit ein, der das regionale Selbstverständnis dieser Milieustrukturen zusätzlich festigt. Doch wie der Blick auf die historische Genese gezeigt hat, ist dieser Traditionsbestand in Salzgitter brüchig und das Milieu hatte – ähnlich wie in Wolfsburg – lediglich eine „Arbeiterschaft ohne Tradition“<sup>114</sup> als Subjekt, welche die sonst üblichen Gemeinsamkeiten überwiegend vermissen ließ, ebenso wie die „Neigung, sich im Alltag des Stadtlebens als Arbeiter darzustellen.“<sup>115</sup> Die lokale Arbeiterschaft hatte ihr Bewusstsein eben nicht in frühen Phasen des Industrialisierungsprozesses, sondern erst in den Jahren des Wirtschaftswunders ausgebildet, bei höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen, so dass sie eher ein instrumentelles Verhältnis zu ihren Arbeitsstätten hatten. Insofern war (und ist) das sozialdemokratische Milieu in Salzgitter einerseits besonders, weil die Ausgangslage eine andere als in vergleichbaren Regionen oder Milieus war. Doch andererseits war (und ist) dieses sozialdemokratische Milieu auch typisch, weil es von der inneren Logik der „sozialmoralischen Milieus“ her, wie es der Historiker Rainer Lepsius mit eben jenem Begriff umschrieb,<sup>116</sup> funktionierte wie andere: Die sozialmoralischen Milieus mobilisierten in der Regel vor Ort immer nur einige Wenige aus den Reihen der Parteien, Gewerkschaften oder sonstigen Aktivisten. Entscheidend war

vielmehr, dass sie sowohl die Sozialräume und Wohnquartiere als auch langfristig die städtischen Strukturen prägten. Ebenjene Prägung basiert wiederum auf den historischen Ausgangslagen und den instrumentell-funktionalistischen Gebrauchsnormen des Leitbildes des „Industriebürgers“. Es sind die „sozialen Beharrungskräfte industrieller Arbeit“<sup>117</sup>, wie sie Raphael betont, die es zu ergründen gilt, um an die lokale Prägung der politischen Kultur mit den entsprechenden Vorzeichen (wie u. a. die jeweiligen Traditionen sozialmoralischer Milieubildung<sup>118</sup>) heranzukommen.

### 2.3 Vom Malocher zum demokratischen Industriebürger als neuem sozialintegrativem Leitbild

Für Salzgitter gilt sicher auch, was für Wolfsburg belegt ist: „Gegenüber einer traditionellen klassenkämpferischen Bedeutung von Solidarität ließ sich ein stärker entpolitisiertes, individualistisches Solidaritätsverständnis erkennen“<sup>119</sup>, das die Diagnose einer schwachen bzw. depolitierten Öffentlichkeit unterfüttert (hierzu später mehr).<sup>120</sup> Der Fordismus als Integrationsmodus der deutschen Nachkriegsgesellschaft setzte gleichsam lokale Traditionen außer Kraft und homogenisierte die Städte; der monofunktionale Städtebau begünstigte zusätzlich eine solche Entpolitisierung der Öffentlichkeit.<sup>121</sup> Umso wichtiger scheint es offenbar zu sein, sich des flüchtigen „Arbeiterbewusstseins“ auch

<sup>114</sup> Herlyn et al.: Faszination Wolfsburg, S. 84 ff.

<sup>115</sup> Ebd., S. 85.

<sup>116</sup> Vgl. Lepsius, Rainer M.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen 1993.

<sup>117</sup> Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl, S. 469.

<sup>118</sup> Vgl. ebd., S. 473.

<sup>119</sup> Herlyn et al.: Faszination Wolfsburg, S. 89.

<sup>120</sup> Vgl. dazu auch Mewes, Alexander: Stadtgesellschaft und Zuwanderung. Zur Logik sozialräumlichen Integrationshandelns in der Einwanderungsgesellschaft, Konstanz 2013, der dies insbesondere am Beispiel Freudenberg herausarbeitet.

<sup>121</sup> Ebd., S. 19 u. 21 ff.

sinnbildlich zu vergewissern, worum sich insbesondere die IG Metall bemüht, wenn sie in der Deutung des industriellen Salzgitteraners *post festum* an den Gestaltungs- und Aufbauwillen jener, die die Lebensrealität nach Kriegsende in der von Hungersnöten, Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnotstand gezeichneten Region bewältigten, anknüpft. Es seien also die „von der Gewerkschaft getragenen demokratischen Kräfte [gewesen], die das Fundament für eine moderne Industrielandschaft legten“<sup>122</sup>, meint Gerhard Schröder, indem er zugleich eine Deutung des Salzgitteraners als „demokratische[r] Industriebürger“ anbietet.

Es ist dieses kulturell geschaffene Bild, das als politisches Surrogat die fehlenden Traditionsbestände kompensiert und hierdurch gleichsam eine kollektive Verbindlichkeit, eine Art Gründungsmythos und eine historische Leiterzählung liefert. Seit dem Jahr 1995 findet dieses Bild vom „Arbeiter“ auch im Stadtbild in einem Wahrzeichen symbolischen Ausdruck, nämlich in dem in Lebenstedt errichteten „Turm der Arbeit“. Hierin soll sich der beschworene (demokratische) Gestaltungswille der Arbeiter mit einem antifaschistischen Ethos zum Gewissen der Stadt liegen. Denn aus der sozialdemokratisch erzählten Erfolgsgeschichte des Aufbaus von Stadt und Gesellschaft aus den Trümmern des Nationalsozialismus, wie es das Bild des „demokratischen Industriebürgers“ schon andeutet – ganz unabhängig davon, ob es imaginiert ist oder nicht – soll der „politische Gestaltungswille“<sup>123</sup> erwachsen, der zum Grundselbstverständnis der Stadt avanciert ist. In für die 1990er Jahre typischer Manier erinnert das Denkmal an mehrere historische Bezugspunkte, die in ihrer Ambivalenz und auch Unversöhnlichkeit nebeneinander stehen und dennoch zu *einer* Deutungsofferte amalgamiert werden, denn: Es hält „das Gedenken wach an den Aufbau von Industriegebiet und Stadt im

Nationalsozialismus und an die Zwangsarbeit in den Reichswerken. Es erinnert ebenso an das Leiden und Sterben unzähliger Menschen auf der Flucht aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zum Ende des Zweiten Weltkriegs, an die Demontage von Industrieanlagen durch die Alliierten nach 1945 und den Widerstand der Arbeiter dagegen, aber zugleich an den Aufbau eines Wirtschaftsraumes zum drittgrößten Industriestandort Niedersachsens.“<sup>124</sup> Das Denkmal gebe der „immer noch jungen Stadt Identität. Auf seiner Spitze erhebt sich der Probennehmer aus dem Hüttenwerk, der den Lebens- und Aufbauwillen der Menschen symbolisiert. Das bildhauerische Kunstwerk ist für viele Betrachter eine Begegnung mit der eigenen Lebensgeschichte.“<sup>125</sup> Die starke Verknüpfung des Denkmals mit der Erfindung eines identitätsstiftenden Arbeitermythos zeigt sich erneut im Rekurs auf die Demontage. Der Konfliktforscher Alexander Mewes folgert: „Dieser Vorgang – die erfolgreiche Abwehr der Demontage der Hüttenwerke – markiert einen zweiten Gründungsmythos der Stadt, nachdem ihr erster, nämlich die Gründung der Reichswerke durch Hermann Göring, keine kollektiven Zugehörigkeitsgefühle mehr auslösen konnte.“<sup>126</sup> Aus dem Widerstand sei ein neuer „Nimbus“ erwachsen, der der eigentlichen Stadtgründung nicht innegewohnt habe.<sup>127</sup> Statt eines Aufbau- und Gestaltungswillens spricht Mewes vom Ethos einer „mechanischen Solidarität“ und sieht den Widerstand gegen die Demontage angeleitet durch ein „fordistisches Solidaritätsethos“<sup>128</sup>. Allerdings perpetuiert sich darin auch die nicht unumstrittene Deutung einer im Widerstand geschmiedeten Schicksalsgemeinschaft, da sich „Alteingesessene und Zuwanderer [...] zu

<sup>122</sup> Schröder, Gerhard: Aufbau und Festigung demokratischer Strukturen, in: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.): Von außen Gesehen. 50 Jahre IG Metall Salzgitter, Salzgitter 1998, S. 23–26, hier S. 23.

<sup>123</sup> Dewitz, Dominik/Nolte, Marie: „Wenn die weltoffene Stimmung zu kippen droht.“ Die AfD in Salzgitter, in: Demokratie-Dialog H. 7/2020, S. 48–56, hier S. 55.

<sup>124</sup> Monument zur Stadtgeschichte, URL: <https://www.salzgitter.de/kultur/stadtgeschichte/stadtmonument.php> [eingesehen am 05.11.2020].

<sup>125</sup> Ebd.

<sup>126</sup> Mewes: Stadtgesellschaft und Zuwanderung, S. 58.

<sup>127</sup> Ebd.

<sup>128</sup> Ebd., S. 70.

einer Protestbewegung synchronisiert“<sup>129</sup> hätten, deren sozialmoralische Integration bis heute Spuren hinterlasse. „Dass Arbeitersolidarität in Salzgitter keine Begriffsfiktion und die durch sie maßgeblich geprägte moralische Ordnung in der Stadt lebendig beziehungsweise diskursiv und praktisch erlebbar ist“<sup>130</sup>, dafür stehe der „Turm der Arbeit“, wie Mewes pointiert.

An der Seite dieses Arbeiterbildes steht die Realität einer politischen Verwaltung, welche zuvorderst als Instanz in Sachen Krisenmanagement erscheint. Bereits Mitte der 1960er begannen die Bemühungen, den infrastrukturellen Notstand in der „Barackenstadt“ der Arbeiter zu beseitigen und die letzten Bewohner in feste Wohnungen umzusetzen.<sup>131</sup> Ein Unterfangen, das nicht zuletzt aufgrund von finanziellen Hilfen aus dem Bundeshaushalt gelang. „Mit einem neuen Selbstbewusstsein, gewachsen aus der Abwehr der Demontage, ausgestattet mit Mitteln des Bundes, konnte man eine beeindruckende Aufbauleistung in Salzgitter beginnen“<sup>132</sup>, resümiert der Historiker Leuschner in Bezug auf den Mythos den Niederschlag des „Wirtschaftswunders“ in dem industriellen Zentrum. Auch siebenzig Jahre nach Einsetzen dieser Aufbauleistung klafft allerdings weiterhin eine veritable finanzielle Lücke im städtischen Haushalt, die auch im Jahr 2019 nur durch zusätzliche Gelder des Landes minimiert werden konnte. Diese werden nun allerdings, statt für den Kampf gegen Wohnungsknappheit und mangelnde Infrastruktur wie in den 1950er Jahren, für die Bewältigung im Umgang mit minderwertigem Wohnraum sowie der maroden Infrastruktur benötigt. Demnach sei die Stadt heutzutage einer strukturellen Problemlage ausgesetzt, „die komplexer und dramatischer ist als anderswo“<sup>133</sup>, wie es der Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) beschreibt.

Es ist zuvorderst der unschmeichelhafte architektonische Funktionalismus, der in Lebensstedt waltet,<sup>134</sup> welcher der Stadt ein etwas angeschlagenes Image beschert, aber wohl auch Teil des allgemeinen Bildes von (ehemaligen) Industriezentren ist. Als ein solches Industriezentrum im Zeitalter der Globalisierung erscheint Salzgitter heute schon beinahe museal und das Bild des gestaltungswilligen Arbeiters gerät zunehmend in Konflikt mit der – vom Historiker Raphael herausgearbeiteten<sup>135</sup> – nunmehr in der Bundesrepublik gegenwärtigen Erfahrung, dass die Geschicke industrieller Standorte zusehends abhängig von undurchsichtigen internationalen Kapitalarrangements und weniger eine reine Angelegenheit des jeweiligen Standorts und des dortigen politischen Engagements sind. Hier nach waren insbesondere bereits die Rezessionen 1973/74 und 1980–82 Belastungsproben für die Industriepolitik, von denen auch Salzgitter berührt wurde. „Weder Subventionen noch Verstaatlichungen und Konjunkturprogramme konnten die Deindustrialisierungsdynamik stoppen“<sup>136</sup>, beschreibt Raphael die Ohnmacht, mit welcher die Bundesregierung dem flächendeckenden Strukturwandel versuchte entgegenzuwirken. Dabei sei der resultierende Niedergang industrieller Arbeitswelten<sup>137</sup> kaum mehr von öffentlichem Interesse sowie von nur wenigen, dafür spektakulären Protestregungen beglei-

len Strukturhilfeprogramm des Landes für Salzgitter vor, 14.10.2019, URL: <https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/ministerpraesident-weil-und-oberburgermeister-klingebiel-stellen-strukturhilfeprogramm-des-landes-fur-salzgitter-vor-181584.html> [eingesehen am 28.07.2020].

<sup>129</sup> Ebd.

<sup>130</sup> Ebd.

<sup>131</sup> Vgl. Leuschner: „Zweite Stadtgründung“, S. 88 f.

<sup>132</sup> Ebd., S. 89.

<sup>133</sup> Niedersächsische Staatskanzlei: Ministerpräsident Weil und Oberbürgermeister Klingebiel stel-

<sup>134</sup> Schneider: Stadt-Bau Salzgitter. 1937–1990, S. 201 f. Zu Lebensstedt: Archiv der Stadt Salzgitter (Hrsg.): Vom Dorf zum Stadtzentrum.

<sup>135</sup> Vgl. Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl.

<sup>136</sup> Ebd., S. 90.

<sup>137</sup> Vgl. auch Eiben, Jörn: Industriestädte und ihre Krisen. Wilhelmshaven und Wolfsburg in den 1970er und 1980er Jahren, Göttingen 2019 und Plumpe, Werner/Steiner, André (Hrsg.): Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960–1990, Göttingen 2016.

tet worden. Vielmehr begann, wie Raphael ausmacht, ein Prozess der Selbsthistorisierung der Industriegesellschaft, in welcher „die vielfältigen Hinterlassenschaften einer untergehenden ‚Welt der Maloche und der Malocher‘, von den klassischen Industriebauten bis zu den Erinnerungsspuren der Arbeiterinnen und Arbeiter, Thema und Objekt kultureller Vergegenwärtigung“<sup>138</sup> einer vergangenen Epoche wurden. Die Erosion der Lebenswelten der Arbeiter mündete indes immer seltener in Regungen eines politischen Gestaltungswillens, stattdessen sei im Gleichklang mit den industriellen Strukturen auch die Bewältigung von Partikularkrisen gewissermaßen „privatisiert“ und die Arbeiter, welche von der grassierenden Massenarbeitslosigkeit verschont blieben, sozialkulturell fortschreitend in die bundesrepublikanische Mittelschicht integriert worden. In der soziologischen Theoriebildung, aber auch in der politischen Realität erlangten im Verlauf der 1980er Jahre zusehends solche Deutungen Geltung,

„welche mit dem Rückgang industriewirtschaftlicher Arbeitsstrukturen zugleich auch das Ende von Klassenstrukturen oder ähnlich grobkörnigen Differenzen in der Gemengelage von Einkommen, Bildung, Berufen und Lebensweisen gekommen sahen und diese These in die politische Sprache hineintrugen.“<sup>139</sup>

In die Zeit des „demokratischen Industriearbeiters“, zu dem der „Malocher“ avanciert war,<sup>140</sup> fallen als Konfliktlinien zudem verstärkt (kulturelle) Identitätskategorien, entlang derer Sozialprobleme bestimmt werden. Eine besondere Rolle für Salzgitter spielt in dieser Hinsicht Zuwanderung<sup>141</sup>, denn das Bild der Arbeiter ist

zwangsläufig auch bestimmt von Selbst- und Fremddeutungen der „Gastarbeiter“ und ihrer Nachkommen.<sup>142</sup> Auf die mit Gastarbeitern zusammenfallende Spannungslage verweist im Jahr 1992 ein Porträt des in Südanatolien geborenen Talip Abaci, der berichtet: „Als sein Vater nach Deutschland kam, grüßten die Kollegen noch spöttisch: ‚Na, Herr Gastarbeiter‘“<sup>143</sup>. Die Lage der Salzgitteraner Arbeiter in der Zeit der Deindustrialisierung wird wie folgt skizziert: „Die Kolleginnen und Kollegen sind verbittert über ihr Statistendasein im großen Monopoly-Spiel. Die Salzgitter AG existiert nicht mehr. Talip Abaci kennt die Gewinner nicht. ‚Die wohnen doch alle in Wolfenbüttel, in Salzgitter leben nur die Verlierer‘“<sup>144</sup>. Obwohl der „Gastarbeiter“ offenbar zumindest in der Selbstwahrnehmung nicht selbstverständlich Teil des Typus des Salzgitteraner Arbeiters zu sein scheint, offenbart sich als verbindendes und einendes Moment indes die Selbstidentifikation als Verlierer.<sup>145</sup> Allerdings bleibt der Spannungsbereich zwischen Zuwanderung, Integration und Ablehnung, die bis zur offenen Fremdenfeindlichkeit reichen kann, bis in die heutige Zeit Stimulus gesellschaftlicher Konflikte. Darauf deutet zumindest die Existenz zivilgesellschaftlicher Initiativen

<sup>138</sup> Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl, S. 133.

<sup>139</sup> Ebd., S. 111.

<sup>140</sup> Vgl. ebd., S. 472.

<sup>141</sup> Mehr als jeder vierte Salzgitteraner (28 Prozent) hat nach Angaben des Zensus 2011 einen Migrationshintergrund, vgl. Zensus 2011: Personen nach Migrationshintergrund für Salzgitter, Stadt (Kreisfreie Stadt),

09.05.2011, URL: <https://ergebnisse.zensus2011.de/datenbank/online/> [eingesehen am 04.09.2020].

<sup>142</sup> Eine entsprechende Konfliktodynamik bezüglich der Flüchtlinge hat bereits die Historikerin Helga Grebing für sozialistische Milieus gerade im Osten von Niedersachsen beschrieben, vgl. Grebing: Niedersachsen vor 40 Jahren; siehe ebenfalls Brosius, Dieter: Zur Lage der Flüchtlinge in Niedersachsen nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, H. 55/1983, S. 99–113.

<sup>143</sup> Schwarz/Morlok: Zwölf Porträts aus einer deutschen Stadt, S. 520.

<sup>144</sup> Ebd.

<sup>145</sup> Der zeitgenössische Bericht eines nach Salzgitter Gezogenen stärkt die Zweifel an den verbindenden Elementen zwischen den unterschiedlichen Gruppen, vgl. Bertram, Jürgen: Mustafa im Hinterzimmer, in: Die Zeit, 12.05.1978, URL: <https://www.zeit.de/1978/20/mustafa-im-hinterzimmer/komplettansicht> [eingesehen am 03.11.2020].

in der Stadt wie dem Bündnis „Salzgitter passt auf!“, den interkulturellen Wochen und dem von der IG Metall seit 1989 an jedem 21. März begangenen „Tag gegen den Rassismus“ hin.<sup>146</sup>

Vor dem Hintergrund dieses latent anhaltenden Spannungsverhältnisses rund um das Bild der Industriestadt des „Multi-Kulti“<sup>147</sup> hat auch der im Jahre 2017 in Salzgitter als Präzedenzfall verhängte „Zuzugsstopp“ für Geflüchtete für Aufsehen gesorgt; dieser wurde allgemein als bittere Notwendigkeit präsentiert, resultierend aus dem chronisch überlasteten Haushalt und den Strukturen der Kommune. „Die weltoffene Stimmung in Salzgitter, der ersten Respektstadt Deutschlands, drohte zu kippen, wir befürchteten die Bildung von Parallelgesellschaften“<sup>148</sup>, begründete der Oberbürgermeister die Notwendigkeit der „negativen Wohnauflage“. Das Bild der überforderten Stadt des „Multi-Kulti“ mit- samt der bedrohlichen Stimmungslage, vor der sich die Wahlergebnisse der AfD dennoch nicht so recht erklären lassen, wurde auch vom *Spiegel* aufgegriffen: „Da sind plötzlich diese 13,7 Prozent, von denen keiner weiß, wer sie wirklich sind. Sie wabern über dieser Stadt, die doch eigentlich ganz anders sein will“<sup>149</sup>. Vor ebenjener

Selbst- und Fremddeutung als gewissenhafter Stadt demokratischer, multi-kultureller Industriebürger verblassen die Wähler der AfD zu einer unbestimmbaren und bedrohlich über der Stadt schwebenden, drückenden Masse. Auf der anderen Seite könnte, auch wenn die Salzgitteraner Sozialdemokraten im Jahre 2017 ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen konnten, der bundesweite Einbruch der Partei ein Indikator dafür sein, dass ihr eigentliches Kernmilieu der Partei nunmehr den Rücken zukehrt. So musste die SPD, welche die gewerblichen Arbeiter erneut für sich gewinnen wollte, „im Bundesdurchschnitt hinnehmen, dass die CDU/CSU in diesem einstigen Traditionssegment nun knapp die Nase vorn hatte, die AfD im ‚Proletariat‘ jetzt fast gleichauf mit der SPD lag“<sup>150</sup>. Das gewerkschaftlich organisierte Arbeitermilieu habe sich, wie Franz Walter es vor dem Hintergrund der jüngsten Parteientwicklung beschreibt und wie sich auch mit der von Raphael dargestellten Erosion industrieller Lebenswelten nachvollziehen lässt, entkernt. Es gelinge der Partei nicht mehr, den mit ihr äußerlich assoziierten (demokratischen) Gestaltungsauftrag im Namen der Arbeit in die Tat umzusetzen, denn „Parteien der demokratischen Linken blühen nur so lange, wie sie Ankerplätze von Hoffnungen sind“<sup>151</sup>; die „kleinen Leute“ jedoch scheinen zusehends weniger Vertrauen in die SPD zu setzen.<sup>152</sup> Dem noch in den 1990er Jahren beschworenen Gestaltungswillen der Arbeiterschaft stehe die durch Krisenerfahrungen stimulierte Lethargie des Proletariats gegenüber. Stattdessen errichte sie ein gleichsam konservatives Bild einer vergangenen, stabileren industriellen Zeit gegen jene Unsicherheit, was in der Zukunft liegen mag. Auch diese Grunderfahrung mag Deutungskonflikte im Selbstbild Salzgitters antreiben.

Während die SPD also aktuell um ihren Platz in der politischen Kultur der Stadt scheint bangen

die-stimmung-kippt-a-1173710.html [eingesehen am 04.09.2020].

**146** Das Gedenken an den Nationalsozialismus und das daraus abgeleitete Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit ist in Salzgitter vor allem durch die IG Metall in Form bestimmter Programme, regelmäßiger Workshops, der Gründung von Initiativen und eines ritualisierten Gedenkens institutionalisiert worden und wird auch bis heute maßgeblich durch die Gewerkschaft getragen.

**147** Zu Integration, Aussiedlern und Fremdarbeitern in Salzgitter vgl. auch Mewes: Stadtgesellschaft und Zuwanderung.

**148** Lüdecke, Ulf: Erstmals Zuzugsstopp in deutscher Gemeinde. Flüchtlingskrise in Salzgitter – OB: „Machen weiter, brauchen aber eine Atempause“, in: Focus.Online, 13.10.2017, URL: [https://www.focus.de/politik/deutschland/niedersachsen-erlass-fuer-salzgitter-erstmals-zuzugsstopp-von-fluechtlingen-in-deutscher-gemeinde\\_id\\_7708062.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/niedersachsen-erlass-fuer-salzgitter-erstmals-zuzugsstopp-von-fluechtlingen-in-deutscher-gemeinde_id_7708062.html), [eingesehen am 29.07.2020].

**149** Lang, Anna-Sophia: Wenn die Stimmung kippt, in: Der Spiegel, 22.10.2017, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-erfolg-in-salzgitter-wenn->

**150** Walter: Die SPD, S. 353.

**151** Ebd., S. 376.

**152** Vgl. ebd., S. 325.

zu müssen, kann die AfD politisch reüssieren. Vor allem ihr 2016 in Salzgitter gegründeter Kreisverband sorgte mit seinem *Facebook*-Auftritt und später auch dem *Twitter*-Kanal wegen extrem rechter Äußerungen über die Grenzen Salzgitters hinaus für Aufsehen.<sup>153</sup> Ihren Höhepunkt dürften diese Eskapaden in der Verurteilung des Vorsitzenden des AfD-Kreisverbands, Michael Gröger, gefunden haben. Dieser veröffentlichte ein Gedicht, in welchem er Asylbewerber diffamierte, woraufhin er der Volksverhetzung für schuldig befunden wurde und im Januar 2020 vom Amt des Parteivorsitzenden zurücktrat.<sup>154</sup> Beim örtlichen Ableger der Partei handelt es sich gegenwärtig also um kein unbeschriebenes Blatt und ihre – relativ betrachteten – Erfolge in einer als sozialdemokratisch bestimmten Stadt mögen Anzeichen dafür sein, dass die bislang hegemoniale Deutung Salzgitters als (politisch) kulturelle Heimat demokratischer Industriebürger so selbstverständlich nicht mehr ist. Zumindest wird sich diese Lesart wohl stärker als in den vergangenen Jahren Aushandlungsprozessen aussetzen müssen. Kurzum: Dass eine Partei wie die AfD mit entsprechend radikal-provokativem Auftreten ausgerechnet in der „roten Bastion“ Salzgitter dermaßen Anklang findet – noch einmal: Jeder siebte Salzgitteraner-Wähler wählte bei der Landtagswahl 2017 die AfD –, erstaunt und gibt Rätsel auf. Ist die AfD möglicherweise zuvorderst ein Symbol für politisch-kulturelle Umbrüche? Und zeigen sich erste Symptome dieser Veränderungen ausgerechnet zuerst in sozialdemokratischen Stammgebieten?

Denn wie Wandlungen in der objektiven gesellschaftlichen Lage des Einzelnen und allge-

meiner kultureller Deutungsbestände verarbeitet werden, ist immer auch gebunden an (lokal bestimmte) soziale Intermediäre, an Milieu- und Traditionsbestände, welche geteilte Krisen- und Routineerfahrungen vermitteln. Keineswegs lassen sich, wie (vergleichende) Regionalstudien Walters zwischen Sachsen und Thüringen<sup>155</sup> sowie zu Freital<sup>156</sup> zeigen, kulturelle Verschiebungen in der Erosion ehemaliger „roter“ Hochburgen nur über den Wandel der ökonomischen Situation oder über bloße objektive Wähleranalysen erklären. Es sei mehr eine Angelegenheit lokaler und milieugebundener sozialer Netze, welche sich in Neigungen zwischen Systembindung und Fragmentierung sozialer Milieus, in der Identitätsstiftung und der Bildung von Solidargemeinschaften oder eben der Realität antagonistischer Teilkulturen, ergingen. Diese Bewegung sei letztlich ein Faktor dafür, ob sich in Momenten von historischen Brüchen und Fragmentierungen Räume für Populisten bilden könnten.<sup>157</sup> Die Bildung ebensolcher tradierten sozialen Netze dürfte in Salzgitter wohl im Vergleich zu Sachsen, Thüringen oder Freital noch dadurch erschwert sein, dass ein Rekurs auf geteilte Traditionsbestände abseits der Arbeit an sich in Salzgitters entkerntem Milieu schwerfällt. Und so ist die Geschichte Salzgitters darauf abzuklopfen, inwiefern sie aufgrund des äußeren, an Prozesse der Deindustrialisierung gebundenen Drucks, dem sie sich die „Stadt der Verlierer“ ausgesetzt sieht, in besonderem Maße verwiesen ist auf die Notwendigkeit der „invention of tradition“<sup>158</sup>, also auf Momente der künstlichen Traditionsbildung. Die Frage ist, welche Erwartungshaltung, aber auch welche Handlungsanweisun-

**153** Bspw. Georgi, Oliver: Hetze in AfD-Kreisverband, „Krieg gegen das widerwärtige System auf deutschem Boden“, in: FAZ.net, 26.09.2017, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-kreisverband-hetzt-auf-facebook-offen-gegen-demokratie-15218764.html> [eingesehen am 30.07.2020].

**154** Kothe, Michael/Westermann, Eric: Volksverhetzung: Urteil gegen Salzgitters AfD-Chef rechtskräftig, in: Braunschweiger Zeitung, 13.01.2020, URL: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/salzgitter/article228126207/Volksverhetzung-Urteil-gegen-Salzgitters-AfD-Chef-rechtskraeftig.html> [eingesehen am 30.07.2020].

**155** Vgl. Walter, Franz/Dürr, Tobias/Schmidtke, Klaus: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene von Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993.

**156** Vgl. Walter, Franz/Schieben, Michael: Von der roten Stadt zur toten Stadt? Das Beispiel Freital, in: Busse, Tanja/Dürr, Tobias (Hrsg.): Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance, Berlin 2003, S. 219–239.

**157** Vgl. ebd., S. 237.

**158** Vgl. Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hrsg.): The Invention of Tradition, Cambridge 1993.

gen sich gebunden an auf die Vergangenheit projizierte, einheitsstiftende Erzählungen, an den derart adressierten demokratischen Industriearbeiter richten; insbesondere um dem Verhältnis zwischen Eliten, der Regierung, der kommunalen Verwaltung und ihrem Objekt nachzuspüren.

# 3

## Methodische und theoretische Überlegungen: Zum Zusammenhang von politischer Kultur und Deutungsmustern

Indem die Studie dem politisch-kulturellen Umgang mit der AfD in Salzgitter sowie dem sie und ihren relativen Erfolg umgebenden Deutungskonflikt nachgehen möchte, bietet es sich an, sich den Deutungsmustern der örtlichen, kulturellen Deutungseliten zuzuwenden (siehe zur begrifflichen Klärung weiter unten). Die Annäherung an die historische Dimension der Salzgitteraner Stadtkultur hat offenbart, dass ebensolche Interpretamente dessen, was der demokratische Industriebürger sei, in regionalpolitisch prominenten Stimmen Ausdruck finden. Daran anschließend möchte die Studie eine explorative Analyse der Vermittlung politisch-kultureller Momente und individueller Faktoren in der zivilgesellschaftlichen Wahrnehmung und Verarbeitung des Phänomens des Rechtsradikalismus am Beispiel der AfD leisten. Ein solcher Verarbeitungsdruk scheint, gemessen an dem von den Salzgitteraner Deutungseliten geprägten Selbstbild der Stadt, aufgrund des überraschenden Erscheinens der AfD als politischer Akteur in Salzgitter in besonderem Maße gegeben. Um also

dem Zusammenhang von politischer Deutung (*Wie werden Phänomene gedeutet?*) und politischem Umgang (*Wie geht der Ort mit den Phänomenen um?*) mit der AfD nachzugehen, sollen Deutungsmuster politischer Vorstellungswelten herausgestellt werden. Zu diesem Zweck wurden mit politischen Akteuren in Salzgitter Interviews geführt, in denen diese in einem offenen Rahmen über das politische Leben in der Stadt sowie zu konkreten Situationen befragt wurden, die sie unabhängig von der vorhergehenden allgemeinen Beschreibung des politischen Lebens situativ deuten sollten. Indem im weiteren Verlauf der Analyse auf das Verhältnis zwischen allgemeiner (Oberflächen-)Charakterisierung und konkreter Situationsdeutung abgehoben wird – also untersucht wird, ob und wo sich diese Darstellungen, Beschreibungen und Einordnungen unterscheiden –, soll in der interpretativ-qualitativen Auswertung des Interviewmaterials der Charakter der Deutungsmuster bestimmt werden. Schließlich verweisen in Anbetracht des Erfolgs der AfD vor Ort solche situativen (und durchaus widersprüch-

lichen) Deutungen auf Momente politisch-kultureller Krisen. Damit nähert sich die Studie der Frage nach „den Ursachen und Konstituierungsbedingungen politischer Bewusstseinsform in politisch-kultureller und psychoanalytischer Hinsicht“<sup>159</sup>.

### 3.1 Zum Begriff des Deutungsmusters

Der Anspruch, zu den Sinngabeprozessen und Bewältigungsformen vorzudringen, speist sich aus dem dieser Studie zugrundeliegenden Begriff des Deutungsmusters selbst. Ein Begriff, welcher aufgrund seiner verschiedensten praktischen Gebrauchsweisen im allgemeinen qualitativen Forschungsprozess umstritten ist<sup>160</sup> und demnach hier näher expliziert werden soll. In der vorliegenden Studie werden im Anschluss an andere FoDEx-Untersuchungen Deutungsmuster als *soziale Deutungsmuster* verstanden, weil diese kollektiv geteilte Selbstverständlichkeiten ausdrücken sollen.<sup>161</sup> Deutungsmuster sind damit so etwas wie „private Gesellschaftstheorien“ in der Verarbeitung der sozialen und politischen Welt.<sup>162</sup> Auch wenn diese nähere Bestimmung etwas apokryph erscheinen mag, so ist sie im Einklang damit zu verstehen, wie Ulrich Oevermann den Begriff des Deutungsmusters seinerzeit in die Diskussion um die Erkenntnis-

möglichkeiten der qualitativen Sozialforschung einbrachte. Oevermann näherte sich den Deutungsmustern als in sich geschlossenen Argumentationszusammenhängen und als Folgeerscheinung ehemals universaler Weltanschauungen an. Nach dem „Niedergang der kollektiven Glaubensbezüge“<sup>163</sup> im historischen Prozess gesellschaftlicher Entwicklung, wie er sich mit Franz Walter und Tobias Dürr bestimmen lässt, ist die Deutungs- und Verarbeitungsnotwendigkeit gesellschaftlicher Phänomene entlang objektiver Handlungsprobleme zweifelsohne nicht Geschichte. Zwar gehören Religion und politische Weltanschauungen nicht der Vergangenheit an, jedoch scheinen sie nicht mehr als umfassende Glaubenssysteme an sie selbst gebundene Sinnfragen vorab zu regulieren, sondern dienen ihrer Bearbeitung mehr in einem nachgestellten Sinn. Der Einzelne ist also gewissermaßen freigeworden von dem Druck solcher universaler Deutungssysteme, während dennoch die Verarbeitung bestimmter Alltagssituationen und Erlebnisse entlang der Linien geteilter Muster in der Deutung ebendieser verläuft.<sup>164</sup> Diese Deutungsmuster gewinnen ihre Autorität in ähnlicher Weise wie die einheitlichen Systeme an ihrer sozialen Kollektivität, nehmen jedoch mehr den Charakter relativ freier Situationsdeutungen an. Mit einem so gefüllten Begriff des Deutungsmusters lässt sich zudem auf das Fortleben der Bewältigung gesellschaftshistorischer Umbrüche in einer politischen Kultur abheben, wie sich im Rekurs auf die Forschung Rohes vertiefen ließe.<sup>165</sup> Im Anschluss daran kann die überindividuelle Prägung geteilter sozialer Deutungsmuster auf der soziokulturellen Ebene ausgemacht werden. An der Schnittstelle von Sozio- und Deutungskultur kann ihre (individuelle) Anwendung in der Überwindung von

**159** Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 303.

**160** Vgl. dazu etwa Lüders, Christian: Deutungsmusteranalyse: Annäherungen an ein risikoreiches Konzept, in: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen, Wiesbaden 1991, S. 377–408.

**161** Vgl. Schenke/Trittel/Neumann: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 10.

**162** Vgl. zur Theorieanalogie: Oevermann: Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, S. 10: „Deutungsmuster organisieren die Alltagserfahrung einer Epoche wie Theorien das wissenschaftliche Datenmaterial, sie sind gewissermaßen die ‚Theorien‘ der Alltagserfahrung.“

**163** Walter, Franz/Dürr, Tobias: Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2002, S. 262.

**164** Vgl. Lüders: Deutungsmusteranalyse.

**165** Vgl. Rohe: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit, S. 43; Finkbeiner/Trittel: Politische Kulturforschung als Zugang zur Analyse rechtsradikaler Bewusstseinsformen.

Konflikten erfahren werden, um diese für den Einzelnen aushaltbar zu machen, indem diesen Deutungsmustern ein (geteilter) Sinn beigegeben werden kann.

Demnach sind Deutungsmuster – wie bereits einleitend ausgeführt – in ihrer Funktion Gegenstand praktischer, historischer Aneignungsprozesse in der Bewältigung von Krisen und der Etablierung von kollektiven Routinen. Gleichzeitig sind Deutungsmuster aber auch Teil des politischen Bewusstseins. Kurzum: Der analytische Gebrauch des Deutungsmuster-Begriffs in dem hier verstandenen Sinn eröffnet die Möglichkeit, als eine Art Scharnier zwischen den alltäglich zu beobachtenden und sich kurzfristig wandelnden Einstellungen und den tieferliegenden politisch-kulturellen Mentalitäten zu vermitteln, denn diese „sind als untergründige verklammernde und vermittelnde Sinnstrukturen wirksam.“<sup>166</sup> Schließlich ist das, was wir politische Kultur nennen, ein gesamtgesellschaftlich vermittelter Zusammenhang, der sich nicht einfach in der Summe seiner quantitativ-messbaren Items auflösen lässt. Politische Kultur ist im Anschluss an Rohe vielmehr ein Aushandlungsprozess, was bereits daran ersichtlich wird, dass es kulturelle und regionale Besonderheiten und Verschiedenheiten gibt. Um das zu veranschaulichen: In Bayern wird unter Umständen anders über bestimmte politische Phänomene rechts der Mitte gedacht als etwa in Sachsen oder Hamburg. Das Verhältnis von Politik und Kultur ist also an tradierte Mentalitätsbestände, geteilte Werthaltungen und sozial vererbte Überzeugungen gebunden, die auch tagesaktuelle Positionierungen beeinflussen. In diesem Zusammenhang wird bereits seit Jahren in der Rechtsradikalismusforschung betont, dass gerade empirisch ausgerichtete Studien in der politischen Kultur den lokalspezifischen „Bedarf nach sozialen Surrogatidentitäten“<sup>167</sup> ergründen müssen. Im Sinne der hier verstandenen analytischen Begrifflichkeiten soll die Suche nach den Deutungsmustern die-

sen Bedarf ergründen. Denn entlang von Krisen- und Routinemomenten formiert sich zudem, wie in anderen Studien bereits herausgearbeitet, das (politische) Selbstbild einer lokalen Gemeinschaft.<sup>168</sup> Ein solches Selbstbild jedoch ist, wie es sich nach der knappen Auseinandersetzung mit dem Deutungsmusterkonzept sagen ließe, gebunden an jeweils subjektive Momente in der Verarbeitung konkreter Situationen, in welchen sich dieses Selbstbild sodann artikuliert und reproduziert. Die Annäherung an Konfliktlinien und Krisendeutungen innerhalb der Salzgitteraner Stadtkultur bildet demnach den Hintergrund, vor dem die Rekonstruktion von Sinngebungsprozessen, gebunden an konkrete Situationsdeutungen, zu leisten ist. Gleichermaßen lässt sich ein Deutungsmuster, was paradox erscheinen mag, auch erst innerhalb solcher konkreten Deutungsprozesse als ein solches bestimmen. Zur Veranschaulichung: Ad-hoc-Deutungen, die etwa das „Wesen des Salzgitteraners“ betreffen, sind vor dem Hintergrund des herausgearbeiteten Spannungsverhältnisses zwischen tradierten Bildern Salzgitters als „Stadt der Verlierer“ und als „Stadt demokratischer Industriebürger“ zu verstehen und an die konkrete Situation ihrer Äußerung zurückzubinden. Erst dann können Aussagen über den „Gehalt“ eines Deutungsmusters im *hic et nunc* getroffen werden.

Über eine derartige Rekonstruktion des Sinngehaltes eines Deutungsmusters soll eine Annäherung an den Kern der von Rohe geprägten Bestimmung der politischen Kultur – in diesem Falle der politischen Kultur Salzgitters – geleistet werden, die „aus kaum reflektierten Selbstverständlichkeiten besteht“, und dem Umstand Rechnung getragen werden, dass „den Befragten kulturelle Selbstverständlichkeiten gar nicht bewußt oder bestenfalls halb bewußt sind“<sup>169</sup>. Indem also erstens überhaupt die Erscheinungsformen von bestimmten Deutungsmustern herausgearbeitet werden und aufbauend darauf zweitens deren

<sup>166</sup> Schenke, Julian: Student und Demokratie. Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart, Bielefeld 2020, S. 470.

<sup>167</sup> Clemenz: Aspekte einer Theorie des aktuellen Rechtsradikalismus in Deutschland, S. 160.

<sup>168</sup> Vgl. Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 284.

<sup>169</sup> Rohe, Karl: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift H. 250/1990, S. 321–346, hier S. 331.

Sinngehalte zumindest andeutungsweise rekonstruiert werden, soll sich an die von Rohe in Aussicht gestellte Rekonstruktion der „Tiefendimension“ der politischen Kultur angenähert werden. Schließlich ist politische Kultur in diesem Verständnis gerade auch enorm geprägt von Unbewusstheit respektive Vorbewusstheit in den subjektiven Verarbeitungsmomenten politischer Phänomene. Politische Kulturen nämlich seien

„nichts anderes als in die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit eingelassene Ideen, die Politikhorizonte abstecken, Sinnbezüge stiften und von ihren jeweiligen gesellschaftlichen Trägern als Maßstäbe zur Auswahl, Organisation, Interpretation, Sinngebung und Beurteilung politischer Phänomene benutzt werden.“<sup>170</sup>

Derart offenbart sich also die politische Kultur als Aushandlungsprozess, als Ort politisch-kultureller Konfliktaustragungsmomente, vermittelt durch kulturell geprägte Deutungsmuster. In der Analyse ebenjenes spannungsgeladenen und sich gewissermaßen latent haltenden Konfliktverhältnisses politischer Vorstellungswelten erweist sich sodann der Rückgriff auf Forschungsmethoden, die diesem Spannungsverhältnis Raum zur Artikulation bieten, als Notwendigkeit.

### 3.2 Leitfadengestützte Interviews als methodischer Zugriff

Daraus resultierend nimmt diese Studie in leitfadengestützten Interviews die gezielte Evokation von Deutungen, welche politische Akteure zur Verarbeitung bestimmter gesellschaftlicher (Krisen-)Situationen anlegen, zum Anlass, um anschließend in qualitativ-interpretativen Auswertungsverfahren „Salzgitteraner“ Deutungsmuster und ihre Funktion in der Situationsbe-

wältigung zu rekonstruieren. Dazu wurden zehn Personen, welche als politische respektive kulturelle Akteure (als Deutungseliten) bezeichnet werden können, für die Interviews rekrutiert. Die Auswahl folgte, auch in Anbetracht des Charakters der Studie als einer Teilstudie von geringerem Umfang, den geleisteten Überlegungen zu Geschichte, Kultur und Politik in Salzgitter, die gezeigt haben, dass die Stadt maßgeblich von tradiert-hegemonialen sozialdemokratischen Milieustrukturen geprägt ist. Spezifisch wird auch dem Verhältnis der politischen Deutungselite (wie in der Einleitung bereits herausgestellt) zu ihrem Objekt, also den Regierungsinstitutionen und der Bevölkerung, wie auch deren Problemwahrnehmung nachgegangen, um sich dem Mysterium des scheinbar plötzlichen (relativen) Erfolgs der AfD aus der Perspektive ihres Gegenübers zu nähern. Damit sollen die Problemwahrnehmungen ebenjener deutungsbestimmender Akteure, ihre Strategien, aber auch mögliche Abwehrkonstellationen in der Verarbeitung des Auftretens der AfD untersucht werden.

Gemessen an dem Anspruch, über die Rekonstruktion der Strukturmomente der Deutungsmuster zur Tiefendimension der politischen Kultur Salzgitters zu gelangen, klingt schon an, dass die Interviews mehr leisten sollen, als was gemeinhin unter „Experteninterviews“ verstanden wird. Um sich den Momenten der politischen Bewusstseinsinformation im Umgang mit und in der Verarbeitung des Phänomens des Rechtsradikalismus in Niedersachsen, den Reaktionsformen also, *in actu* anzunähern (noch einmal: um von den Reaktionen zu den Deutungen zu gelangen), wurde bewusst ein Interviewleitfaden konzipiert, der die Interviewten zu situationsgebundenen Reaktionen anhält. Der Leitfaden ist so konzipiert, dass er den Interviewten zunächst Raum bietet zur freien Themenwahl und Relevanzsetzung und sie in Reaktion auf die Erzählinhalte zu Situationsbeschreibungen und -deutungen geleitet. Zudem werden die Interviewten mit Fremddeutungen bestimmter Situationen konfrontiert, um sie zu eigenen Deutungen in einem diskursiven Kontext anzuhalten. Hier ist die Überlegung leitend, in der späteren Rekonstruktion der Deutungsmuster, auf von den Interviewten als besonders gewertete Konfliktlinien abhe-

<sup>170</sup> Rohe, Karl: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/ Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 3.

ben zu können, welche sich entlang der von ihnen etablierten Relevanzstrukturen ableiten lassen und diese im weiteren Verlauf mit von den Interviewten geleisteten, spezifischen Reaktionsformen kontrastieren zu können. Demnach ist der Interviewleitfaden in drei Frageblöcke geteilt: Der erste Frageblock orientiert sich an der Technik des *narrativen Interviews*, während die anderen Blöcke durch die Technik des *diskursiven Interviews* gekennzeichnet sind.

Ursprünglich ist das narrative Interview in Lokalstudien zu politischen Gemeinschaften<sup>171</sup> entstanden, in welchem Fritz Schütze dem – auch für die Konzeption dieser Studie relevanten – Problem begegnete, sich politischen Akteuren als seinen Interviewpartnern gegenüberzusehen. Denn er wurde mit Darstellungen konfrontiert, welche immer bedacht auf die Außenwirkung im Wesentlichen dem gleichen, was man ohnehin in etwaigen Stellungnahmen zu den jeweiligen Problemfeldern nachlesen konnte. Die narrative Interviewtechnik wurde demnach entwickelt in dem Anspruch, oder vielmehr in dem Versuch, an den jeweiligen Erfahrungsgehalt in der Verarbeitung bestimmter Situationen und das darauf verwiesene damalige „tatsächliche“ Handeln heranzukommen. Als Schlüssel der Erkenntnis macht Schütze dabei *Erzählungen* aus, welche er als Mitteilungsart besonders hoher *Indexikalität* beschreibt, also als Situationsbeschreibungen mit besonders hoher Informationsdichte. Diese werden evoziert, indem die Interviewten bestimmten Erzählpflichten ausgesetzt werden, welche sie dazu anhalten, ebensolche besonders *dichten* Erzählungen anzulegen, um sich dem Interviewenden gegenüber überhaupt verständlich machen zu können. Diesem geht es zuvorderst darum, gezielte Informationen zu vergangenen Situationen anzusteuern und im Nachhinein interpretativ die Deutungsgehalte, mit welchen diese Situationen verarbeitet werden, zu rekonstruieren. Innerhalb des Interviewkontextes bedeutet dies, dass der Interviewte dazu angehalten wird, bestimmte Situationsbeschreibungen

171 Vgl. Schütze, Fritz: Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien – dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen, Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien 1, Bielefeld 1977.

immer weiter zu vertiefen, während gleichzeitig der Gestaltungsraum des Interviewten gewahrt wird. Einfacher ausgedrückt: Der Interviewte soll nicht zu Begründungen seines Handelns oder zu Argumentationen verleitet werden, sondern sein natürlicher Erzählfluss soll stimuliert werden.

Diesem *Nachfragemodus* geht eine sogenannte *Eingangserzählung* voraus, zu welcher der Interviewte in einer sogenannten *Erzählauflorderung* angehalten wird. Diese sollte nach dem Anspruch des „modernen“ narrativen Interviews möglichst offen gehalten werden und unmittelbar biografische Elemente ansteuern – also im Wesentlichen den Interviewten dazu aufordern seine Lebensgeschichte darzustellen.<sup>172</sup> Im Falle dieser Untersuchung wäre ein solcher Weg wohl wenig zielführend, da das Forschungsinteresse sich ja auf die Verarbeitung des politischen Lebens und nicht unmittelbar auf die jeweilige Biografie des Interviewpartners richtet. Um es nochmals zu betonen: Es geht hierbei nicht um die Deutungseliten als individuelle Personen, sondern als gesellschaftliche Akteure. Es soll nicht etwas über sie selbst, sondern mit ihnen etwas über die politische Kultur Salzgitters ausgesagt werden.

### 3.3 Zum Aufbau des Interview-Leitfadens

Aus diesem Grund wurden die Interviewten dazu angehalten im ersten Frageblock (I) vom politischen Leben in Salzgitter zu erzählen. Dies hat gemessen an dem „konfrontativeren“ Interviewstil des *diskursiven Interviews*<sup>173</sup> der Blöcke II und III den Vorteil, dass der Interviewte daran

172 Vgl. dazu etwa Fischer-Rosenthal, Wolfgang/Rosenthal, Gabriele: Warum Biographieanalyse und wie man sie macht, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie Jg. 17 (1979), H. 4, S. 405–427; Loch, Ulrike/Rosenthal, Gabriele: Das narrative Interview, in: Schaeffer, Doris/Müller-Mundt, Gabriele (Hrsg.): Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung, Bern u. a. 2002, S. 221–232.

173 Vgl. Ullrich, Carsten G.: Deutungsmusteranalyse und diskursives Interview. Leitfadenkonstruktion, Interviewführung und Typenbildung, Arbeitspapiere. Mann-

gewöhnt wird, ausführlich auf Gesprächsstimuli zu reagieren. Indem er alsdann mit bestimmten Situationsdeutungen konfrontiert wird, läuft dieser Interviewstil allerdings immer Gefahr, in den Charakter einer Verhörsituation abzugleiten. Es ist daher für das diskursive Interview unerlässlich, dass ein Interviewklima etabliert wird, in welchem dem Interviewten das Gefühl vermittelt wird, dass alles gesagt werden könne und er, wie auch seine Mitteilung, ernstgenommen werden. Der Vorteil des narrativen Intervieweinstiegs in Block I besteht also einerseits in seiner Zentrierung auf das Erleben des Interviewten und in der Übergabe der Inhaltsgestaltung an ihn sowie darin, ein solches Klima zu etablieren. Zudem ist der Interviewte durch den narrativen Einstieg daran „gewöhnnt“, inhaltlich gemäß seiner subjektiven Neigungen und nicht im Sinne etwaiger kollektiver Meinungsbeschlüsse einer Partei oder einer Bürgerinitiative auf die gestellten Fragen zu antworten. Andererseits besteht wohl ohnehin die Notwendigkeit, diese an den Anfang eines Interviews zu stellen, um durch eine thematische Fixierung nicht die notwendige „Offenheit“, welcher das *narrative Interview* bedarf, zu torpedieren. Anschließend wird mit Hilfe *thematischer Fokussierungen* in die Frageblöcke II und III eingeleitet, entlang derer sich ein „natürlicher“ Gesprächsverlauf weiter realisieren soll, auch, um den Interviewten nicht allzu überraschend mit einem Bruch in der Interviewtechnik zu konfrontieren.

Dabei wird im Frageblock II auf Momente des Demokratie- und Staatsverständnisses sowie auf Solidaritätsvorstellungen und die Einordnung von Migration als Politikum – als Distinktions- und Konfliktlinien, wie sie sich im Exkurs zur Geschichte und Kultur Salzgitters zeigten – abgehoben. Thematisch orientiert sich der Block an Situationsdeutungen rund um den Beschluss des Zuzugsstopps in Salzgitter vom 09. Oktober 2017 durch Oberbürgermeister Klingebiel. Dies folgt der Überlegung, dass der prominente Beschluss als ein Krisenmoment der politischen Kultur in Salzgitter im offenen ersten Teil des Interviews ohnehin zur Sprache kommt, wodurch ein „sanf-

ter“ Übergang in den konfrontativen Interviewstil gewährleistet werden soll. Innerhalb dieses Blocks wurde der Interviewte darüber mit einordnenden Kommentaren bezüglich des Zuzugsstopps konfrontiert, wie auch mit Darlegungen, welche die Entscheidung rückbanden an Demokratievorstellungen oder die Rolle des Staats.

Der letzte Interviewblock (III) schließlich führt die thematische Fokussierung unmittelbar auf die Erfolge der AfD, spezifischer die Verurteilung des ehemaligen Kreisvorsitzenden Gröger wegen Volksverhetzung. Hierbei sollten primär projektive oder externalisierende Dimensionen in der Anlegung von Deutungsmustern angesteuert werden. Dies folgt dem Anspruch, konkrete Situationsdeutungen bezüglich politisch-moralischer Vorstellungswelten des Interviewten zu bemühen, während ihm mit der AfD gleichsam ein konkretes Objekt als mögliche Projektionsfläche angeboten wird. Auch hier wurde der Interviewte dazu angehalten, das Geschehen einzuordnen und anschließend mit Einschätzungen der politischen Lage in Salzgitter und der AfD konfrontiert. Abschließend wurde dem Interviewten der Screenshot eines Posts der AfD auf *Twitter*<sup>174</sup> vorgelegt, zu dem er um freie Assoziation gebeten wurde. Die Gestaltung des Blocks folgt so auch dem Anspruch, mitunter zu den in Interviewblock II getätigten Äußerungen widersprüchliche Deutungen bezüglich der Vorstellungen von Demokratie, Staatlichkeit und Migration zu evokieren und diesbezüglich Deutungen der AfD als „Außenseiter“ innerhalb dieser Problemfelder freizusetzen. So erklärt sich auch die Notwendigkeit, diesen Block ans Ende des Interviews zu stellen, indem die Konfrontation des Interviewten mit Äußerungen der AfD dazu führen könnte, dass die Spontaneität in der Evokation von Deutungen dadurch torpediert würde, dass der Interviewte in der Folge Äußerungen so modifizieren würde, dass sie nicht als inhaltlich mit Positionen der AfD verwandte erscheinen. Kurzum: Es geht nicht allein darum herauszufinden, wie die interviewten Salzgitteraner Deutungseliten zur AfD stehen, denn diese Positionierung ist zumeist

heimer Zentrum für Europäische Sozialforschung 3, Mannheim 1999.

174 In diesem Post kritisiert die AfD Salzgitter u. a. die CDU für ihren gemeinsamen Protest mit der sogenannten „Antifa“.

von Anbeginn mehr als deutlich. Es geht vielmehr darum herauszustellen, wie sie als Repräsentanten des politischen Lebens im Ort mit der AfD umgehen bzw. diese deuten und wie komplex und schwierig sich der Umgang und die politische Einordnung gestalten.

### 3.4 Zur Auswertung

Die Methode zielt darauf ab, zwischen den narrativ angeleiteten Eingangserzählungen und den diskursiv hergestellten Situationsdeutungen, bestimmte Brüche, Widersprüchlichkeiten und Irritationen in den Argumentationen der Interviewten herauszustellen. Denn ein erstes Ergebnis gleich vorweg: Zwar ist die kategorische Ablehnung der AfD zu Beginn bei allen Interviews ähnlich ausgeprägt, aber im Verlauf zeigt sich, wie unterschiedlich die Partei und das damit zusammenhängende Phänomen (auch als Symbol für die politischen Veränderungen) gedeutet und eingeordnet werden. Aus diesem Grund kommt der hier angewandten Auswertungsmethode eine besondere Bedeutung zu. Diese ist zunächst angelehnt an die Technik der diskursiven Interviews.<sup>175</sup> Es werden mit Verweis auf die im Leitfaden an die Befragten herangetragenen, deutungsbedürftigen „objektive[n] Situationen“<sup>176</sup> – fallübergreifend und vergleichend – soziale Deutungsmuster auf der Ebene des manifesten Textsinns hermeneutisch und inhaltsanalytisch rekonstruiert.<sup>177</sup> Das Ziel der Auswertungsmethode ist es, bestimmte Zusammenhänge der Argumentationsverläufe

im Wechselverhältnis von Eingangsperspektive und Verlauf der Einordnung herauszustellen, die unter Umständen in ihren Mustern fallübergreifend anzutreffen sind. Auf diesem Wege sollen auf der äußeren Erscheinungsebene im Zuge der Vergleichsperspektive ersichtliche kollektiv geteilte Begründungszusammenhänge aufgezeigt werden, die sich – entsprechend der oben bereits methodentheoretisch ausgeführten Überlegungen – als soziale Deutungsmuster bestimmen lassen.

Eine solche Methode stellt die Auswertung vor einige Herausforderungen. Entsprechend standardisierter Verfahren der interpretativen Sozialforschung<sup>178</sup> können solche Auswertungen nur in Gruppen vollzogen werden, weshalb wir folgendermaßen vorgegangen sind: Zunächst wurden alle Interviewtranskripte einzeln von allen am Forschungsprojekt Beteiligten durchgearbeitet und codiert. Auf Grundlage dieser Codierung wurden Themenbereiche gebildet, denen jeweils die Deutungsgehalte der Argumentationszusammenhänge der Interviewten bezüglich des Stadtbildes, der Wahrnehmung des politischen Lebens respektive des Bildes von Politik und der allgemeinen Problemwahrnehmung zugeordnet wurden. Zudem wurden AfD-Bilder, die Wahrnehmung rechter Parteien sowie daran gebundene Rationalisierungsmuster und Ambivalenzen in den Konfliktwahrnehmungen kategorisiert. Eine Interpretationsgruppe hat dann diese Themenbereiche gesondert in Gruppendiskussionen auf Grundlage der vorher angefertigten Interviewauswertungen analysiert. Eine zweite Gruppe hat parallel ebenjene derart rekonstruierten Deutungsmuster in Beziehung gesetzt zu der geleisteten Annäherung an historische Konfliktlinien in der politischen Kultur Salzburgs. Dies hat ermöglicht, den Zusammenhang von Politik und Kultur zugleich auch tiefergehender analysieren zu können, indem die herausgearbeiteten manifesten Bedeutungsgehalte auch ins Verhältnis zu den politisch-kulturellen Selbstverständlichkeiten und Normkonstrukten gesetzt wurden. Die Politische Kulturforschung will schließlich auch etwas über die latenten

<sup>175</sup> Die Auswertungsmethode diskursiver Interviews sieht im Einklang mit der Grounded Theory komplexere Kodierungen des Interviewmaterials vor, denen die fallübergreifende Rekonstruktion der Deutungsmuster nachgestellt ist. In Anbetracht des vergleichsweise geringen Interviewmaterials, das dieser Studie zugrunde liegt, war die Kodierung von Interviewsequenzen in dieser Form nicht notwendig, sondern es wurde ein hermeneutisches Verfahren angewandt.

<sup>176</sup> Vgl. Ullrich: Deutungsmusteranalyse und diskursives Interview, S. 22.

<sup>177</sup> Vgl. ebd., S. 22–26.

<sup>178</sup> Vgl. Rosenthal, Gabriele: Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Weinheim/Basel 2014.

Sinnstrukturen aussagen, wie oben methodentheoretisch ausgeführt wurde. Aus diesem Grund wurde entlang der inhaltlichen Spannungsmomente der Zugang zur Rekonstruktion der affektiven Ladung der Deutungsmuster, also ihren latenten Sinnstrukturen, gesucht. Dabei wurde im Wesentlichen eine fallrekonstruktive Perspektive eingenommen. Hierzu wurden ein weiteres Mal in einer Interpretationsgruppe die einzelnen Interviews auf die sie auszeichnenden Argumentationsverläufe und -logiken sowie auf bildsprachliche Arrangements, sprachliche Eigenheiten und die dem Interview zugrundeliegende Erzähldramatik analysiert. Entlang dieser höchst subjektiven Momente innerhalb der einzelnen Interviews – als einzelne Fälle – näherten wir uns der reaktiv-affektiven Dimension bestimmter Deutungen an und kontrastierten diese an etwaigen deutungskulturellen Konfliktlinien. Um auch hier zum besseren Verständnis ein Beispiel zu geben: Ein meritokratisches Leistungsideal wird von einem Angestellten eines von der Schließung bedrohten Werkes in Salzgitter wohl anders aufgeladen und zur Konfliktverarbeitung genutzt als von einem jungen Berliner Unternehmer. Dieses Beispiel veranschaulicht die Wirksamkeit der projektiven Qualität je nach Deutungsmuster. Insofern reicht es natürlich aus Sicht der Sozialforschung nicht aus, einfach bestimmte Deutungsmuster zu identifizieren und zu rekonstruieren. Vielmehr soll sich auch der projektiven Qualität, d. h. der individuellen wie überindividuellen Wirksamkeit bestimmter Deutungen der Interviewten (je nach sozialer Rolle, sozioökonomischer Lage, der lokalkulturellen Funktion oder auch der nach außen getragenen Selbstdarstellung) angenähert werden.<sup>179</sup> Ein entscheidender Schritt in diese Richtung kann auf Grundlage der interpretativen Rekonstruktion der Deutungsmuster und der Analyse der jeweiligen projektiven Qualität gemacht werden, indem zugleich die Mechanismen dargestellt werden, wie und unter welchen Bedingungen bestimmte Objekte zur argumentativen Projektionsfläche avancieren. Das heißt in welchen Momenten ein be-

stimmtes Objekt, im Rahmen des Interviewleitfadens die AfD, Ziel bestimmter Deutungen wird, in denen unliebsame Eigenanteile oder Ängste an dieses Objekt gebunden werden. Leitend ist die Analyse der Gründe für etwaige Spannungsmomente in den Äußerungen der Interviewten, zu deren Lösung gleichsam Deutungsmuster herangezogen werden, etwa wenn der Weg aus einer argumentativen Sackgasse durch den Rückzug auf einen als „gewusst“ geltenden Sinnbestand gelöst wird. Hierüber gilt es dem Umstand nachzugehen, welche Spannungen jeweils ihrer Überdeckung seitens der Interviewten bedürfen. An ebenjener projektiven Dimension also wird – anders gesprochen – die Frage weiterverfolgt, inwiefern die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Vorstellungen eines Individuums eingebettet sind in Abwehrkonstellationen, die zugleich immer auch „Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur“<sup>180</sup> sind. Schlussendlich gilt es, dem politisch-kulturellen und deutungsmustergebundenem „Bedarf nach sozialen Surrogatidentitäten“<sup>181</sup>, wie bereits erwähnt, im Moment seiner subjektiven Vermittlung nachzugehen. Diese methodische Herangehensweise soll es ermöglichen, folgende forschungsleitende Fragen zu klären: Welche Spannungslagen und Deutungskonflikte werden von den Deutungseliten offenbart bzw. welche örtlichen Selbstverständlichkeiten werden hier mitunter aufgebrochen? Im Anschluss daran gilt es zu fragen, welche historisch-kulturellen Mechanismen sich letztlich als Movens kollektiver Bewältigungsstrategien zeigen. Erst mit dem Blick auf diese in Sinngebungsprozesse eingebundene „Tiefendimension“ der politischen Kultur Salzgitters lässt sich eine adäquate Antwort auf die Frage danach finden, was das Auftreten der AfD vor Ort, mit dem Ort selbst respektive der örtlichen Deutungselite macht.

<sup>179</sup> Vgl. grundlegend Jung, Thomas/Müller-Doohm, Stefan (Hrsg.): „Wirklichkeit“ im Deutungsprozeß. Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M. 1993.

<sup>180</sup> Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 1995, S. 1.

<sup>181</sup> Clemenz: Aspekte einer Theorie des aktuellen Rechtsradikalismus in Deutschland, S. 160.

# 4 Einschätzungen der Deutungseliten zu Politik und Leben in Salzgitter

**W**ie sehen die von uns interviewten Deutungseliten die politische Lage vor Ort, wie schätzen sie Leben und Politik in Salzgitter ein, welche akuten Probleme nehmen sie lokal wahr, wie sehen und beurteilen sie die AfD als nicht mehr ganz so neue Rechtsaußenpartei?

## 4.1 Das Selbstbild der Stadt und der lokalen Gemeinschaft

Das Bild von Salzgitter als „Arbeiterstadt“ oder „Industriestadt“ bildet stets einen Referenzpunkt für die Erzählungen der politischen Deutungseliten. Die Begründung dieser kollektiv geteilten Einschätzung reicht vom bloßen Verweis auf die vielen Industriebetriebe über eine gemeinsame Identität, die sich historisch im Engagement der Arbeiter für die Standortsicherung gezeigt habe, bis hin zur politischen Einordnung als ein „sozialdemokratisches Kerngebiet“ (A4<sup>182</sup>) und „doch eher [...] links“ (A7). Im gleichen Atemzug wird zumeist auf eine „anti-

faschistische Tradition“ (A1) hingewiesen. Diese Tradition leiten die Deutungseliten als eine Lehre aus der Vergangenheit mit der Gründung der Stadt während des Nationalsozialismus ab, die zugleich durch das beständige Engagement gegen Rechtsextremismus in Form von Bündnissen wie „Salzgitter passt auf“ und Aktionen wie dem „Tag gegen Rassismus“ untermauert werde. Die IG Metall mit ihrem hohen Organisationsgrad wird zudem als zentraler Akteur im Protest gegen Rechtsextremismus und Rassismus hervorgehoben. A3 nannte sie „ein wirkliches Rückgrat für diese Stadt“.

Diese Einordnungen der Stadt als „SPD-Stadt“ oder als „Arbeiterstadt“ werden allerdings oft ergänzt mit dem Einschub „eigentlich“ (A1) oder mit dem Hinweis, dass sei so „lange Zeit gewesen“ (A5). Die Traditionen scheinen also bereits zu erodieren. Diese Erzählung, die Kernklientel in Teilen verloren zu haben, wird ins Verhältnis gesetzt zur wirtschaftlich schlechten Situation der Kommune und weiten Teilen der Bevölkerung, die nicht von den Tarifverträgen in den großen Industriebetrieben profitierten, sondern ein unterdurchschnittliches Einkommen hätten oder arbeitslos seien und Sozialhilfe empfangen. Die häufige Einordnung von Salzgitter als „Flächenstadt“ mit vielen Siedlungskernen und umliegenden Dörfern bringe für die Lokalpolitik die Verantwortung mit sich, immer einen Ausgleich schaffen zu müssen, „dass nicht irgendwo ein Teil der Stadt das Gefühl haben muss, dass er irgendwo zurückbleibt [...]“ (A8). Die Lokalpolitiker

<sup>182</sup> Wir haben unsere Interviewpartner mit den Kürzeln A1–A10 versehen, um einerseits eine Zuordnung der Aussagen zu einzelnen Sprechern für den Leser nachvollziehbar zu machen, andererseits jedoch die zugesicherte Pseudonymisierung unserer Interviewpartner zu gewährleisten.

weisen zwar die Zuschreibungen von außen, die der Stadt ein schlechtes Image von Salzgitter als eine „verwahrloste Schmodder-Schmutz-Kommune, als Salzghetto“ (A3) verschafft hätten, zurück, doch die Problemwahrnehmungen von einem großen Wohnungsleerstand, fehlenden Investitionen, Armut und hoher Arbeitslosigkeit werden geteilt – worauf später noch ausführlicher eingegangen wird. Die präventive Abgrenzung zum schlechten öffentlichen Image der Stadt funktioniert häufig über die Betonung der Herzlichkeit und des ehrenamtlichen Engagements der Salzgitteraner.<sup>183</sup> Die lokale städtische Gemeinschaft wird insbesondere in Abgrenzung zu Universitätsstädten porträtiert. Es gebe eher wenige Menschen mit akademischem Abschluss (A2), keinen großen Mittelstand (A4) und die Salzgitteraner hätten auch einen distinkten Habitus (A1), zu dem eine „sehr harte direkte Sprache“ gehöre (A2). Dieser Habitus lässt, blickt man auf das Selbstbild der lokalen Gemeinschaft, jedoch immer auch eine gewisse Resilienz gegenüber den Problemlagen der Stadt anklingen: „Wir in Salzgitter sind eine Stadt mit einer riesengroßen hohen Arbeitslosigkeit, aber wir sind eine Stadt, wir sind rau, wir sind kantig, aber wir sind auch sehr erdig und wir sind vor allem herzlich“ (A9).

Die kulturelle Diversität der Stadt nimmt im Selbstbild gleichfalls eine tragende Rolle ein, insbesondere im Kontrast zur Wahrnehmung des Wahlerfolgs der AfD als unerwartet und überraschend. Während die AfD-Wähler im Stadtbild unsichtbar seien, sei Salzgitter schon immer von Migration geprägt gewesen. Man sei „sehr solidarisch und [...] sehr bunt“ (A10) und „eine weltoffene Stadt aus ihrer Geschichte heraus“ (A3). Die multikulturelle Zusammensetzung in diesem Selbstbild dient an vielen Stellen als eine entlastende Gegenerzählung; weil Salzgitter eine Tradition als „bunte“ und solidarische Stadt habe, könnten rechtsradikale Bewusstseinsformen hier keinen großen Anklang finden. Bei einem Gesprächspartner wurde diese Entlastung der

Stadtgesellschaft mittels Migrationserfahrungen bei der Frage, ob beim Auftauchen der AfD bereits bestehende Vorurteile an die Oberfläche getreten seien, besonders deutlich:

„Nein, das würde ich wiederum nicht so sagen, weil wirklich die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen in Salzgitter in irgendeiner Form eine Migrationsgeschichte in der Familie hat und von daher hat das damit wirklich nichts zu tun“ (A8).

Die Stadtgesellschaft sei eine Einwanderungsgesellschaft, doch die komplexen Realitäten, die damit einhergehen, treten im Selbstbild der lokalen Gemeinschaft in den Hintergrund. Lediglich ein Lokalpolitiker ging auf die Anerkennungs- und Teilhabedefizite wie eine politische Unterrepräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Kommunalpolitik ein. Die Zwänge der Arbeitsmigration der 1960er und 1970er Jahre, bspw. die Unterbringung in Wohnheimen, der Tagesablauf der Gastarbeiter als „arbeiten, Geld verdienen, nach Hause gehen“ (A9) und das Fehlen eines Integrationskonzeptes, hätten zu vielen „verpassten Chancen“ (A9) geführt. Das Resultat dieser Verwerfungen sei eine Art von losem Nebeneinanderherleben, mit dem sich sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Eingewanderten und ihre Nachkommen arrangiert hätten. Diese Einschätzung der Stadtgesellschaft als parallel zueinander lebend, aber nicht gegeneinander, wurde überwiegend von den von uns Befragten geteilt.

Häufig kam es in den Interviews zu einem Bruch der Identitätsbestimmung des „Salzgitteraners“ mit der Realität, wenn von „Russlanddeutschen“ und „Türken“ in Abgrenzung zum „Salzgitteraner“ gesprochen wurde. Hier zeigte sich eine zunächst einmal indifferente Spannung zwischen dem lokalen Selbstbild der „Salzgitteraner“ und der Zugehörigkeitsform dieser migrantischen Communities, da diese zumeist nicht automatisch als selbstverständliche Bestandteile der Gemeinschaft dargestellt wurden, worauf später noch vertiefend eingegangen wird. Dieses Spannungsverhältnis von Zugehörigkeit und zugeschriebener Fremdheit wird auch im Verweis auf den ohnehin schon hohen „Ausländeranteil“, anhand dessen der Zuzug von

<sup>183</sup> Diese Eigenheiten der Salzgitteraner und ihre Sicht auf Salzgitter hat ganz ähnlich bereits der *Niedersächsische Demokratie-Monitor* herausgearbeitet, vgl. Schenke/Trittel/Neumann: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 19.

Geflüchteten in den Jahren ab 2015 problematisiert wird, deutlich (A3; A4; A6). Während ein Interviewter die sehr heterogene türkische Community als das Leben in Salzgitter durch Moscheeverbände und Kulturvereine stark prägend beschreibt und diese Sichtbarkeit eher positiv bewertet (A2), bringen einige Interviewten Verständnis für die kulturelle Überfremdungsangst und Homogenitätssehnsucht mancher Salzgitteraner zum Ausdruck. A7 stellt es folgendermaßen dar: „[Es] besorgt auch viele, dass [...] ganze Straßen, erstklassige Straßenlagen, dann [...] mit eben, sagen wir so, nicht-heimischen Geschäften aufgemacht werden oder übernommen wurden“ (A7); und A4 wird noch deutlicher:

„Wenn Sie zum Beispiel in Lebenstedt durch die eine Einkaufsstraße gehen, dann haben Sie das Gefühl, Sie sind irgendwo in Damaskus oder in Istanbul oder ähnliches. Da gibt es also kaum noch deutsche Geschäfte. Sie finden also auch ... [...] teilweise arabische Schriftzeichen und dergleichen. Und das erzeugt natürlich, sagen wir mal, ein Gefühl der Überfremdung“ (A4).

Die Deutungseliten haben eine ambivalente Wahrnehmung des Themenfelds Migration: Einerseits formulieren sie Verständnis für das Unbehagen und die Ängste gegenüber kultureller Diversität und dem Zuzug von Geflüchteten, andererseits beziehen sie sich oft positiv auf die „Erfahrungen mit Migration“ (A4) in Salzgitter. Jedem „guten Durchschnittsalzgitteraner“ (A8) sei klar, dass es Salzgitter und seine Industrie, „in der Form, wie wir es kennen“ (A8), ohne „Ausländer“ (A8) und „ohne unsere Vielfalt“ (A8) nicht gäbe.

Überhaupt fällt auf, dass das lokale Selbstverständnis enorm geprägt ist durch die Faktoren Migration und Arbeit. Arbeit ermögliche in den Logiken der Verwertbarkeit und der Ökonomisierung von Migration auch eine gesellschaftliche Akzeptanz, die Geflüchteten, die noch keiner Arbeit nachgehen dürfen, von Teilen der Stadtgesellschaft verwehrt werde. Hierbei spiele Neid innerhalb der lokalen Gemeinschaft eine wichtige Rolle. Mithilfe von Bildung, Empathie und einer niedrigen Arbeitslosigkeit könne der Wahrnehmung des Zusammenlebens als eines „Verteilungskampf[es]“ (A1) oder einer „Kette [...] [,in

der] von oben nach unten [...] immer so ein bisschen getreten“ (A4) werde, entgegengewirkt werden. Im Gespräch über eine „latente Ausländerfeindlichkeit“ (A9) wurde meist betont, dass es diese überall gebe und dies kein Spezifikum von Salzgitter sei, sondern eines gesellschaftlichen Bodensatzes, „der sich von der Gesellschaft verstoßen fühlt“ (A3).

Auch wenn es das Narrativ einer engagierten Stadtgesellschaft gibt, scheint dieses nur einen Teil der lokalen Gemeinschaft abzubilden. Das wird sichtbar in den divergierenden Einschätzungen der Interviewten. Während A2 den Eindruck schilderte: „In Salzgitter [gibt es] halt nicht so eine bürgerliche Zivilgesellschaft“ und A4 forderte: „Die liberale, bürgerliche Gesellschaft [...] müsste endlich mal aufstehen und sich ein bisschen mehr bemerkbar machen“, wurde von A9 betont, Salzgitter sei „eine Stadt [...], die helfen kann wie nirgendwo“. Mit Blick in die Zukunft und angesichts des Widerspruchs, den der Zuspriech der AfD für das Selbstbild der Stadt darstellt, plädierte A4 für die Revitalisierung gesellschaftlicher Solidarität und für die Übernahme von Verantwortung für eine solidarische und liberale Gesellschaft.

## 4.2 Das Bild von Politik und die Wahrnehmung des politischen Lebens

Wird in den Interviews das politische Leben in Salzgitter angesteuert, knüpfen viele Gesprächspartner zuerst am Selbstbild der Arbeiterstadt an, um auf die bedeutende Rolle der Sozialdemokraten, aber auch der Gewerkschaften innerhalb der stadtpolitischen Landschaft aufmerksam zu machen. Nicht nur bei Vertretern der SPD, für die das Beschwören des „sozialdemokratische[n] Kerngebiet[es]“ (A4) respektive der „sozialdemokratischen Dominanz“ in der Arbeiterstadt Salzgitter (A6) eine besondere Relevanz für die Konstitution der eigenen politischen Bedeutung besitzt, sondern auch bei anderen Experten zeigt sich diese Thematisierungsroutine einer langjährigen SPD-Hegemonie. Während die SPD über Jahrzehnte eine tragende Rolle im stadtpolitischen Geschehen ge-

spielt habe, sei es im betrieblichen Kontext – im Kampf um „Arbeitsplatzsicherheit“ (A8) am Industriestandort Salzgitter – die Gewerkschaft IG Metall, die als weiterer bedeutender Spieler im politischen Leben angeführt wird. Beide Akteure, die SPD und die IG Metall, können aus Sicht der Interviewten immer noch Kapital aus ihrer langjährigen Tradition in Salzgitter schlagen – allerdings sind diese Erzählungen ebenso mit der Feststellung versehen, dass man sich nicht auf diesen tradierten Rollen ausruhen könne, weil auch die einstige Hegemonie seit Jahren Risse bekomme. In der früheren sozialdemokratischen Hochburg steht die SPD aus Sicht ihrer verdienten Mitglieder vor der Aufgabe, sich gegen die neue parteipolitische Konkurrenz in Form der AfD behaupten zu müssen.<sup>184</sup>

Dass es der AfD bislang nicht gelungen sei, in der Stadtpolitik Fuß zu fassen (zumindest nicht in den Gremien anzukommen), wird in mehreren Interviews mit der Abwehrhaltung seitens der etablierten politischen Formationen erklärt. Besonders für die IG Metall reklamiert man den Anspruch eines antifaschistischen Auftretens. Doch auch bei den Parteien sowie dem regierenden Oberbürgermeister versichert man sich einer Haltung gegen rechts. So heißt es beispielsweise von A5: „Unser Bürgermeister ist zwar von der CDU, aber er ist sehr stark involviert [...] gegen rechts“. Insgesamt gehört das Narrativ der Stadt, in der sich geschlossen gegen rechte Parteien und Organisationen positioniert wird, zur Basiserzählung, sobald die Interviewpartner über das politische Leben in Salzgitter sprechen. Wiederrum angeschlossen an das Bild der Arbeiterstadt (und der daran angegliederten Assoziation einer linken, gewerkschaftlichen Tradition), partiell aber auch angedeutet durch die NS-Vergangenheit der Stadt und die sich daraus ergebende historische Verantwortung, wird diese Haltung ge-

gen rechts verankert, wie bereits erläutert. Trotzdem sind die Gründung des AfD-Kreisverbands in Salzgitter und die Kontroversen, die seitdem zu Tage getreten sind, nicht spurlos am politischen Geschehen in Salzgitter vorbeigegangen. Deshalb schweben die nächsten Kommunalwahlen wie ein Damoklesschwert über den Narrationen des politischen Lebens in Salzgitter: Denn so froh man sich darüber zeigt, dass man sich nach den vergangenen Wahlen 2016 noch nicht mit dem neuen Konkurrenten im Rat der Stadt auseinandersetzen musste, so sicher ist man sich in fast allen Interviews, dass dies bei den kommenden Wahlen nicht mehr gelingen und die AfD ab 2021 folglich das stadtpolitische Parkett betreten werde. Hiermit verbunden ist die Sorge, dass eine solche neu entstehende AfD-Fraktion in den Gremien politisches Handeln erschweren würde. Auf diese entscheidende und ambivalente Grundspannung in der Wahrnehmung wird später noch zurückzukommen sein.

Jenseits solcher drohenden Einschnitte und einer mehr als nur latent mitschwingenden Verlust- und Erosionsgeschichte von tradierten politischen Konstellationen wird das politische Geschehen aus Sicht der Interviewten immer noch von den zwei prägenden volksparteilichen Polen CDU und SPD her bestimmt. Dass dem CDU-Oberbürgermeister Klingebiel eine starke SPD-Fraktion im Stadtrat gegenübersteht, wird als Grundspannung gedeutet, an der sich der politische Modus der letzten Jahre orientierte. Manche Interviewpartner zeichnen anhand dieser Bipolarität das Bild einer konfliktbehafteten Stadtpolitik, in der insbesondere das Handeln der SPD zu verhärteten Fronten geführt habe. Den Salzgitteraner Sozialdemokraten wird an diesen Stellen der Status eines intriganten Akteurs unterstellt, der seine politische Macht in der Stadt genutzt habe, um Klingebiel unter Druck zu setzen, und mit diesem Verhalten eine Polarisierung zwischen den Parteien in Kauf genommen habe. Ein Interviewpartner berichtet im Zuge dessen etwa von einem Handeln der örtlichen SPD-Fraktion, die aus parteitaktischen Überlegungen (konkret: die bis dahin erfolglose Suche nach einem eigenen OB-Kandidaten verlängern zu können) eine wichtige Entscheidung gegen den Widerstand des Oberbürgermeisters und anderer Ratsfraktionen durchzusetzen versucht

<sup>184</sup> Zu den enormen Herausforderungen des bislang unerklärlichen AfD-Erfolgs für Gewerkschaften vgl. Buntentbach, Annelie: Keine Alternative zur Arbeiterbewegung: Die Anziehungskraft der AfD für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Eine Herausforderung für Gewerkschaften, in: Becker, Katharina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte, Bonn 2020 [2018], S. 169–182.

habe. Dieser Kurs habe zu „dauerhaften Verletzungen“ und „tiefen Gräben“ (A3) im stadtpolitischen Geschehen geführt. Diesem Agieren steht aus Sicht der Interviewpartner jedoch gerade ein solcher Oberbürgermeister gegenüber, der sich nicht auf derlei parteipolitische Ränkespiele einlassen möchte, sondern als überparteilicher Kandidat über dem politischen Wettbewerb schwebt: Sucht man in den Interviews Passagen über den Oberbürgermeister, so findet man typischerweise ein „aber“ in den Erzählungen, mit dem seine parteipolitische Zugehörigkeit relativiert wird. Obwohl Klingebiel der Vertreter der Christdemokraten sei (und somit „naturgemäß“ als Gegenspieler der SPD betrachtet werden könne), hebt man hervor, dass er sich nicht vor den Karren ideologischer Parteipolitik spannen lasse, sondern sich ganz in den Dienst der Stadt stellen würde. Klingebiel wird ein „Macher“-Habitus attestiert, er sei als „Überzeugungstäter“ (A3) der geeignete Kandidat der Salzgitteraner, weil er – selbst ein Kind der Stadt – nah an den Menschen sei und sich auch sonst den zahlreichen Problemlagen, mit denen sich Salzgitter konfrontiert sehe, annähme. Besonders dieser Eindruck, dass es dem Oberhaupt der Stadt wirklich darum gehe, Verbesserungen für Salzgitter zu erreichen, anstatt sich im Klein-Klein der Parteipolitik zu verlieren, wird von vielen Interviewpartnern als wünschenswertes Szenario für die Kommunalpolitik betrachtet. Vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen, die unter anderem der Flüchtlingszuzug für die Stadt mit sich gebracht habe, aber auch in Gedanken an die AfD, die als angreifender Akteur neue Spaltungslinien zwischen sich und den etablierten politischen Formationen ziehe, vermittelt man die Notwendigkeit, dass alle politischen Akteure an einem Strang ziehen sollten. Dieser Anspruch an eine Politik, die sich von der alten Konfliktivität befreie und sich den anstehenden Sachfragen gemeinsam widme, wird vielfach als Leitlinie bestimmt: Einigkeit zu zeigen, Kompromisse zu schließen und damit den ohnehin eingeschränkten Raum, den Kommunalpolitik ihren Akteuren biete, für die Gemeinschaft zu nutzen, anstatt sich in Dogmatismus zu verlieren, prägt das Idealbild, welches die Gesprächspartner an die Politik in Salzgitter anlegen. Hierbei fällt auf, dass entgegen der Deutungsroutinen des politischen

Streits und der verhärteten Fronten, die (wie zuvor aufgezeigt) von manchen als prägender Bestandteil der Politik vor Ort identifiziert wurden, andere Interviewpartner dieses Ideal einer kompromissbetonten Politik durchaus als bereits erfüllt ansehen. So kreist die Wahrnehmung des politischen Lebens in den Interviews vielerseits um die große Einigkeit, die unter den Akteuren herrsche. Anstatt auf Konfrontationskurs zu gehen, bestimmen in dieser Sichtweise bereits Absprachen und Konsensfindung das Politische in Salzgitter. Ein Interviewter gießt diese Deutung in die Aussage, nach welcher der „Interessenausgleich einfach die DNA der Politik innerhalb von Salzgitter“ (A8) darstelle. In der Thematisierung dieser sachorientierten Politik kommen gleich drei Verhandlungsweisen zum Tragen, die aus Sicht der Interviewten einen solchen Politikmodus rechtfertigten: Erstens finde man hiermit Anschluss an die bereits angedeuteten Vorstellungen einer Politik, die sich ganz in den Auftrag der Bürger stelle. Eben weil der Handlungsspielraum der lokalen und kommunalen Gremien äußerst eingeschränkt sei, man sich in vielen Belangen ohnehin den Entscheidungen aus Bundes- und Landespolitik unterordnen müsse, gelte es, die Hebel, die man selbst in Bewegung setzen könne, auch zu nutzen, anstatt sie aufgrund etwaiger Empfindlichkeiten zu blockieren. Daran schließt zweitens auch der Anspruch an, den die Bürger an ihre Vertreter herantrügen. Ein Handeln im Sinne der politischen Einigkeit erfülle demnach den verbreiteten Wunsch nach einer befriedeten Stadtpolitik, die sich lieber auf die mannigfaltigen Problemlagen konzentriere als auf ideologische Grabenkämpfe, die ohnehin außerhalb der Erfahrungs- und Denkhorizonte der Bevölkerung lägen. Drittens durchzieht die Gesprächspassagen über eine solche Politik der Einigkeit auch der Eindruck einer gewissen Alternativlosigkeit, die mit Blick auf die vergangenen Jahre offensichtlich geworden sei. Besonders die Einschätzung, dass man vor dem Hintergrund der angespannten Lage um die Flüchtlingssituation und den verhängten Zuzugsstopp politisch an einem Strang gezogen, keiner der etablierten Akteure das Gelegenheitsfenster genutzt habe, um sich in dieser Gemengelage mit Statements zu profilieren, wird als notwendiger Stabilitätsanker betrachtet. Denn politische Uneinigkeit wäre in die-

sem Falle das falsche Signal gewesen, welches das Stimmungsbild zum Negativen beeinflusst hätte: „Wir haben alle gemerkt, wenn wir jetzt nicht alle gemeinsam geschlossen zusammenhalten, dann kippt die Stimmung“ (A9).

Doch übersetzt sich die angespannte Situation in der Integrationspolitik und die Befürchtung, dass die AfD diese Situation ausnutzen kann, tatsächlich in ein „Kippen der Stimmung“ innerhalb der politischen Diskussionen unter den Bürgern? Findet man in Salzgitter in der Wahrnehmung der Deutungseliten gar eine polarisierte politische Öffentlichkeit vor, wie derlei Befürchtungen nahelegen? Kommen die Gesprächspartner auf das Politische zu sprechen, das sich abseits der Stadt- und Ortsräte abspiele, dann entsteht vielerseits der Eindruck, dass es in Salzgitter kein besonders ausgeprägtes öffentliches Leben gäbe. Gerade weil viele unserer Gesprächspartner selbst seit Jahren oder gar Jahrzehnten in der Politik vor Ort aktiv sind, sich in Ortsverbänden und Ausschüssen ehrenamtlich engagieren, scheint hier eine gewisse Ernüchterung durchzuschlagen, sobald man auf das scheinbar verkümmerte politische Leben in Salzgitter zu sprechen kommt. Entgegen der zuvor beschriebenen Furcht vor einem Kippen der Stimmung eint viele Gesprächspartner der Eindruck, dass die Diskussionen, die die Gremien beschäftigten, ohnehin nicht bis zu den Bürgern vordrängen. In Salzgitter mangle es an einem bürgerschaftlichen Leben – es fehlten die Orte, an denen das Politische ausgehandelt werde. Stattdessen wird in den Gesprächen das Bild vermittelt, dass etwaige Unzufriedenheiten und Frustrationen über politische Entwicklungen eher im kleinen klandestinen Kreis, im unmittelbaren Umfeld der Menschen, geäußert würden, als dass dies in Form eines politischen Stadtgesprächs geschähe. So heißt es von einem Interviewten mit Blick auf das politische Interesse seiner Mitmenschen: „Aber, wenn ich so in meiner Nachbarschaft gucke, ich sag mal so: Leute, die mit Politik nicht so viel zu tun haben, die interessiert das gar nicht“ (A6). Das Bild der nicht nur räumlich, sondern auch sozial segregierten Stadt wird hier also auch auf die Wahrnehmungen einer Abstinenz des öffentlichen Lebens übertragen. Dennoch wird die Frage, ob eine Spaltung innerhalb der Bevölkerung sichtbar sei, negiert. Das

bestimmende Thema des Flüchtlingszuzugs, das sich als das Politikum der letzten Jahre herauskristallisiert und die gemeinsamen Anstrengungen der politischen Formationen erfordert habe, beschäftigte die Bürger demnach weniger, als man dies hätte vermuten können – zumindest werde eine Polarisierung (eben weil die politische Öffentlichkeit der Stadt so verkümmert sei) nicht sichtbar. Dass es der Stadtpolitik und ihren Akteuren scheinbar nicht gelingt, große Teile der Bevölkerung für die Themen zu begeistern, die ja gerade ihr eigenes Leben tangieren, wird von manchen Gesprächspartnern zwar durchaus selbstkritisch eingeräumt – so charakterisiert man in einem Interview den Zustand, in dem „die Leute auch das Gefühl wieder kriegen, dass sie gefragt werden“ (A5), als Aufgabe, die die politischen Willensträger leisten müssen. Dass aber auch eine Stadtpolitik, die alles in den Dienst der Einigkeit stellt, um Uneinigkeit und Missmut vorzubeugen, den Nährboden für eine solche entpolitisierte Stadtgesellschaft bieten kann, wird dagegen nicht reflektiert.<sup>185</sup>

Zeigt man sich mit Blick auf das geringe Interesse an der Stadtpolitik seitens der Salzgitteraner ernüchert, hebt man andererseits hervor, dass es in der Stadt ein durchaus aktives Vereinsleben und ehrenamtliches Engagement gäbe (auch wenn diese Aspekte scheinbar nur sehr bedingt als Teil des politischen Lebens wahrgenommen werden). Neben zahlreichen Sportvereinen in den einzelnen Stadtteilen oder den freiwilligen Feuerwehren sind es auch die Moschee- und Kulturvereine der verschiedenen muslimischen Communitys in Salzgitter, die hier angeführt werden. Auch in Bezug auf die Integrationsarbeit, für die die Vereine angesichts der vielen Flüchtlinge in der Stadt eine wesentliche Anlaufstelle seien, hebt man die Bedeutung der ehrenamtlichen Strukturen hervor, spricht teils von „unzählige[n] Freiwilligenorganisationen“ (A9). Das Bild der Salzgitteraner Bürgerschaft oszilliert in den Interviews also zwischen dem Eindruck einer aktiven, sich für ihre Mitmenschen engagierenden Gruppe im Sozialen und einer gleichzeitig weitestgehend unpolitischen Masse in Fragen des Politischen.

<sup>185</sup> Siehe hierzu ausführlicher Kap. 5.1.

### 4.3 Problemwahrnehmungen: „Die Stadt hat echt Probleme“

Im Anschluss an bisherige Forschungen hat es sich als erkenntnisförderlich erwiesen, die jeweiligen lokalkulturell geprägten Deutungen bestimmter Phänomene stärker in einen Zusammenhang mit den jeweiligen Problemwahrnehmungen zu stellen.<sup>186</sup> Was sehen also die lokalpolitischen Deutungseliten überhaupt als gesellschaftliches oder als stadtpolitisches Problem an und wie korreliert diese Problemwahrnehmung mit der jeweiligen Deutung über die Ursachen, Lösungsmöglichkeiten und Konsequenzen der jeweiligen Probleme? Offen gefragt zur Situation und zum politischen Leben in Salzgitter, zählen die Interviewten eine Vielzahl verschiedener Probleme auf, weshalb A1 bezeichnenderweise äußert: „Die Stadt hat echt Probleme“ (A1). Die Palette reicht dabei von sozioökonomischen und infrastrukturellen Herausforderungen im Alltag über subjektiv empfundene Bedrohungsgefühle bis zu lokalkulturell geprägten Auseinandersetzungen um Migration. Zwar gibt es eine relativ große Bandbreite an Themen, die als virulente Spannungslagen wahrgenommen werden, aber die Dimensionen über die entsprechende Problemwahrnehmung unterscheiden sich von Fall zu Fall. So lassen sich grob drei Muster identifizieren: Es gibt offenbar erstens viele gemeinsam wahrgenommene Probleme, die entweder von allen direkt geäußert oder zumindest indirekt geteilt werden. Daneben gibt es zweitens einige Probleme, die von den meisten als solche dargestellt werden, die aber von Einzelnen teils demonstrativ abgewehrt werden. Und drittens gibt es offenkundig einzelne Themen- und Problemfelder, die umstritten sind, d. h. von einigen betont, von anderen aber nicht genannt, relativiert oder auf Nachfrage abgetan werden.

Zur ersten Kategorie der Probleme, die von fast allen benannt werden, gehören zumeist ökonomische, soziale, bildungspolitische und finanzielle Themenfelder. Ein sehr dominantes Problem ist die Wohnungssituation. Es gebe Schwie-

rigkeiten beim „Wohnraum“ (A2) und es herrsche großer Wohnungsleerstand (A4). Eng damit zusammen hängt die Frage nach der sozialen Ungleichheit, denn es gebe eine hohe Arbeitslosigkeit (A5; A9), einen „große[n] Anteil an armen Familien, an armen Kindern“ (A6) und insgesamt einen „hohen Armutszustand“ (A9). Aufgrund der Stadtstruktur und der großen Bedeutung der „Big Five“, also der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen vor Ort, gebe es zwar relativ viele Arbeitsplätze, aber manche Interviewten erwähnen zumindest nebenbei auch gewisse Unsicherheiten über die weitere Stabilität der „Industrie-arbeitsplätze“ (A2). Doch letztlich werden solche Impulse relativ schnell wieder eingeholt, wenn gleichzeitig betont wird, wie wichtig die großen Unternehmen für die Stadt seien und dass es sozial gesehen ja auch nicht so schlimm wie im „Ruhgebiet“ (A2) sei. Ein weiteres offenbar von allen geteiltes Problemfeld sind die Finanzen und die Sozialstruktur der Stadt. Es gebe eine große kommunale Verschuldung (A5), Salzgitter sei eine „hochverschuldete [...] Stadt“ (A3) und habe noch viele weitere „große finanzielle Probleme“ (A7). Damit zusammen hänge der demographische Wandel (A8) und die sich verändernde Sozialstruktur, da junge, gebildete Menschen in die umliegenden Universitätsstädte zögen (A4). Außerdem macht die Bildungssituation allen Interviewten Sorgen. Zumeist bleibt das relativ abstrakt umschrieben als Sorge um die „Schulsituation“ (A1; A7), nur selten wird etwas konkretisiert, dass es Probleme gebe im Bildungsbereich, von den „Kindergartenplätzen“, der mangelnden „Schulsozialarbeit“ (A8) bis zu den „marode[n] Schulgebäude[n] und so weiter“ (A3). Im Allgemeinen zeigen sich die Interviewten auch um die politische Situation sehr besorgt. Allerdings bleiben dazu assoziierte Problembezeichnungen meistens vage und artikulieren eher Allgemeinplätze. Es herrsche, so die Wahrnehmung, eine „große Unzufriedenheit“ (A5) und Politikverdrossenheit (A6) in der Bevölkerung:

„Dass die Leute auch das Gefühl wieder-  
kriegen, dass sie gefragt werden und nicht  
einfach über sie entschieden wird. Aber ich  
glaube, das ist auch langfristig kaputt ge-  
gangen. Die politische Partizipation, dass  
die einfach fehlt“ (A5).

186 Vgl. Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 300 f.

Außerdem wird erwähnt, dass es gerade junge Menschen seien, die sich kaum noch für Politik interessieren und auch kaum noch wählen gingen (A10). Diese Problemwahrnehmung über die allgemeine politische Situation ist ambivalent, genauso, wie es die kollektiv geteilten Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine befürchtete Polarisierung der Gesellschaft sind. Ganz allgemein ist die Sorge um den „Zusammenhalt in der Stadt“ (A1) groß, schließlich sei die AfD erst im Zuge der Polarisierung stark geworden (A4). Doch gleichzeitig sehen einige Interviewte wiederum keine Anzeichen für eine sich verschärfende Polarisierung, was man am Kräfteverhältnis auf den Demonstrationen zwischen AfD-Anhängern und Gegenprotesten regelmäßig sehen könne, da fast niemand auf den AfD-Veranstaltungen sei (so etwa A2 und A5). Dieses Missverhältnis in der Perzeption wird im Kontext der AfD-Wahrnehmung noch wichtig werden.<sup>187</sup> Denn die Sorge um den Zusammenhalt wird mehrmals revidiert, sobald es um die AfD geht. Solange es auf einer ganz allgemeinen Ebene und sehr abstrakt um Polarisierung und Zusammenhalt geht und gerade nicht um die AfD, ist die Sorge um den Zusammenhalt der Gesellschaft groß, aber sobald man auf die AfD zu sprechen kommt, rudern die Interviewten, die gerade noch von Spaltungssorgen berichteten, zurück und betonen dann entschieden, dass es eigentlich keine Spaltung gebe: „Und auch die Migrantenfrage, die Flüchtlingspolitik hat nicht dazu geführt, dass hier die Gesellschaft gespalten wär. Wir reden immer von kleinen Gruppen, die es natürlich überall gibt“ (A3). Dieses in sich widersprüchliche Antwortverhalten trat so offen zwar nur bei Wenigen auf, aber hier deutet sich schon eine Form des Abwehrreflexes an, auf die zurückzukommen sein wird.

Das Thema Migration hat sich in den Erzählungen der Interviewten als äußerst komplex und vielschichtig erwiesen. Es wird sehr unterschiedlich angesprochen und mit überaus verschiedenen Konnotationen und Dimensionen versehen. Daher unterscheiden sich auch die Wahrnehmungen, welcher Aspekt der Migration als Problem angesehen wird. Grob lassen sich folgende

Aspekte in der Problemwahrnehmung ausmachen: Zum einen wird mit Migration oftmals allgemein das gesamte Spektrum von der früheren Migrationsgeschichte der Stadt bis zu aktuellen Erscheinungsformen angesprochen. Zum anderen offenbaren einige Interviewte spezifische Intentionen in der Verwendungsweise, wenn sie von Migration sprechen, indem sie bestimmte Aspekte konkretisieren. Diese Interviewpartner betonen dann auch häufig die Bedeutung der Differenzierung im Umgang mit dem Thema. Ein letzter Aspekt lässt sich zwischen diesen beiden Formen ansiedeln: Die meisten der Interviewten changieren zwischen der Verallgemeinerung und der jeweilig spezifischen Differenzierung, je nachdem, in welchem Kontext ihre jeweilige Position zur Problemdiagnose steht. Die eigene Narration über Migration unterscheidet sich auch dadurch, ob damit zugleich eine Konnotation mit „Flüchtlingsen“ einhergeht. Nur wenige unserer Interviewten sprechen die aktuelle Flüchtlingssituation seit 2015 offen an und stellen sie in einen Kontext mit aktuellen gesellschaftlichen Problemen in der Stadt: „Die [...] besondere gesellschaftliche Situation hat mit den Flüchtlingen zu tun, mit dem Flüchtlingsstrom“ (A3) und die „Flüchtlingswelle hat [...] bewirkt, dass [...] die ohnehin angespannten Verhältnisse noch massiver wurden“ (A3). In diesem Zusammenhang ist auch die Rede davon, dass die Stadt, die Verwaltung und die Landespolitik viel zu wenig in der Migrationsfrage unternähmen und stattdessen viel zu viel Verantwortung auf den Schultern von Ehrenamtlichen abgeladen würde (A5; A7; A9), was bezüglich der Frage der Integrationsvorstellung noch wichtig werden wird.<sup>188</sup>

Zu Beginn der meisten Interviews wurde die Migrationsgeschichte von Salzgitter als positive Errungenschaft der Stadtgesellschaft und als Erfolgsstory präsentiert (A1; A9), was auch das Image der Stadt als multikulturell und tolerant rechtfertigt (A8). Denn man habe in Salzgitter einen „traditionell vielfältigen Bevölkerungsmix [...] Sie finden annähernd so viele Nationen in Salzgitter, wie Sie sie vielleicht auch in einer Großstadt wie in Köln oder einer Millionenstadt wie München finden“ (A8). Doch die Darstellung ver-

<sup>187</sup> Siehe hierzu ausführlicher Kap. 5.2.

<sup>188</sup> Siehe hierzu Kap. 5.3.

ändert sich zumeist relativ schnell im Laufe der Gespräche. Denn die Thematisierung der Migrationsgeschichte unterscheidet sich danach, welche Lehre aus dieser Tradition gerade auch für die Flüchtlingssituation seit 2015 – ein offenkundig belastendes Dauerthema in der Stadtgesellschaft – gezogen wird. Es lassen sich zwei dominante Perspektiven unterscheiden: Die erste Sicht betont, dass die Situation seit 2015 kaum verglichen werden könne mit früheren Migrationswellen oder dem Zuzug von Gastarbeitern in der Vergangenheit. Diese Perspektive mündet in einer dominanten Rechtfertigung des Flüchtlingszuzugsstopp (A3; A6; A7; A8) – nur ein einziger Interviewter stimmt diesem zwar prinzipiell zu, relativiert seine Haltung jedoch insofern, als dass der Zuzugsstopp „schon [...] ein bisschen richtig“ (A10) gewesen sei. Die zweite Sicht stellt die Flüchtlingssituation seit 2015 in einen größeren Kontext mit der Migrationsgeschichte der Stadt. Diese Perspektive gesteht zu, dass Salzburg regelmäßig Probleme mit Migrationswellen gehabt habe, weshalb besonders betont wird, dass die Stadt aus ihrer Migrationsgeschichte zu lernen habe, „dass man nicht die gleichen Fehler macht wie damals, als wir die Libanesen gekriegt haben, als die aus dem Libanon geflüchtet sind“ (A5). Ein häufig auftretendes Muster in der Problemwahrnehmung im Zusammenhang mit Migration ist die relativ schnelle Dramatisierungs- und Emotionalisierungstendenz, wenn andere Themenbereiche mit Migration in Verbindung gebracht werden. Diese Tendenz ist zwar nicht bei allen offen erkennbar, aber es fällt auf, wie schnell in ganz verschiedenen Situationen bestimmte Themenkomplexe an Virulenz gewinnen, sobald die Migrationsfrage ins Spiel kommt. Dies zeigt sich beispielsweise daran, wie bereits benannte und altbekannte Probleme in der Stadt, etwa die Schulsituation, emotionalisiert und dramatisiert werden, sobald sie mit der Migrationsfrage verknüpft werden, wie von A3:

„Also, es gibt schon [...] [Schulen], wo Eltern ihre Kinder, ihre deutschen Kinder, längst weggenommen haben, weil sie sagen [...], das Niveau in den Klassen, das Bildungsniveau, ist massiv gesunken, seit wir dort auch Flüchtlinge unterbringen und beschulen müssen, weil sie müssen ja irgend-

wie auf einem Niveau [...] alle unterrichtet werden. Das ist auch an anderen Schulen ein Problem.“ (A3)

Entscheidend an dieser Passage ist nicht, ob die geschilderte Situation faktisch zutrifft oder nicht, sondern vielmehr, dass die Schulsituation mit einer Art Überfremdungserzählung konnotiert wird; eine Angst, die zuvor im Gespräch noch überhaupt keine Rolle gespielt hatte.

Das Migrationsthema korrespondiert aber auch mit einer eng damit zusammenhängenden Problemwahrnehmungstendenz von Kriminalität. Zwar spielte das Thema Kriminalität in ein paar Interviews überhaupt keine Rolle, und bei einigen wurde es lediglich abstrakt erwähnt im Kontext einer allgemein zunehmenden Bedrohung der „öffentliche[n] Sicherheit“ (A1) und einer „zumindest [...] gefühlten Kriminalität“ (A1), doch für manche der Interviewten steht das Themenfeld in enger Verbindung zur Migrationsfrage. Dabei wird die zunächst allgemein geäußerte Sorge und Wahrnehmung von Bedrohungen relativ schnell mit „kriminelle[n] Clanstrukturen“ (A2) und „organisierte[r] Kriminalität“ (A2) in Verbindung gebracht, welche offenbar teilweise migrantischen Gruppen zugeschrieben werden, wenn beispielsweise die latente Befürchtung einer Kriminalitätszunahme in Zusammenhang gebracht wird mit einer potenziellen Zunahme an Flüchtlingen und Migranten (A3).

Die Unterscheidung, wer „Migrant“ und wer „Flüchtling“ ist, verweist – das zeigte die vertiefende Auswertung der Interviews<sup>189</sup> – auf ein viel grundlegenderes Spannungsverhältnis: Nämlich auf die Frage, wer wann einen solchen Status respektive ein solches Label ablegen kann und wer wann als integriert gilt. Integration ist eine der zentralsten gesellschaftlichen Aufgaben und Herausforderungen, hierin sind sich alle Interviewten einig. Allerdings unterscheidet sich die jeweilige Thematisierung: Entweder Integration wurde als alleinige Herausforderung der Zu-Integrierenden und damit als eine Art Bringschuld offen stehengelassen – im Sinne von: Integration laufe nur „über die Arbeit“ (A5). Oder es wurde versucht, Integration auch inhaltlich zu bestimm-

<sup>189</sup> Siehe hierzu ausführlicher Kap. 5.2.

men und zu differenzieren zwischen den konkreten Herausforderungen der Zu-Integrierenden und den politischen Anforderungen. Doch diese Form der Differenzierung legte nur ein einziger Interviewter, der eine eigene familiäre Migrationsgeschichte hat, in aller Deutlichkeit vor (A9) – und nur ein anderer Interviewter benennt wenigstens noch konkrete Leistungsanforderungen sowohl für die Zu-Integrierenden als auch für die staatlich-politische Seite (A4). Dadurch dass A9 Integration als wechselseitigen Prozess beschreibt und zugleich mit der Mehrheitsgesellschaft und der lokalen Migrationsgeschichte seit den 1970er Jahren in Verbindung bringt, spezifiziert er zwar seine klar umrissenen Vorstellungen davon, was Integration alles ist und beinhaltet, kommt aber auch zu teils konträren Schlussfolgerungen über den Erfolg der Integrationsleistungen vor Ort. Denn hierdurch erscheint die jüngere Erfahrung mit Integration und Migration in einem neuen Licht: Man habe in den letzten Jahren viele Chancen für eine wirkliche Integration verpasst. So gebe es etwa keine Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in politischen Ämtern, obwohl diese einen so großen Anteil der Bevölkerung ausmachen würden. Andere Interviewte schienen sich hier auf die Bestimmung der Stadt als „bunt“ und „multikulturell“ zurückzuziehen, um sich diesem Problem nicht weiter stellen zu müssen. Hier wurde sich damit zufrieden gegeben, dass die Migranten ja Arbeit gefunden hätten und nicht weiter aufgefallen seien. An diesem Punkt hob der Interviewte (A9) jedoch hervor, dass es lange kein Integrationskonzept der Stadt gegeben habe, inzwischen aber entsprechende Schritte auf den Weg gebracht worden seien. Es zeigen sich offenkundig also mindestens zwei grundverschiedene Vorstellungen von Integration: Während A9 von konkreten Ansprüchen und Dimensionen im Prozess der Integration ausgeht, meint Integration für die meisten anderen Interviewten zunächst eine Form von Assimilation, die nur über Arbeit, Leistung und Sprache funktioniere (A5) und auf eine Anpassung abziele (A6; A10).

Diese unterschiedlichen Integrationsvorstellungen spiegeln sich zugleich auch in der Frage nach sogenannten Parallelgesellschaften, und wie bzw. ob diese als Problem wahrgenommen werden, wider. Diejenigen, die den langfristigen

und wechselseitigen Integrationsprozess betonen, sehen es offenbar eher gelassen, wenn bestimmte Kulturgruppen „eben ihr eigenes Ding“ (A7) machen. Für sie spielt die Diskussion um Parallelgesellschaften und „No-Go-Areas“ (A9) kaum eine Rolle bzw. deren Bedeutung wird relativiert. Bei ihnen verbindet sich die Integrationsvorstellung mit der Betonung der Migrationsgeschichte, wenn hervorgehoben wird, dass dieser Prozess zwar lange dauere, aber eben bereits bei früheren Migrationswellen gut funktioniert habe (A9). Aber diejenigen, die Integration nur sehr abstrakt als eine Art Bringschuld thematisieren, problematisieren die Debatte um Parallelgesellschaften auf eine andere Art: Entweder sie werden fatalistisch abwehrend lediglich insofern angesprochen, dass sich die verschiedenen Communitys bei Konflikten untereinander in der Regel schon noch arrangieren würden. Oder es findet eine Art negative Fixierung auf bestimmte symbolträchtige Themen oder Orte statt, was die jeweilige Problemwahrnehmung offenkundig überlagert. Das dominante symbolträchtige Thema sind die sogenannten „Ehrenmorde“ (A2; A3). Gleichzeitig bergen aber auch bestimmte symbolische Orte offenbar unterschwelliges Problempotenzial, wenn ein Interviewter beispielsweise über die Stimmung in der Bevölkerung diesbezüglich äußert, dass die „Tendenz oder diese Sorge der Ghettoisierung, hier der Ghettobildung überhaupt“ (A1; ähnlich auch A3) groß sei. Einige wenige wehren demonstrativ (auch ohne vorherige Thematisierung) die Ghettoisierungstendenzen ab (A5), woraus zu schließen ist, dass sie dieser Vorwurf selbst beschäftigt. A7 fasst diese Problemwahrnehmung im Ort folgendermaßen zusammen:

„Die Bevölkerung sieht das dann auch zum großen Teil eben nicht gerade positiv, dass [...] hier ganze Stadtviertel eben von [...] Ausländern [...] dann doch letztendlich die Mehrheit stellen. Dass wir Gegenden [...] oder Schulen haben, wo ein Ausländeranteil oder Migrationsmenschen [...], Menschen mit Migrationshintergrund [...] von 90 [...] 95 Prozent herrscht.“ (A7)

Die Dramatisierungstendenz verschärft sich im weiteren Verlauf, wenn – wie bereits beschrie-

ben – die Migrationsfrage mit der Kriminalitätsfrage verbunden wird:

„[...] ganze Straßen, erstklassige Straßenslagen, denn dann [...] [werden] eben [...] so nicht-heimische [...] Geschäfte aufgemacht [...] Das beunruhigt die Menschen noch mehr, dass es in gewisser Weise auch ganze Viertel hier in Salzgitter gibt [...], wo sich die Polizei wohl auch eher nicht mehr so – jedenfalls nicht mehr abends – so richtig hintraut.“ (A7)

Es muss betont werden, dass diese Tendenz der Problemwahrnehmung keineswegs bei allen Interviewten vorliegt. Doch das Grundmuster ist bei einigen präsent, wobei bemerkenswert ist, dass sich bei diesen wiederum die jeweils damit gemeinte Zielgruppe als Objekt unterscheidet: Sind es für die einen im Zusammenhang mit den „Ehrenmorden“ vor allem muslimische Communities, sind es für die anderen (losgelöst vom „Ehrenmord“-Komplex) eher die „Russlanddeutschen“, denn „die erreicht man leider auch ganz schlecht“ (A6).

Der auffälligste symbolträchtige Ort ist der Stadtteil Lebenstedt. Immer wieder taucht er in den Beschreibungen der Interviewten als der Ort auf, an dem sich die Probleme unterschiedlichster Art ballen würden; von einem erhöhten Migrationsanteil über allgemeine Veränderung des Stadtbildes bis zu einer erhöhten Kriminalität oder eben auch den unliebsamen AfD-Wahlergebnissen. Für Einzelne ist Lebenstedt nicht nur das Problemviertel der Stadt, wo sich das meiste einfach aufgrund der besonderen infrastrukturellen Situation ereignet, sondern darüber hinaus vor allem über die Migrationskritik sehr negativ aufgeladen:

„Wenn Sie zum Beispiel in Lebenstedt durch die eine Einkaufsstraße gehen, dann haben Sie das Gefühl, Sie sind irgendwo in Damaskus oder in Istanbul oder Ähnliches. Da gibt es also kaum noch deutsche Geschäfte“ (A4).

Zwar wird eine solch drastische Thematisierung und Problematisierung von Lebenstedt nicht von allen Interviewten geteilt (für ein paar In-

terviewte spielt der ganze Komplex überhaupt keine Rolle und wird auch nicht in anderen Zusammenhängen in irgendeiner Form problembehaftet aufgeladen (beispielsweise A2)). Doch zieht sich diese Problemkaprizierung auf Lebenstedt als negative Kontrastfolie zum ansonsten ruhigen und beschaulichen Salzgitter durch relativ viele Interviews, worauf besonders im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der AfD und ihrer Wähler vor Ort noch einmal zurückzukommen sein wird.

#### 4.4 Wahrnehmung der AfD und ihrer Wähler: „Es weiß keiner, was los ist“

Die AfD hat in Salzgitter bei den letzten Wahlen, sowohl bei der Bundestagswahl 2017 als auch der Europawahl 2019, ihre höchsten Ergebnisse in Niedersachsen erzielt. Sie wurde bei beiden Wahlen schließlich zur drittstärksten Kraft. Bei der Europawahl 2019 wählten 15 Prozent in Salzgitter die Rechtsaußenpartei. Aber wie wird die AfD vor Ort von den Deutungseliten wahrgenommen und wie reagieren diese auf die Wahlerfolge? Diese Frage ist alles andere als selbst erklärend. Zwar gibt es im politisch-kulturellen Betrieb und in der Öffentlichkeit bestimmte gesellschaftlich akzeptierte Grundüberzeugungen und Oberflächendeutungen (wie noch ausgeführt wird), die auch von den meisten Interviewten zu Beginn der Gespräche relativ schnell geäußert werden. Doch es zeigt sich, dass die Interviewten in der Regel nicht bei ihrer jeweils zuerst geäußerten Position bleiben, sondern dass sich ihre Ansichten, Erklärungsmuster und von ihnen hergestellte Zusammenhänge wandeln: Es gibt offenbar nicht *die eine* zentrale Haltung gegenüber der AfD. Von daher lassen sich gleich zu Beginn zwei Grundauffälligkeiten festhalten: Erstens stellt sich relativ schnell heraus, dass die Interviewten alles in allem überwiegend „überrascht“ (A2) sind über den AfD-Wahlerfolg in Salzgitter, denn niemand hat es kommen sehen: „Im Moment ist auch eigentlich [...] Salzgitter sprachlos: Warum? Ich sage, Leute, wir müssen uns mal ein bisschen drum kümmern, alle gucken einen bloß fragend

an. Es weiß keiner, was los ist“ (A5). Eng damit zusammen hängt, zweitens, dass es einen mehr als nur latenten Konflikt um den Umgang gibt, wie man es vor Ort denn nun mit der AfD zu halten habe. Darauf deutet die auffallend häufige Veränderung und partielle Anpassung bestimmter Erklärungsmuster je nach Kontext hin, wie im weiteren Verlauf noch gezeigt wird: Dieser Konflikt äußert sich in verschiedenen Ausprägungen; die Umgangs-, Einschätzungs- und Erklärungsformen, die die Interviewten insgesamt zeigen, reichen von Relativierungen und „Eintagsfliege“-Erklärungen bis zur krassen Dramatisierung.

Generell offenbart sich eine allgemeine Unklarheit, teilweise sogar tiefgreifende Uneinigkeit bezüglich des AfD-Komplexes insgesamt. Diese zeigt sich etwa an divergierenden Problemeinschätzungen, sowie in Suchbewegungen darin, wie das Potenzial der Partei einzuordnen sei. Entscheidend hierbei ist, dass sich die unterschiedlichen Einschätzungen daraus ergeben, je nachdem, welcher Aspekt gerade im Vordergrund steht. Wenn es etwa um die Ablehnung von zusätzlichen Migranten, vereinzelt auch differenzierend: Flüchtlingen, geht, dann wird teilweise sogar zugestanden, dass die AfD mit diesem Thema vor Ort punkten könne: „Man merkt [...], dass in der Bevölkerung der Zuspruch relativ groß ist“ (A1). Andere widersprechen dem vehement (A4), auch wenn sie betonen, dass offensichtlich Anliegen von bestimmten Bevölkerungsgruppen wie etwa von AfD-Wählern nicht in der politischen Öffentlichkeit präsent, nicht „im Bewusstsein“ (A4) seien. Gleichzeitig wird immer wieder bestimmt, dass die etablierten Institutionen, Parteien und Vereinigungen gewisse Gruppen in der Bevölkerung nicht immer erreichen könnten, was die genuine Wahrnehmung der Interviewten, die Bevölkerung sei polarisiert, konterkariert, weshalb sie sich – von außen betrachtet: nur folgerichtig – an solchen Momenten, an denen der innere Widerspruch offenkundig wird, meist selbst auf konfigierende Deutungen zurückziehen. Wiederholt tritt ein Spannungsfeld zwischen der Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Problemgegenständen und in der Betrachtung von Problemursprüngen und ihrer Bewältigung hervor. So etwa zwischen der Unsichtbarkeit von AfD-Wählern im öffentlichen

Leben einerseits, hingegen aber der Sichtbarkeit von AfD-Anhängern auf Veranstaltungen andererseits. Dies zeigt sich in der Überraschung eines Interviewten bezüglich der AfD-Wahlergebnisse, denn diese Wähler seien für ihn „unsichtbar“ (A10), er selbst kenne keine. Hier wird sichtbar, dass nicht alle Interviewten zwischen der AfD als Partei und den AfD-Wählern unterscheiden. Viele konzentrieren sich in ihren Schilderungen auf die wenigen Parteifunktionäre, deren Verstrickungen ins rechtsradikale Milieu und deren Internetauftritt (A2), geraten dann aber zumeist in Erklärungsnot, wenn sie die AfD-Wahlergebnisse, also die gesellschaftliche Nachfrageseite, beschreiben wollen. Zumindest ein Interviewter differenziert hier weitgehend konsequent zwischen Partei, Parteifunktionären und ideologisch gefestigten Anhängern auf der einen Seite und potenziell anfälligen Protestwählern auf der anderen Seite (A10). Doch auch hier bricht sich ein Widerspruch Bahn zwischen der Differenzierung in der Analyse und Erklärung der Situation vor Ort und dem späteren Umgang mit den Problemen, denn am Ende sei das alles doch nur „rechte Hetze“ (A10).

Vor dem Hintergrund der Wahrnehmungsdimensionen, unterschiedlichen Einschätzungen und jeweiligen Differenzierungsebenen können bestimmte Umgangsformen und -muster identifiziert werden, wie auf die AfD vor Ort reagiert wird. Obwohl sich auf den ersten Blick die jeweiligen Einordnungen der Interviewten über die Rechtsaußenpartei unterscheiden, lassen sich dennoch Konturen von kollektiv geteilten Begründungszusammenhängen nachzeichnen. Der häufigste Reflex der Interviewten ist die Relativierung. Gerade zu Beginn der meisten Erklärungserzählungen sind bestimmte Muster einer tendenziellen Relativierung auffallend, sei es, dass verlautbart wird, die AfD habe gar nicht so viel (parteilpolitischen) Erfolg in Salzgitter gehabt, sei es, dass das Phänomen damit abgetan wird, dass die Partei vor Ort (gesellschaftspolitisch) keine Rolle spiele. Man könne die AfD „fast nicht ernst nehmen“ (A1), denn die Performance der Partei – und vor allem ihr Auftritt in den sozialen Medien – löse zumeist „Kopfschütteln“ (A1) aus. Zumindest ein Interviewter zweifelt gar offen an, dass die AfD überhaupt erfolgreich sei (A8), denn:

„Salzgitter ist die Stadt oder eine der wenigen Großstädte in Deutschland, wo diese Partei nicht einmal im Stadtrat ist. Das mag im Prinzip Beleg dafür sein, dass wir einfach in Salzgitter mit dieser Art Politikrichtung wirklich nichts am Hut haben und die hier auch nicht brauchen.“ (A8)

Diese Nivellierung passt inhaltlich zu anderen geäußerten Abwertungsformen. Diese reichen von der Behauptung, es seien nur „ein paar Holzköpfe“ (A7), die nur „dummes Zeug“ (A7) redeten, über die Diskreditierung der Partei als „Kasperverein“ (A9), die „ziemlich verrückt“ (A6) sei, bis zur Abwehr, dass man sich mit dem Themenkomplex und den möglichen Ursachen für solche Protest- und Aufbegehrungsformen nicht weiter zu beschäftigen brauche, denn „dafür, ehrlich gesagt, sind sie zu unwichtig“ (A3). Diese unterschiedlichen Relativierungsformen gehen von dem Ergebnis aus, dass die Sache mit der AfD ziemlich bald vorbei sei. Dabei sind vor allem zwei Erklärungen dominant. Die erste Erklärungsfolie betont die vermeintliche Ursache: Manche der Interviewten kaprizieren die AfD-Wahlmotive allein auf das kurzfristige Auftreten von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Die AfD werde nur von Leuten gewählt, die etwas gegen die neuen Flüchtlinge hätten (A5; ähnlich auch A10). Da diese Situation schon mehrmals eingetreten sei, werde sich die AfD auch schnell wieder erledigen, so ist zumindest der Interviewte überzeugt: „Aber das ist auch nicht neu, das kenn ich von früher auch“ (A5). Die zweite Erklärungsfolie, die eng mit der ersten zusammenhängt, betont, dass die AfD eine normale rechte Partei sei, wie es sie vorher schon mehrmals gegeben habe, deshalb sei sie eine Eintagsfliege, die bald wieder verschwinde. Denn es gebe einfach

„Menschen, die nicht wählen gehen, aber trotzdem immer schon was gegen Ausländer haben, sei es viel, sei es wenig, sei es gering, sei es stark ausgeprägt, ganz gleich was. Und auf einmal kommt so eine Partei daher, die einen völlig anspricht, weil man sich im Inneren angesprochen fühlen wollte, schon die ganzen Jahre, aber man sich nie getraut hat, die DVU zu wählen oder

die anderen, die NPD zu wählen oder [...] die Republikaner. Auf einmal gibt es eine Partei, wo man sich inkognito auch noch gut fühlt.“ (A9)

Und daher, so betont der Interviewte weiter, werde das Phänomen bald vorbei sein: „Ich glaube [...], irgendwann vergeht der Hass, irgendwann vergeht die Motivation [...], die AfD zu wählen“ (A9).

Gleichzeitig sind aber auch relativ viele Reflexe von Dramatisierung in den Interviews präsent. Dann sind nicht nur die AfD selbst in düsteren Farben gemalt, sondern auch die gesamte derzeitige politische Lage. Allerdings zeigen sich hier zwei ganz verschiedene Stoßrichtungen, was genau dramatisierend dargestellt wird: Auf der einen Seite werden die AfD-Parteifunktionäre vor Ort meist als „verrückte Neonazis“ (A2) abgestempelt, oder schlicht als „Faschisten“ (A4) bezeichnet bzw. es wurde verallgemeinernd „von der AfD oder den anderen Faschisten“ (A9) gesprochen. Vereinzelt bezieht sich die Dramatisierung auch nicht nur auf die Funktionäre oder Aktivisten, die beispielsweise vor Ort bekannt sind, sondern auch abstrakter auf die Wählerschaft, denn diese seien keine „konservativen CDU-nahen AfDler“, sondern „Überzeugungstäter“ (A2). Auf der anderen Seite wird auch die politische Situation der letzten Jahre insgesamt dramatisch dargestellt und sogar Analogien zu den Weimarer Verhältnissen und der Situation in den 1930er Jahren hergestellt, wie es besonders A9 beschreibt:

„Dann kann man sich natürlich selber auch eine eigene Meinung darüber machen, wie die Menschen damals in den 30er-Jahren verführt worden sind, denn nichts anderes hat sich jetzt auch aufgezeigt, dass eine gewisse Medienkampagne, eine gewisse Präsenz in der Öffentlichkeit; Internet hier, Fernsehen da, verschiedene, ich sag mal, ferngesteuerte politische Magazine aus dem eigenen Heimatland verführen immer noch die Menschen, wie damals in den 30er-Jahren in Deutschland, [was] das ganze Geschehen sozusagen auf die Spitze trieb. Die Verführung von uns Menschen ist

immer allgegenwärtig und nichts anderes ist hier auch geschehen.“ (A9)

Das hier angesprochene Moment der vermeintlich so leichten Verführung und Manipulation der Massen steht im krassen Widerspruch zu all den Reflexen und Äußerungen, die bereits umrissen wurden und die die meisten Interviewten jeweils vor allem zu Beginn tätigen, sodass man den Eindruck gewinnt, eigentlich habe fast niemand die AfD gewählt. Letztlich schimmert an diesen Grundwidersprüchen, so die naheliegende Interpretation, eine enorme Angst durch, da die Interviewten nicht wissen, was noch politisch kommen könnte.<sup>190</sup> So individuell nachvollziehbar solche Skepsis auch sein mag, sie steht im grundlegenden Widerspruch zu all den obigen Äußerungen, wie es sogar A3 selbst ausspricht: „Alle haben Angst davor, dass die AfD hier bei den Kommunalwahlen erstmals in den Rat einziehen könnte“ (A3). Interessanterweise findet sich diese Unsicherheit bei vielen Interviewpartnern, obwohl zumeist die gleichen Personen zuvor noch behauptet hatten, die Partei habe vor Ort keinen Erfolg und sei eine politische Eintagsfliege wie etwa die Piraten-Partei vor wenigen Jahren.

Der Interviewleitfaden bot den Interviewten Raum dafür, aus ihrer Sicht die Situation mit der AfD vor Ort zu erklären. Als zentrales Zwischenergebnis ist hier zunächst festzuhalten: Diesen Raum haben alle Interviewten bereitwillig und gerne ausgefüllt. Zwar muss eingeräumt werden, dass sie natürlich in gewisser Weise auf das Thema gestoßen wurden, weil die AfD-Wahl der Ausgangspunkt der Gespräche war. Aber dennoch scheint offenbar ein Bedürfnis zu existieren, lang und ausgiebig aus individueller Perspektive Erklärungen für die AfD-Wahl zu generieren. Schließlich hatten sich viele der Interviewten im Vorfeld auf die Gespräche vorbereitet und entsprechende Stichpunkte, zentrale Erklärungsmuster und anderweitige Deutungen bereitgelegt. Hierbei fällt zugleich auf, dass diese angebotenen Erklärungsformen der Interviewten (d. h. die offerierte Erzählung, wie das politische Phänomen aus Sicht der Interviewten zu erklären

sei) zumeist quer liegen zu den bereits herausgestellten Wahrnehmungsformen (d. h. den Momenten in den Erzählungen über das politische Leben in Salzgitter und wie diese aus Sicht der Interviewten persönlich wahrgenommen werden). Es lässt sich also festhalten: Die Wahrnehmung unterscheidet sich von der selbst angebotenen und zumeist vorab verfassten Erklärung.

Auf den ersten Blick teilen weitgehend alle Interviewten bestimmte Vorstellungen, was die AfD-Wähler ausmache. Diese seien entweder arbeitslos bzw. lebten zumindest in „relative[r] Armut“ (A2) oder sie seien ungebildet bzw. politisch ahnungslos; sozial abwertend spricht A3 auch davon, dass diese Wählerschaft der „intellektuelle [...] Bodensatz“ (A3) der Gesellschaft sei. Manche Interviewte behaupten gleichzeitig aber auch, dass sie überrascht gewesen seien, dass auch besser verdienende Menschen die AfD gewählt hätten (A7). Einige räumen in ihren Erklärungen besonders der Migrationsfrage Bedeutung ein, wie es im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit teilweise schon angedeutet wird. Darüber hinaus wird die AfD-Wahl aber auch als emotionale Abwehrreaktion beschrieben: Auch Ängste und Bedrohungsgefühle spielten eine Rolle, weil der „Neid“ im „Verteilungskampf“ (A4) aufgrund höherer Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung die Menschen zur AfD treibe. Dieser Kampf wird auf verschiedene Gruppen verlagert, A7 beispielsweise betont besonders die relativ neu Hinzugezogenen, die um ihre Etablierungschancen bangten, sowie allgemein die Russlanddeutschen. Auf die Frage, wer die AfD-Wähler seien, antwortet A7:

„Dann immer doch die Migranten, also die ganz frisch gekommen sind, also die haben das aus Verlustangst gewählt, die hatten einfach Angst, also die Russlanddeutschen, denke ich jedenfalls [...] oder so ist es dann auch in den Gesprächen herausgekommen, dass die die AfD dann großenteils gewählt haben, so nach dem Motto [...] wir schicken jetzt erstmal einen Teil weg, dann sind wir nicht an der Reihe. Also die hatten echt Verlustängste um das Ganze.“ (A7)

<sup>190</sup> Vgl. ausführlicher Kap. 5.5.

Nicht zuletzt wird bei allen Interviewten jeweils eine Affinität zu Protestwahlthesen offenbar. Die AfD-Wähler würden gewissermaßen nur den anderen Parteien eins auswischen wollen, denn es habe sich „allgemeiner Frust gegen [...] [das] Etablierte“ (A6) angestaut. Aber bei fast allen bricht diese Erzählung relativ schnell in sich zusammen. Denn ganz so einfach ist die Sachlage nicht, wie ein Interviewter im Gesprächsverlauf eingesteht und seine eigene Position relativiert. Schließlich seien AfD-Wähler, so seine Wahrnehmung, unsicher, es seien „reale Ängste, die hier existieren, bei den Menschen, die sich unsicher fühlen“ (A1). Allerdings hat auch die Erklärungsfolie der vermeintlichen Unsicherheit mehrere Seiten: Einerseits wird mit dem bedrohten Sicherheitsgefühl und einer latenten Angst der Stadtgesellschaft eine gewisse Berechtigung eingestanden. Andererseits wird so auch eine zusätzliche Externalisierungsfolie geschaffen, da es nur bestimmte Charaktertypen seien, die mit dieser Unsicherheit nicht umgehen könnten. Überhaupt finden sich verschiedene Formen der Externalisierung im Zusammenhang mit der Identifikation der AfD-Wähler. Schließlich kämen auch die AfD-Wähler – oder wie es ein Interviewter verallgemeinert: der gesamte Rechtsradikalismus – „von außen“ (A8) bzw. die AfD-Wähler würden aus dem Umland zur Wahl der Partei angezogen. A2 kapriziert das AfD-Problem vor allem auf die „Neonazis in Braunschweig“ (A2). Damit im Einklang wird wiederholt die Wahl der Partei insbesondere den Russlanddeutschen als Problemgegenstand zugeschoben, welche so gleichsam nicht als „Salzgitteraner“ erscheinen, sondern eben als Russlanddeutsche (A6). Wie bereits angesprochen, ist besonders die Erzählung der Affinität dieser Gruppe zur AfD dominant: AfD-Wähler fänden sich vor allem in „Salzgitter-Fredenberg und dort wohnen die russlanddeutschen Familien“ (A2). Hierbei unterscheiden sich die Dimensionen der jeweiligen Affinität nur partiell: „Ich glaube, so in Teilen haben die bis zu vierzig Prozent gekriegt, in diesen Gebieten, wo viele Russlanddeutsche wohnen“ (A5), während A9 diesen Anteil noch deutlich erhöht: „Also die Russen haben zum Beispiel, ich sag jetzt einfach mal, die Russlanddeutschen haben im Stadtteil Fredenberg zu 70 Prozent, glaub

ich, AfD gewählt“ (A9). Hierbei zeigt sich zugleich auch, welche differierende quantitative Ausmaß demselben Problemgegenstand zugeordnet wird. Zumindest zwei der Interviewten ergänzen zu der Affinität dieser Gruppe auch noch eine gewisse Nähe anderer migrantischer Communitys. Es seien „bestimmte Gruppen von rechten Türken, [die] tatsächlich auch die AfD gewählt haben“ (A2), was A9 als „Rache“ erklärt, um es „den Deutschen heimzuzahlen“ wegen Erdogan (A9).

Verbindet man nun die zuvor aufgezeigten Wahrnehmungen und Erklärungsmuster, fällt bei einigen Interviewten auf, wie stark sie diese Problemfelder betonen und welche Schlüsse sie daraus unmittelbar für die AfD-Wahl-Erklärungen ziehen (A4). Daraus lässt sich schlussfolgern, dass bestimmte gesellschaftliche Themen an Virulenz gewinnen, sobald sie gewissermaßen als mitschuldig für das AfD-Phänomen identifiziert sind. Gleichzeitig aber werden solche Formen als Erklärungsmuster auch demonstrativ abgelehnt, und zwar zumeist von den gleichen Interviewten, die zuvor noch mit relativ viel Verständnis für Unsicherheitsgefühle auf Protestwahl motive eingegangen sind. An diesem Punkt schlagen sich Grundwidersprüche im Erklärungsverhalten, die zuvor noch nebenbei bestehen konnten, vollends durch: Ein Interviewter (A1) äußert einerseits Verständnis für die Sorgen und Nöte, um andererseits dies dann wieder zu relativieren. Zunächst betont er noch, dass sich „was verschoben“ habe in der Kultur der letzten Jahre und dass sich „so viel Druck auf dem Kessel bei den Leuten“ angestaut habe, was sich „auch im Wahlverhalten niederschlagen“ werde (A1). Doch auf Nachfrage, ob die AfD in der Politik, in Verwaltung, in den Institutionen irgendwie mit ihren Positionen verfrage, also gesellschaftlichen Anklang finde, antwortet er: „Also nein, das verfängt glaube ich nicht“ (A1), und fügt am Ende noch hinzu, dass die AfD-Wähler knallharte „Rechts-extreme“ (A1) seien, wie es im Wahlkampf immer wieder aufgefallen sei; die Wahl der AfD sei insgesamt einfach „unerklärlich“ (A1). Einige wenige versuchen die Komplexität der AfD-Wahl auf den Punkt zu bringen, so etwa A3, der dazu äußert:

„Also [...] dieses wirklich miserable Konglomerat aus Fremdenfeindlichkeit, Aus-

länderhass, Unwissenheit, Ressentiments, Neid und, ich sag mal, grundlegendem Misstrauen gegenüber der üblichen Politik, das findet hier einen Siedepunkt.“ (A3)

Indem der Interviewte hier die Komplexität der schon lange gärenden Prozesse in den Kontext der Flüchtlingskrise 2015 stellt, wird die sogenannte Flüchtlingswelle als Katalysator und Verschärfer der bereits bestehenden Probleme dargestellt (ganz ähnlich A8). Doch A3 verstrickt sich in Widersprüche, wenn er einerseits die gesellschaftlichen Problemlagen als Erklärungsfolie für die politische Frustration und mögliche Enthemmung in Form einer AfD-Wahl ausbreitet, um später zurückzurudern, weil er ratlos sei und es nicht verstehen könne, wieso die AfD so viel Zuspruch erhalte. Ganz ähnlich versucht auch A5, die Entwicklungen der letzten Jahre in seine Erklärung der Protestwähler miteinzubeziehen:

„Ich glaube, auch so eine Partei wie die AfD kriegt nicht aus dem Stegreif fünfzehn Prozent, sowas entwickelt sich über einen langen Zeitraum [...] Die Leute werden immer unzufriedener. Und dann gibt's tatsächlich welche, die dann sagen, ich wollte mal den großen Parteien ‚nen Denkartzettel verpassen.“ (A5)

Doch gleichzeitig behauptet A5 kurz darauf, die Sache mit der AfD werde sich bald von selbst erledigen. Nur A7 wehrt Erklärungsversuche der AfD-Wahl im Zusammenhang mit bestehenden gesellschaftlichen Problemen entschieden ab. Der Interviewte äußert großes Unverständnis darüber, die AfD-Wähler derart gewissermaßen in Schutz zu nehmen. Seiner Ansicht nach sei die Frage nach der Komplexität der Problemursachen selbst schon eine Form der tendenziellen Entschuldung, weshalb er selbst das Argument der Komplexität bagatellisiert und behauptet, dass die AfD wohl kaum wegen „schlechte[r] Infrastruktur“ (A7) gewählt würde, sondern allein aufgrund von „echte[n] Ängsten“ (A7) im Zusammenhang mit Migration.

Diese immer wieder aufblitzenden Ambivalenzen kulminieren letztlich im Streit um den politischen Umgang. Zunächst einmal führt der

Auftritt der AfD auf der politischen Bühne offenkundig zu einer Politisierung, wie beispielsweise die Gegendemonstrationen zeigen. Doch zugleich offenbart sich, dass unklar und umstritten ist, wie man es mit der AfD eigentlich halten sollte. Wie mehrere Interviewpartner berichten, positioniere sich ein Teil der Zivilgesellschaft demonstrativ gegen die AfD. Dies gehe sogar so weit, dass man nicht nur Demonstrationen veranstalte, um gegen die öffentliche Sichtbarkeit der AfD zu protestieren. Sondern es wird auch berichtet, dass ein Wirt mit Sanktionen und kollektiven Boykotten bedroht worden wäre, wenn er die AfD oder der Partei nahestehende Sympathisanten (erneut) bedienen würde. Offensichtlich führte diese Aktion zu ganz unterschiedlichen Reaktionen: Einzelne Interviewte berichten geradezu stolz (vgl. A4; A5), selbst dabei mitgemacht zu haben, andere wiederum finden dies „nicht in Ordnung“ (A1), weil die AfD nun einmal eine „in den Parlamenten vertretene, zugelassene Partei [sei], die dementsprechend natürlich Gehör“ (A1) finden müsse, oder weil genau solcher Aktivismus letztlich nur die „Opferrolle der AfD“ (A3) bestärke (ähnlich A7). Manche wollen offensichtlich die AfD und jegliche damit zusammenhängende Problemformen relativieren und bagatellisieren, denn man müsse beispielsweise die Partei (und die dazugehörigen Probleme) nur konsequent ignorieren (A8). Andere wiederum gestehen am Ende zu, dass man auf die Menschen zugehen und ihnen die „Ängste“ (A7) nehmen müsse, was man in der Vergangenheit zu wenig getan habe. Wieder andere problematisieren, dass man offenkundig erst noch eine Umgangsform finden müsse (A4), oder äußern resignierend, dass die AfD als „Ausdruck von Protest“ wohl noch eine Zeitlang bestehen werde, da sie sich entgegen der Hoffnung nicht selbst „zerlegt“ habe (A6). Die Ambivalenzen in der Deutung der AfD erschweren die Suche nach einem politisch-praktischen Konfliktbewältigungsmodus und verschärfen dadurch letztlich die Unsicherheit über den Umgang mit der Rechtsaußenpartei.

# 5

# Interpretative Rekonstruktion der Deutungsmuster

**A**ufbauend auf den herausgestellten manifest ersichtlichen Wahrnehmungsformen von Politik und Gesellschaft in Salzgitter werden nachfolgend tieferliegende Deutungsmuster identifiziert und rekonstruiert. Die Diskussion darüber, was ein Deutungsmuster ist und wie sogenannte Deutungsmusteranalysen in der aktuellen qualitativen Sozialforschung eingesetzt werden können, ist ein Fass ohne Boden.<sup>191</sup> Allein die Frage, was eine „Deutung“ ist und wie etwas „gedeutet“ werden kann, könnte unzählige Curricula beschäftigen.<sup>192</sup> In der vorliegenden Studie werden wie bereits einführend erwähnt Deutungsmuster im Anschluss an Oevermann und dessen methoden-theoretische Prägung des Begriffes als *soziale Deutungsmuster* verstanden, die kollektiv geteilte Selbstverständlichkeiten

ausdrücken (siehe Kapitel 3).<sup>193</sup> Hieraus ergeben sich für die Auswertung zwei grundlegende Prämissen: Erstens gibt es prinzipiell nur wenige wirkmächtige, kollektiv geteilte Begründungszusammenhänge, d. h. unbewusste oder unhinterfragte Normbegründungen. Wir suchen also nicht beliebig viele Deutungsmuster, sondern deren Anzahl ist prinzipiell begrenzt. Denn Deutungsmuster sind in diesem Begriffsverständnis „als untergründige verklammernde und vermittelnde Sinnstrukturen wirksam.“<sup>194</sup> Daraus ergibt sich, zweitens, dass diese Zusammenhänge nicht nur für Salzgitter aussagekräftig sein müssen, sondern diese müssen auch Modi beschreiben können, die gleichfalls auf andere Regionen zutreffen könnten. Jedoch haben wir nur dann relevante soziale Deutungsmuster benannt, wenn sie nachweisbar in einem inneren Zusammenhang zu den hier behandelten Phänomenen stehen. In ihnen drücken sich Ordnungsdeale aus,<sup>195</sup> durch die sich etwas über die „Alltagsmoral“<sup>196</sup> in der politischen Kultur aussagen

---

**191** Vgl. beispielhaft Lüders, Christian/Meuser, Michael: Deutungsmusteranalyse, in: Hitzler, Ronald/Honer, Anne (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung, Wiesbaden 1997, S. 57–79; Bögelein, Nicole/Vetter, Nicole (Hrsg.): Der Deutungsmusteransatz. Einführung – Erkenntnisse – Perspektiven, Weinheim 2019.

**192** Siehe nur zur Veranschaulichung Lüdemann, Susanne/Vesting, Thomas: Vom Geheiß der Deutung. Eine Bestandsaufnahme, in: dies. (Hrsg.): Was heißt Deutung? Verhandlungen zwischen Recht, Philologie und Psychoanalyse, Paderborn 2017, S. 9–35.

---

**193** Vgl. Oevermann: Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern.

**194** Schenke: Student und Demokratie, S. 470.

**195** Zum Zusammenhang von „Wertmustern“, politischen Orientierungen und Deutungsmustern vgl. ebd., S. 361.

**196** Lepsius, Rainer M.: Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung, in: ders.: Interessen, Ideen und Institutionen

lässt. Ohne zu viel vorweg nehmen zu wollen, aber um gleichzeitig die interpretative Rekonstruktion übersichtlich darstellen zu können, sollen vorab die vier zentralen Deutungsmuster genannt werden, die im Auswertungsprozess identifiziert wurden und nachfolgend ausführlich analysiert werden:

- technokratische Politikvorstellung
- sozialdemokratischer Gestaltungswille
- meritokratische Gesellschaftsvorstellung
- kosmopolitische Bildungsemphase

## 5.1 Technokratische Politikvorstellung

Das erste Deutungsmuster ist die Vorstellung, dass Politik Verwaltung bedeutet. Politik funktioniert demnach letztlich wie eine Art Verwaltungsakt, sodass diese Politikvorstellung eine Form von Technokratismus ausdrückt. Das „technokratische Denken“<sup>197</sup>, so schon der Philosoph Hermann Lübke, folgt der Logik, dass der Sachzwang über das politische Handeln entscheidet – und nicht umgekehrt. Diese Art von Politik ist bestimmt durch einen verwaltungsorientierten Pragmatismus, d. h. politische Konflikte werden durch einen verwaltenden Politikstil, also durch Verwaltungs- und Sacharbeit und damit durch Institutionen, bearbeitet. Diese technokratische Politikvorstellung war im Material bei allen Interviewpartnern zu finden, woraus geschlussfolgert werden kann, dass diese Sicht auf Politik womöglich über Parteigrenzen hinweg für die politische Kultur Salzgitters prägend ist. Ein solch technokratisches Denken kreist um ein Gesellschaftsbild, das wir für Salzgitter als *disharmonische Stabilität* beschreiben: Damit soll ein Zustand bezeichnet werden, der keine Konflikte duldet, sondern alles daran setzt, Konflikte zwanghaft zu unterdrücken, da-

nen, Opladen 1990, S. 96–116, hier S. 111.

<sup>197</sup> Lübke, Hermann: Zur politischen Theorie der Technokratie, in: ders.: Theorie und Entscheidung. Studien zum Primat der praktischen Vernunft, Freiburg 1971, S. 32–53, hier S. 44.

mit diese dann „verwaltend“ behandelt und somit auch wegmoderiert werden können.

Eine Ausprägungsform dieses politischen Denkens ist die grundlegende Vorstellung, dass politische Veränderungen zunächst einmal prinzipiell nicht als Reform oder Fortschritt wahrgenommen, sondern *a priori* skeptisch oder gar negativ als Verschlechterung der Ausgangssituation angesehen werden. Was auf den ersten Blick gerade für das sozialdemokratische Milieu als erklärungsbedürftig erscheinen mag, entpuppt sich letztlich als konsequente Weiterführung einer Politikvorstellung, die sich mit dem politischen Status quo arrangiert zu haben scheint. Diese Form der Wahrnehmung bzw. untergründige Haltung zu Politik als Ausgangslage ist im Zusammenhang mit technokratischen Politik- und Gesellschaftsvorstellungen und kleinbürgerlichen Mentalitäten auch in anderen Kontexten bereits extrapoliert worden.<sup>198</sup> Ein solch technokratisches Denken gipfelt in der Sehnsucht nach Harmonie, politischer Übersichtlichkeit bis hin zur (unbedingten) Überwindung von Spaltung, Streit und Konflikt.<sup>199</sup>

Gleichwohl ist die technokratische Politik- und Gesellschaftsvorstellung ambivalent: *Einerseits* ist diese Verwaltungsorientierung für die Interviewten die Lösung für gesellschaftliche Probleme. Denn wenn die Verwaltung (und nach diesem Muster entsprechend auch die Politik) gewissermaßen ihren Job richtig mache, dann könne man gemeinsam und geschlossen gegen externe Kräfte wie die AfD agieren, die dann keine Chance im politischen Wettstreit hätten. Dahinter steht die Erwartung und Hoffnung, dass die effektive Arbeit der (Politik-)Verwaltung vor Ort am Ende das Problem AfD lösen werde. AfD spricht zumindest dieses Entzauberungsnarrativ offen aus:

<sup>198</sup> Vgl. Schenke, Julian et al.: Pegida-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit, Bielefeld 2018, S. 191.

<sup>199</sup> Eine aktuelle Untersuchung über politische Mentalitätsbestände in Niedersachsen kommt zu dem Ergebnis, dass die Niedersachsen unabhängig von regionalen Faktoren ein starkes Harmonie- und Konsensbedürfnis haben, vgl. Schenke/Trittel/Neumann: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 74.

„Ich glaube, die werden sich ganz schnell entzaubern. Also, wenn die zum Beispiel im Rat vertreten sein werden, und mal merken, wie eigentlich so Ausschussarbeit geht, wenn's mehr so um Inhalte geht, nicht um Schlagworte, ne? [...] Und dass da Parteizugehörigkeit manchmal gar nicht so wichtig ist, sondern mehr so ‚ne inhaltliche Auseinandersetzung, da werden die auch ganz schnell entzaubert sein, glaube ich. Dann [...] bin ich mal gespannt drauf.“ (A6)

Die Vorstellung, dass Politik nur dann effektiv funktionieren könne, wenn alle gemeinsam zusammenarbeiten, wird beispielsweise von A8 betont: „Wenn man was für Salzgitter erreichen will, [kann] man das nur Schulter an Schulter machen“; kurz darauf fügt er hinzu:

„Von daher können [...] wir uns im Prinzip Streit oder [...] besondere Wünsche, die man vielleicht so aus der Parteienherkunft der ein oder anderen oder dritten oder vierten Partei sich wünscht, wirklich nur hinten anstellen.“ (A8)

Die Politikvorstellung einer primär konsensorientierten Politik ist bei allen Interviewpartnern präsent. Vereinzelt wurde diese Haltung zwar hin und wieder relativiert, wenn betont wurde, dass dies nicht heiße, dass es „keine inhaltlichen Unterschiede“ (A6) gebe, aber dennoch stand am Ende die Einsicht, dass Politik nur über Konsens funktioniere. Über diesen definiert sich offenkundig vor Ort die verwaltungs- und sachzwangorientierte Politik, wie es A8 beschreibt:

„Dass wir wirklich lösungsorientiert arbeiten und das ist, glaube ich, auch die Stadtgesellschaft, die tickt so [...], dass man sich wirklich um sich kümmern muss, aufeinander aufpassen muss und [...] sich da nicht irgendwo, ja, [...] verrennt.“ (A8)

Diese konsensuale Geschlossenheit wird zugleich zum Gebot der Stunde, wenn es gegen die AfD und flüchtlingsfeindliche Einstellungen geht:

„Und das ist etwas, wo wirklich die Stadtgesellschaft schon toll zusammenarbeitet und da ist es auch egal, ob man aus der CDU kommt, der SPD, der LINKEN, von den Grünen, der FDP oder den mündigen Bürgern, da [...] findet man wirklich einen relativ großen gemeinsamen Nenner und sieht einfach, wir sind [...] Salzgitteraner und [...] hier lassen wir nicht irgendwie einen Keil in uns reinschlagen.“ (A8)

Nur, wenn also alle zusammenarbeiten und alle an der gleichen Art von Politik (als Verwaltungspolitik) partizipierten, könnten die gesellschaftlichen Probleme eingehegt werden.

Doch zur Ambivalenz dieser technokratischen Politik- und Gesellschaftsvorstellung gehört *andererseits* auch, dass die Interviewten zugleich im politischen Handeln der Verwaltung selbst eine gewisse Mitschuld an den gesellschaftlichen Zuständen sehen. Demnach begünstige die Verwaltung und die Konzentration auf Politik als Verwaltungsstil zugleich auch die AfD (die hier als störender *und* integrativer Faktor auftritt), indem dieser Politikmodus eben eine konflikthafte, kritisch-diskursive Öffentlichkeit verhindere oder zumindest erschwere. Hier tritt ein deutlicher Widerspruch hervor: Auf der einen Seite ist die Verwaltung uneingeschränkt Teil der Lösung, weil sie Konsens herstellt; auf der anderen Seite ist die Verwaltung auch Teil des Problems, weil sie (konstruktive) Konflikte verhindert. Dahinter steht offensichtlich die Vorstellung, dass der Technokratismus eben auch die Bindekräfte der Öffentlichkeit erodieren lasse. Dadurch entstehe eine entpolitisierte und dissoziierte (Teil-)Öffentlichkeit, die sich entweder schweigend von der Politik entfremde und folglich auch nicht mehr ansprechbar sei für politische Adressierung oder einem letztlich dann als „unsichtbare Masse“ entgegentrete, als welche auch die AfD-Wählerschaft von den Interviewten wahrgenommen wird. Ganz in diesem Sinne hat der Politikwissenschaftler Detlef Lehnert den Rechtspopulismus als die „Kehrseite des Technokratismus“ beschrieben.<sup>200</sup> Ein Beispiel für die

<sup>200</sup> Vgl. Lehnert, Detlef: Kehrseite des Technokratismus. Vergleichende Notizen zum neueren westlichen

Abkopplung und tendenzielle Entfremdung eines Teils der Stadtgesellschaft liefert A6, der von einer Veranstaltung zum Thema Kinderarmut berichtet, die von den Impulsen der Zivilgesellschaft getragen und gestaltet werden sollte. Doch der Interviewte gesteht ein, dass man die Bürgerschaft (trotz des emotionalisierend-öffentlichkeitswirksamen Themas) letztlich nicht erreicht habe und beklagt selbst das Fehlen eines demokratischen Stadtdiskurses:

„Ich meine, wir werden das Thema natürlich weiterverfolgen, aber [...] dann eben mit unseren Gedanken, die [wir] dazu haben. Günstiger wäre es ja, wenn [...] man so von Betroffenen oder von der Bevölkerung ganz konkrete Anregungen hätte. Aber [...] wenn die nicht kommen, dann müssen wir es halt mit unseren Bordmitteln machen.“ (A6)

Hier zeigt sich die Kehrseite der *disharmonischen Stabilität*: Denn eigentlich will das technokratische Denken ja keine oder zumindest möglichst wenig Debattenkultur, schließlich will man möglichst wenige Auseinandersetzungen über die politische Ausrichtung, wie es A9 selbstkritisch betont:

„Aber insbesondere bei den Kommunalpolitikern ist es wirklich so, man ist so weit davon entfernt, eine ideologische Parteipolitik hier in der Kommune stattfinden zu lassen, dass man wirklich nur auf die Aktivitäten und auf den Fleiß der einzelnen Kommunalpolitikern achten sollte.“ (A9)

Diese inneren Widersprüchlichkeiten lassen sich nicht auflösen. Vielmehr zeigt sich gerade an ihnen die Funktion der technokratischen Politik- und Gesellschaftsvorstellung: Die Stabilität der Verwaltung und die Tilgung des Dissens zugunsten der leistungsfähigen und kompromissbasierten Politik, die vom zupackenden, pragmatischen Salzgitteraner an sich getragen wird, verspricht die latente Instabilität und die Bedrohung der eigenen industriellen Lebenswelt – wenn sie auch nur imaginiert sein mag – einzu-

dämmen. Denn in diesem Sinne gibt der Technokratismus vor, das probate Mittel schlechthin gegen die zwei drängendsten Probleme in der Stadt zu sein: Gegen die AfD *und* gegen jegliche als belastend wahrgenommenen Probleme im Kontext von Migration.

Die Debattenkultur vor Ort ist also durch bestimmte politische Tendenzen präformiert. Dahinter zeigt sich letztlich eine stadtesellschaftliche Diskursdynamik, die eine gewisse Form von Deutungshoheit über bestimmte Themen schafft. Es wurde schon darauf eingegangen, dass eine politisierte, bürgerliche und kritisch-diskursive Öffentlichkeit in Salzgitter weitgehend fehlt oder zumindest nur in Ansätzen vorhanden ist – was von den Interviewten eingestanden wird und je nach Kontext und Perspektive entweder positiv hervorgehoben oder partiell als Mangel beklagt wird. Daraus lässt sich ableiten, dass die tendenzielle Deutungshoheit über bestimmte Themen funktionalistisch eben jene bürgerliche Öffentlichkeit ersetzt. Diese Deutungshoheit steht in einem Zusammenhang mit der historischen Entwicklung Salzgitters und der kulturell vermittelten symbolischen Sozialfigur des „demokratischen Industriebürgers“, wie in Kapitel 2 herausgearbeitet wurde: Denn eigentlich will der Industriebürger als Figur, Symbol und Ausdruck der Errungenschaften des sozialdemokratischen Gestaltungswillens die stete Auseinandersetzung ja suchen, um für sich und den Ort als Kollektiv das Beste herauszuholen. Damit besitzt er zugleich auch die Deutungshoheit darüber, was für den Ort das Beste ist. Wer also nicht zu diesem Leitbild gehört (oder nicht als reinkarnierte deutungskulturell akzeptierte Sozialgruppe gilt), beispielsweise, weil er den Ansprüchen des Ortes, der sich über das Wesen der Arbeit definiert, nicht genügt oder genügen kann, der ist nicht Teil dieser Debattenkultur bzw. der wird auch von der Stadtgesellschaft nicht als Teil derselben mitgedacht. Diese spezifische Sichtweise verschränkt sich in den Gesellschaftsvorstellungen unserer Interviewten mit einem anderen von uns rekonstruierten Deutungsmuster (der meritokratischen Gesellschaftsvorstellung), auf das wir in Kap. 5.3 noch genauer eingehen. Ein Beispiel hierfür ist die Abwertung von Arbeitslosen. So berichtet A10, dass es in Salzgitter zwar Menschen gebe, die

Rechtspopulismus, in: Indes H. 3/2017, S. 121–132.

„sind halt arbeitslos aufgrund dessen, dass sie vielleicht einfach nicht arbeiten können oder krankheitsbedingt nicht arbeiten können. Das ist halt diese eine Sache. Aber ich glaube, es gibt auch viele Menschen, die hier arbeitslos sind und sich einfach auch gar nicht um einen Job kümmern wollen. Und [...] die dann auch entsprechend [...] vielleicht in der einen oder anderen TV-Serie auftreten und dann ganz Deutschland über Salzgitter lacht, weil hier so und so viele Arbeitslose sind. Und dementsprechend halt nichts getan wird dafür und sich dann die Leute wundern, warum Flüchtlinge dann halt deren Arbeit wegnehmen. Wo man sich dann denkt: Ja, hättest du dich dafür eingesetzt, dann hättest du auch die Arbeit halt. Also [...], ja, [...] das ist so, also mein Hintergedanke ist schon, man muss sich halt für irgendwas einsetzen, um die Arbeitslosigkeit schon zu bekämpfen. Und [...] man darf nicht halt einfach dumm auf seinem Sofa rumsitzen.“ (A10)

Die tendenzielle Abwertung von Arbeitslosen<sup>201</sup> verschränkt sich in dieser Passage mit der öffentlichen Scham der Stadtgesellschaft, die letztlich einen Imageverlust erleide.

Gleichzeitig bietet der grundlegende Deutungshoheitsanspruch des demokratischen Industriebürgers – hier nicht primär im Sinne einer Sozialfigur, sondern vor allem als symbolische Leitvorstellung – eine Art Anknüpfungsmöglichkeit für den Eindruck, dass die AfD-„Protestwähler“ das Gefühl hätten, keine Kritik äußern zu dürfen oder nicht gehört zu werden. So gibt A1 selbstkritisch über die Stadtgesellschaft und ihre Debattenkultur zu bedenken, sie öffne sich „quasi nach rechts, also aus Protest vielleicht, aber auch aus dem Gefühl heraus, nicht gehört zu werden [...] und vor allem öffentlich nicht sprechen zu dürfen hier und öffentlich keine Kritik üben zu dürfen.“ (A1) Zur verschärfenden Dynamik dieser Auseinandersetzung fügt A1 an

anderer Stelle über die Nicht-Möglichkeit einer Debatte gegen die öffentliche Meinung an, dass potenzielle Kritiker „das Gefühl hatten, sie würden auch nicht gehört und sobald man sich äußere, würde man als rechtsextrem dargestellt und als fremdenfeindlich“ (A1). Zwar klingt in dieser letzten Passage auch eine eigenwillige Interpretation der Debattenkultur in Richtung „Political Correctness“ an, die auf eine Kritik an Tabuisierungen hinausläuft. Doch auch wenn es solche Diskursdynamiken vor Ort wirklich geben sollte, kann es gleichzeitig möglicherweise auch sein, dass zumindest Teile dieser Tabus gar nicht bestehen. Denn letztlich unterscheiden sich die Deutungseliten in ihrer Problemwahrnehmung von gefühlter Kriminalität, Überfremdung, fehlender Anpassung vor allem jugendlicher Migranten bis hin zu Tendenzen einer „Islamisierung“ viel zu wenig voneinander bzw. haben diese Narrative bereits viel zu sehr in ihre Interpretationen der Lage in Salzgitter aufgenommen, als dass man sagen könnte, diese Themen- und Angstbereiche würden aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt oder in irgendeiner Form tabuisiert werden.

## 5.2 Sozialdemokratischer Gestaltungswille

Das zweite zentrale Deutungsmuster ist die Vorstellung eines sozialdemokratischen Gestaltungswillens. Wer einmal durch die Fußgängerzone von Lebenstedt flaniert und dabei den bereits erwähnten „Turm der Arbeit“ erblickt, erahnt bereits die kulturelle Kraft, die von diesem Arbeitermythos ausgeht. Denn das Stadtmonument ist nicht zufällig das Wahrzeichen von Salzgitter. Der „Turm der Arbeit“ erinnert in seiner Darstellung der Stadtgeschichte und der Inszenierung sowie sprichwörtlichen Inthronisierung des Arbeiters mit einem Gießer auf der Spitze fast schon an den Sozialistischen Realismus aus der Sowjetunion. Insofern überrascht die Identifizierung eines sozialdemokratischen Gestaltungswillens als auffälliges Deutungsmuster nicht besonders. Schließlich versteht sich Salzgitter als Arbeiterstadt, die selbst keinen Hehl daraus macht, dass Politik, Leben und

<sup>201</sup> Diese Abwertungstendenz verschärft sich zugleich mit dem Migrationskontext, wie in Kapitel 5.4 noch gezeigt wird.

Gesellschaft geprägt sind durch das Wesen der Arbeit. Allein schon aus der historisch-kulturellen Entwicklung der Stadtgesellschaft leitet sich unmittelbar ein „politischer Gestaltungswille“<sup>202</sup> ab, der für das kollektive Selbstverständnis und als Selbstverständlichkeit für politisches Handeln gilt. Dies zeigt sich etwa an der enormen Bedeutung der Gewerkschaften im Alltag. In jedem Interview wird deren zentrale öffentliche Stellung betont. Im klassischen Verbund mit der Sozialdemokratie haben die Gewerkschaften die Milieu- und Parteistrukturen vor Ort dominiert und dadurch eben auch gesellschaftlich integrierend gewirkt, wie es etwa A1 beschreibt:

„Dazu dann auch die IG Metall und diese ganzen Gruppen, die da immer aktiv sind. Auf der anderen Seite ist ansonsten die Politik hier relativ gespalten und zerstritten auch unter den Parteien, die im Stadtrat vertreten sind. Ja, traditionell eigentlich eine SPD-Stadt, das bröckelt wie andernorts auch. Hier ist man allerdings noch etwas stärker vielleicht als in anderen Städten.“ (A1)

Aus diesem Arbeitermythos leitet sich zusammen mit der ehemals organisatorischen Stärke sozialdemokratischer Strukturen im Alltag eine Art antifaschistische Tradition<sup>203</sup> ab, die teilweise auch als Moment der Selbstvergewisserung fungiert, wie A1 weiter betont:

„Also dieser antifaschistische Aspekt, der ist natürlich in Salzgitter relativ stark, aufgrund der Geschichte der Stadt auch, ge-

wesen, mit der Gründung und dann auch mit dem anschließenden Status als Arbeiterstadt, eher links gerichtet, eher rot in Anführungszeichen.“ (A1)

Hieran zeigt sich die Funktionalität und Wirkmächtigkeit des bereits beschriebenen Deutungshoheitsanspruchs. Denn der sozialdemokratische Gestaltungswille basiert letztlich auf der „ungeschriebenen Verfassung“ (Karl Rohe) der Stadtkultur, dass (erst) die (eigene) Arbeit auch zu Ansprüchen an die Gemeinschaft befähigt.<sup>204</sup> Dieser Gestaltungswille, wie ihn das Bundeslied des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* noch glorifiziert mit der Sentenz „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, verkehrt sich hier in sein Gegenteil. Aus diesem Grund entwickelt dieser Deutungshoheitsanspruch eine solche lokalkulturelle Kraft und bleibt trotz seiner immanenten Konsequenz (wie beispielsweise der angesprochenen Ausgrenzung von Marginalisierten und Subalternen) so dominant und wirkmächtig. Die hegemoniale Kraft wird von unseren Interviewten teilweise unumwunden herausgestellt, weil sie gleichzeitig enorm viel von der individuellen Last (beispielsweise der Verpflichtung zur Reflexion, zum Aktivismus, zur Mobilisierung etc.) abnimmt, wie man an einer längeren Sequenz sieht:

„Weil diese Stadt ist, glaube ich, wirklich tolerant. Also, die hat ihre Schwächen, die hat ihre Nörgler, die hat ihre Blödköpfe wie überall, aber sie ist wirklich, glaube ich, eine weltoffene Stadt aus ihrer Geschichte heraus. Die hat halt nicht diese alte Tradition, die alte Geschichte von vielen anderen

<sup>202</sup> Dewitz/Nolte: „Wenn die weltoffene Stimmung zu kippen droht.“ Die AfD in Salzgitter, S. 55.

<sup>203</sup> Dass sich Gewerkschaften wie der DGB oder die IG Metall auch außerbetrieblich politisch engagieren und gegen die AfD Stellung beziehen, ist freilich kein Spezifikum der Gewerkschaften in Salzgitter. Siehe dazu etwa die Broschüre des DGB in Nordrhein-Westfalen gegen die AfD: DGB-Bezirk NRW: Kommunal total banal? AfD und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen vor den Kommunalwahlen 2020, Düsseldorf 2020, URL: <https://nrw.dgb.de/archiv/++co++40479548-b625-11ea-b194-52540088cada> [eingesehen am 16.11.2020].

<sup>204</sup> Diese Leitvorstellungen könnten sich unter Umständen auch aus einer Art protestantischer Arbeitsethik ableiten, was für protestantische Kerngebiete wie das östliche Niedersachsen auch nicht untypisch wäre. Allerdings lässt das erhobene Material aufgrund des Forschungsdesigns hierzu keine genaueren Angaben zu, da der Interviewleitfaden anders ausgerichtet war. Da diese These aber, wie im weiteren Verlauf der Argumentation noch gezeigt wird, naheliegt zur Charakterisierung der politischen Vorstellungswelt altprotestantischer Stammgebiete, wird diese in nachfolgenden FoDEX-Analysen weiterverfolgt werden.

Städten. Sie ist eine junge Stadt. Aber sie ist geprägt von ihrer Vergangenheit. Und sie hat, und das muss ich sagen – auch wenn's hier intern da immer wieder Probleme gibt –, sie hat eine starke Gewerkschaft, die sich gar nicht um diese Aufgabe kümmern müsste, die hier aber zwei wichtige Aufgaben für sich sieht. Nämlich a) gegen Fremdenfeindlichkeit auf die Straße zu gehen und b) gegen verfehlte Atompolitik, nämlich Schacht Konrad, das ist wieder ein anderes Thema. So [...] und das ist ein wirkliches Rückgrat für diese Stadt. Die können mobilisieren und das ist irre und sie tun es für eine gute Sache. Da gibt es [...] intern Probleme, die alles andere als tolerant sind [...] und wollen auch die Leute loswerden, die ihnen unbequem sind, aber für mich zählt in erster Linie das, was sie nach außen tun. Und wenn Salzgitter keine starke Gewerkschaft hätte, die so wirklich ganz schnell mobilisieren kann, und das können die ja, da sind die trainiert. Und wirklich dieser Stadt ein Gesicht des Widerstands geben können, was Extremismus, was Fremdenfeindlichkeit angeht, dann muss ich sagen, kann ich nur applaudieren, find ich toll.“ (A3)

Doch der Salzgitteraner Arbeitermythos hat eine Tücke: Schließlich müssten – folgt man dieser Deutungslogik – das antifaschistische Selbstverständnis und die kollektivierende Kraft vor Ort resistent gegen jegliche Formen von Rechtsradikalismus machen. Doch hier zeigt sich die Erosion dieser aus der Geschichte abgeleiteten vermeintlichen Selbstverständlichkeit, die letztlich zu einem rein rhetorischen Bekenntniszwang verkommen ist. Was ursprünglich identitätsstiftend, stabilisierend und integrierend wirkte, wird zu einer bloßen Schablone, zu einer Monstranz, die vor sich hergetragen wird: ein entkerntes und entleertes Selbstverständnis. Denn die einzige Begründung, die unsere Interviewpartner auch auf Nachfrage hin für diese vermeintliche Selbstverpflichtung geben können, ist ein diffuser Verweis auf die „besondere [...] Situation dieser Stadt“ (A3) und die daraus abgeleitete antifaschistische Tradition, denn dies

„[...] hat eine starke Tradition hier, also, aber das lässt nach, glaube ich, bin ich ziemlich sicher. Das ist organisiert, stark organisiert hier, eben über die Gewerkschaft und die haben selber zu kämpfen, die Leute bei der Stange zu halten, glaube ich. [...] Also das ist, diese antifaschistische Tradition, die es hier gibt [...]“ (A1).

Die inhaltliche Entleerung wird von A3 am Ende einer längeren Passage sogar selbst eingeräumt, als dieser versucht, aus der Geschichte der Stadt die antifaschistische Tradition abzuleiten, dann aber daran scheitert, deren Bedeutung im Kampf gegen die AfD herauszustellen:

„[...] [Aus der] Vergangenheit als Nazi-Stadt, sag ich mal – [die] dazu geführt hat, dass das immer wieder so eine Mahnung im Hintergrund war für eine Stadt, die hohtolerant sein will [...] und die auf sich sehr viel hält, weil sie eben so weltoffen und tolerant ist. Und um das zu zeigen, wird diesen rechtsextremistischen oder rechten Gruppierungen immer wieder mit Gegendemonstrationen ein Gegenzeichen gesetzt. Das ist schon nahezu traditionell. Leider ändert das nix. Weder am Umgangston noch [...] am Umgang miteinander. Es ist im Grunde genommen, wenn man so will, eine Stereotype. Es ist ein Ritual. Die einen schreien, die andern schreien dagegen. Jetzt aber wirklich schlussendlich, ist der Umstand, dass die Angst vor einer Wiederholung der AfD [...] massiv in [...] der Ratspolitik Einfluss haben könnte. Mit anderen Worten, alle haben Angst davor, dass die AfD hier bei den Kommunalwahlen erstmals in den Rat einziehen könnte.“ (A3)

### 5.3 Meritokratische Gesellschaftsvorstellung

Das dritte Deutungsmuster ist die Vorstellung, dass Bildung, Arbeit und Leistung die eigene soziale und gesellschaftliche Stellung bestimmen, weshalb wir es als meritokratische Gesell-

schaftsvorstellung beschreiben. Mit „Meritokratie“ bezeichnete der britische Soziologe Michael Young bereits in den 1950er Jahren eine Gesellschaft, in der sich jeder Einzelne seine gesellschaftliche Position über Leistung, Arbeit und eine gewisse Form von Intelligenz erarbeiten könne.<sup>205</sup> Er spielte damit satirisch auf die elitären Tendenzen in kapitalistischen Gesellschaften an. Aber die Grundidee dahinter, dass sich jeder Einzelne durch Anstrengung, Arbeit und organisatorische Zusammenschlüsse aus seinem Elend befreien und gewissermaßen hocharbeiten könnte, war und ist gerade für sozialdemokratische Milieus prägend, wie es Walter immer wieder herausgestellt hat. Schließlich sei für Sozialdemokraten und ihre Milieus ein meritokratisches Ethos bestimmend, das als praktischer Zusammenhang von Leistung und sozialer Entlohnung kollektivierend wie gesellschaftlich integrierend wirke, da sich der Leistungsgedanke mit den sozialdemokratischen Fortschrittsvorstellungen und Hoffnungen verbinde.<sup>206</sup> In einer Meritokratie, so schon Young, werden gesellschaftliche und hierarchische Schranken und Schichten also nicht als naturgegeben angesehen, der Aufstieg aus der Unterschicht ist somit möglich. Aber gleichzeitig wird in einer meritokratischen Gesellschaftsvorstellung der Leistungsgedanke verabsolutiert: Es kann zwar jeder aufsteigen, aber nur, wenn er sich anstrengt, Leistung erbringt und sich (weiter)bildet. Dies führt im Umkehrschluss zu einem Zwang der steten Selbstoptimierung: Wer scheitert, scheitert aus individuellen Gründen, weil er sich nicht genug angestrengt, nicht genug Leistung erbracht und sich nicht noch nach Feierabend genug (weiter)gebildet hat. Gerade deshalb erschwert der meritokratische Leistungsgedanke zugleich immer auch Bemühungen von politischer Kollektivierung

und Organisation.<sup>207</sup> Bei aller Kritik an der Leistungsgesellschaft bleibt die Meritokratie primär vor allem eine Idee. Allein die enorme und weiterhin zunehmende soziale Ungleichheit in Deutschland konterkariert schon ihr Versprechen. Aber entscheidend ist, dass diese Vorstellung, wie sie von den Sozialdemokraten unter den Hartz-IV-Reformen mit dem Slogan „Fördern und Fordern“ plakativ veredelt wurde, auch in unserem Material deutlich hervortritt.

Bildung und Leistung werden von unseren Interviewpartnern als Selbstverständlichkeiten der individuellen Vorarbeit für den eigenen Erfolg angesehen. Die Arbeit an sich ist, wie bereits beschrieben, dieser gedanklichen Vorstellung eigentlich sogar noch vorgelagert, weil der Faktor Arbeit überhaupt das ganze soziale Leben bestimmt. Die Trias aus Bildung, Leistung und Arbeit ist die Grundbedingung und -anforderung, um am öffentlichen Diskurs teilnehmen und in die regionalkulturelle Deutungshoheit des demokratischen Industriebürgers integriert zu werden: Nur wer Arbeit hat, wer eine gewisse Bildung und eine bestimmte Leistung vorweisen kann, der ist Teil dieser integrierten (und damit deutungsstarken) Stadtgesellschaft. Doch in manchen Fällen reicht selbst dies nicht automatisch aus, denn durch soziokulturelle Mechanismen können selbst bei Erfüllung dieser Kriterien bestimmte Gruppen dennoch ausgegrenzt werden, wie man etwa an der Gruppe der Russlanddeutschen sieht, die in der Zuschreibung allein in Leobenstedt bzw. Fredenberg wohnen.

Die meritokratische Gesellschaftsvorstellung zeigt sich in verschiedenen Konturen. Eine Ausprägung ist die Erwartung, dass jeder Einzelne auch seinen Teil zum Ganzen beitragen müsse. Doch aus dieser Erwartung wird im Umkehrschluss eine direkte Kritik am fatalistischen Indi-

**205** Vgl. Young, Michael: *The Rise of the Meritocracy*, London/New York 1994 [1958].

**206** Vgl. Walter: *Die SPD*, S. 323 f. Auch Lutz Raphael (Jenseits von Kohle und Stahl, S. 97) betont die Bedeutung von „meritokratische[n] Deutungsmustern“, was die hiesige These bestätigt.

**207** So soll Young selbst der Labour Party nahegestanden haben und mit seinem satirischen Zukunftsroman diese individuelle Leistungsverabsolutierung seiner Parteifreunde kritisiert haben, vgl. Kieserling, André: *Leistungsgesellschaft: Ist das Gemeinwohl am Ende?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.11.2020, URL: <https://www.faz.net/aktuell/wissen/geist-soziales/soziologie-der-leistungsgesellschaften-ist-das-gemeinwohl-am-ende-17027747.html?fbclid=IwAR229t-fwWCHOWsOQnc2JlgjDAHVLK4B-n4vGhFpF65tfOh-GXgw79g5iqkf0> [eingesehen am 03.11.2020].

vidualismus abgeleitet, die dann auch noch als Kritik am vermeintlich mangelnden oder erodierenden gesellschaftlichen Zusammenhalt in Stellung gebracht wird, wie es A4 offen tut:

„[...] Ich mache mir ein bisschen Sorgen um die zukünftige bundesrepublikanische Gesellschaft, wenn Ihre Generation [...] nicht bereit ist, sich [...] intensiver zu engagieren, auch in politischen Parteien. Ich gehöre den Achtundsechzigern an. Man kann uns vieles vorwerfen, aber [...] nur wenige sind in der RAF gelandet, die anderen sind in den Parteien gelandet. [...] Und wir haben [...] eine ganze Menge vorzuweisen. Von der Emanzipation der Frau, von dem [...] aus der Ecke holen der Homosexuellen und so weiter und so weiter fort. Das heißt, das Engagement hat sich doch auch eben positiv ausgezahlt. Aber da muss man etwas haben, was heutige Generationen nicht haben: Geduld, Ausdauer. Und ich muss bereit sein, zu bestimmten Zeiten feste Pflichten [...] [wahrzunehmen]. Und dazu ist diese Gesellschaft in der Vergangenheit zunehmend nicht bereit gewesen. Meckern ja, aber nicht Verantwortung übernehmen.“ (A4)

A4 skizziert hier eine Art Maximalkontrast, indem die (eigene) „68er“-Geschichte als Kollektiv-Geschichte inszeniert und damit gegen den Individualismus aufgebaut wird, der wiederum vor allem als eine Art nihilistischer Konsumismus kritisiert wird:

„Die liberale, bürgerliche Gesellschaft [...] müsste endlich mal aufstehen und sich ein bisschen mehr bemerkbar machen. Und nicht in der Vergangenheit, im Konsum versinken. Die Oberflächlichkeiten des Lebens, für 19,80 nach Mailand fliegen [...] Also, es müsste mehr gesellschaftliches Bewusstsein entstehen. In der Hoffnung, dass die Corona-Krise den einen oder anderen vielleicht mal zum Nachdenken bringt.“ (A4)

Die Wirksamkeit der meritokratischen Gesellschaftsvorstellung kommt in dieser Sequenz

besonders dadurch zur Geltung, dass sie letztlich einen Ausweg aus der Krise verspricht, weil sie eine klare Ursache und eine klare Lösung zur Bewältigung bietet. Um die Tendenzen moderner Gesellschaften, ihre politische wie soziale Ausdifferenzierung und den zunehmenden „Tribalismus“ in verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen aufzuhalten, helfe nur eine Rückbesinnung auf die alten, vermeintlich erfolgversprechenden Werte der Leistungsbereitschaft. Dabei spielt es letztlich keine Rolle, ob derlei gesellschaftliche Tendenzen wirklich zugenommen haben; vielmehr mehren sich die Stimmen in der Forschung, die Bedenken und Kritik an alarmistischen Ausrufen von gesellschaftlicher Spaltung und politischer Polarisierung äußern.<sup>208</sup> Entscheidend für unseren Zusammenhang ist, dass die Interviewten enorme Angst vor einer „gespaltenen Gesellschaft“ artikulieren und entsprechend dagegen etwas unternommen wissen wollen. Aus diesem Grund ist es so bezeichnend, dass dann ausgerechnet meritokratische Prinzipien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität in Dienst genommen werden.

Eine andere Ausprägungsform der meritokratischen Gesellschaftsvorstellung zeigt sich beim Abwehrreflex gegen jegliche Formen von Empathie in Bezug auf die AfD-Wahl. Dieses Muster war zwar nur selten dominant im Material, was allerdings auch am Zuschnitt des Interviewleitfadens gelegen haben kann. Aber gerade an den Stellen, wo die AfD und vor allem die AfD-Wähler thematisiert wurden, zeigte es sich sehr deutlich: Eine wirkmächtige Rationalisierung, um die AfD-Wahlerfolge abzuwehren, ist die inhaltliche Diskreditierung der AfD-Wähler als bildungsferne, marginalisierte Außenseiter. Hier offenbart sich die Dynamik der meritokratischen Leis-

<sup>208</sup> Der Soziologe Rudolf Stichweh widerspricht diesem Alarmismus entschieden und führt aus, dass die derzeit beklagten Tendenzen einer „gespaltenen Gesellschaft“ keineswegs neue Phänomene seien und letztlich als fast schon normale Tendenzen zu Gesellschaften immer schon dazugehört haben, vgl. Stichweh, Rudolf: *Divided Society. Persistent Inequality, Asymmetrical Dependency and Sociocultural Polarization as Divisive Forces in Contemporary Society*, Bonn 2020.

tungs- und Gesellschaftsvorstellung, denn im Umkehrschluss fungiert die Bildungs- und Leistungsferne als Automatismus für die AfD-Erklärungen, wie bereits in Kapitel 4 ausführlich beschrieben wurde. Zur Rekapitulation sei hier aber nochmals auf einen solchen Mechanismus verwiesen, indem A4 (an dem sich die genannte Dynamik zwar besonders veranschaulichen lässt, was aber nicht heißt, dass diese Tendenzen nicht auch für andere gelten) die zwar eingestandenen Ängste relativiert, weil diese durch eine gewisse Bildung und durch Intellekt im Sinne einer Leistungsdimension reflektiert und überwunden werden könnten:

„Und das [Probleme mit der Migration] erzeugt natürlich, sagen wir mal, ein Gefühl der Überfremdung. Und [...] ich sag das auch ganz ehrlich, das geht mir selber manchmal so. Ich habe aber die Intelligenz, das mit dem Intellekt zu überwinden [...]“ (A4).

Aber jemand, so fügt A4 im Anschluss an, der „Existenzangst hat oder [...] der jetzt von Sozialhilfe [...] lebt und dort natürlich ein geringes Einkommen hat“ (A4), der könne diese Gefühle oder Ängste eben nicht reflektieren. Was hier auf den ersten Blick als reflexive Form der Einfühlsamkeit in Motivlagen politisch-anders-denkender Menschen erscheint, ist letztlich vor allem eine Form von Paternalismus denjenigen gegenüber, die entsprechende Leistungskriterien bzw. Bildungsansprüche nicht erfüllen wollen oder können.

Der Konnex von (Eigen-)Leistung, gesellschaftlicher Akzeptanz und selbst zugeschriebener Rationalität offenbart darüber hinaus Einblicke in ein noch tieferliegendes kulturelles Muster. Denn vor diesem gedanklichen Hintergrund treten neue Formen von Stereotypie zutage, vergewärtigt man sich nur einmal die affektive Ladung, die beim Migrationsthema auftritt, sobald beispielsweise bestimmte Probleme im Zusammenhang von Migration und Schule angesprochen werden. Wie bereits erwähnt, ist das Thema Schule für Salzgitteraner offenbar ein sehr belastendes: Die Schulklassen seien zu groß, die Lehrer überlastet, die Schulen selbst oftmals in einem schlechten Zustand und chronisch unterfinan-

ziert usw. Hinzu kämen in vielen Schulen (aber meist nur in bestimmten Stadtteilen) Probleme mit Schülern mit Migrationshintergrund. Am Beispiel Schule wird deutlich, dass die Konnotation von Migration und Bildungsferne zu einem Abwehrreflex führt, da die vermeintlich bildungsfernen Migranten die deutschen (konnotiert: bildungsnahen) Jugendlichen mit herunterzögen und (negativ) beeinflussten. Die vermeintlich ungebildeten Migranten werden zudem oftmals assoziiert, wenn es um die Kriminalität in der Stadt geht, beim Thema Ehrenmorde oder wenn gewisse Ängste und Gefühle von AfD-Wählern, wie in der eben erläuterten Passage, zumindest partiell als legitim und berechtigt zugestanden werden.

Stereotypie zeigt sich auch in einer längeren Passage, in der ein Interviewter über das soziale Leben in Salzgitter und die Herausforderungen von sozialer Ungleichheit und Integration berichtet:

„Das [der immense Flüchtlingszuzug] ist bei [...] 105.000 Einwohnern [...] schon eine Menge Holz, wenn man bedenkt, dass ganz viele andere Bewohner auch Migrationshintergrund haben. Das heißt, die Sozialstruktur der Stadt ist von einer gewissen Armut der Kommune und [...] einem Großteil der Menschen gekennzeichnet, während im Gegensatz die Industriearbeiter von VW, von der Hütte und so weiter natürlich ein überdurchschnittliches Einkommen haben. Aber es gibt ganz viele, die haben ein unterdurchschnittliches Einkommen. Und die Armutsgefährdung von Kindern, da habe ich gerade die aktuellen Zahlen gelesen: Wir liegen über dem Bundesdurchschnitt und dem Landesdurchschnitt und der liegt irgendwo so bei 20, glaube ich, Prozent – round about. Und unser größter Ortsteil Salzgitter-Lebenstedt [...] [da] sind, ich glaube, 37 Prozent der Kinder armutsgefährdet. [...] Also jedes dritte Kind ist armutsgefährdet, ja? [...] Und zu dem Problem kommt jetzt natürlich auch, dass wir ja eine Zuwanderung aus Osteuropa, Rumänen, Bulgaren haben.“ (A4)

Der Interviewte changiert in dieser Sequenz zwischen sozio-ökonomischen und migrations-spezifischen Problemlagen der Stadt; beide Aspekte scheinen gedanklich verknüpft zu sein. Obwohl sich A4 der verschärfenden Dynamik sozialer Ungleichheit bei Menschen mit Migrationshintergrund bewusst ist, problematisiert er diese Tendenz im weiteren Verlauf nicht weiter, sondern stellt sie fast schon als eine Art selbstverständliche Normalität dar, sodass soziale Ungleichheit an dieser Stelle ethnisiert wird.

Gleichwohl heißt dies im Umkehrschluss freilich nicht, dass Migration insgesamt abgelehnt würde. Es wird von fast allen Interviewten immer wieder betont, dass die gebildeten (assimilierten) Migranten, die arbeiteten, die Stadt im Sinne einer kosmopolitisch überformten kulturellen Vielfalt ungemein bereichern. Aber auch dies zeigt wiederum eine Art Integrationsdispositiv, denn letztlich müssten diese Menschen mit Migrationshintergrund eben doch zuerst gewisse Leistungskriterien erfüllen und sich dadurch assimilieren. In diesem Zwiespalt bricht das kulturelle Stereotyp von Migranten, die sich eben nicht ausreichend um eigenständige Assimilation in die Mehrheitsgesellschaft bemühen, immer wieder durch. Und hier liegt das Urgefühl des kulturellen Unbehagens begraben, wie es Sigmund Freud in *Unbehagen in der Kultur* eindrücklich beschrieb,<sup>209</sup> in dem die Vorstellung (letztlich: das Ressentiment) genährt wird,<sup>210</sup> dass der Migrant die tradierte Kultur störe, wenn nicht gar bedrohe.

## 5.4 Kosmopolitische Bildungsemphase

Das vierte Deutungsmuster knüpft an die Vorstellung von einer tendenziellen Bedrohung der Kultur an, indem es eine Bewältigungsmöglichkeit dieses Urkonflikts verspricht. Die Thematisierung von Migration und der Salzgitteraner Migrationsgeschichte ist eigentlich bei allen Interviewten zu Beginn ihrer Erzählungen gleich. Beide Themen sind in der und für die Stadt eine Art *Multi-Kulti-Erfolgsstory*. Doch diese Narration kann von keinem lange aufrechterhalten werden und bricht regelmäßig in sich zusammen, sobald sich die Thematik in Richtung von Assimilation vs. Integration, Migrationsproblemen oder zu (erzwungenen) stadtkulturellen Veränderungen entwickelt. Aber dennoch wird stets von Neuem versucht, das Narrativ wieder aufzubauen, was auf tiefe kulturelle Beharrungskräfte schließen lässt.

Das Lob der „kulturellen Vielfalt“, das von fast allen Interviewten immer wieder ausgesprochen wird, erscheint auf den ersten Blick identitätsstiftend. Doch eine handlungsleitende Haltung scheint es trotzdem kaum zu sein, weil die Interviewten hiervon doch relativ schnell abrücken, sobald entweder Probleme mit Migration thematisiert werden oder aus dieser multikulturalistischen Position heraus Konsequenzen gezogen werden müssten. Diese Formen von Multikulturalismus und Kosmopolitismus können daher als ideologisches Bewusstsein benannt werden. Sie gehören zum gesellschaftlichen Klima dazu und sind ein kulturelles Produkt, das gewissermaßen erlernt wird. Ausprägungen dieser Art sind natürlich keineswegs Salzgitter-spezifisch. Der Sozialwissenschaftler Ruud Koopmanns beschäftigt sich schon seit Jahren mit Bedingungen, Möglichkeiten und Herausforderungen von Migration und Integration. Seine Forschungen bestätigen die hier aufgestellte These: Gelingende Integration sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die weit mehr auch von der Mehrheitsgesellschaft verlange, als nur Erwartungen an Menschen mit Migrationshintergrund zu

<sup>209</sup> Vgl. Freud, Sigmund: Das Unbehagen in der Kultur (1930), in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, Hg. v. Anna Freud, Frankfurt a. M. 1963, S. 421–506.

<sup>210</sup> Zum Zusammenhang, aber auch den analytischen Differenzen von Kultur und kulturellem Unbehagen, Stereotypie, Vorurteilen und Ressentiments vgl. Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 276 f.; Leggewie, Claus: Populisten verstehen: Ein Versuch zur Politik der Gefühle, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden 2015, S. 139–154.

stellen.<sup>211</sup> Gleichzeitig führe umgekehrt allein die multikulturalistische Betonung von ethnischen Unterschieden nicht automatisch zu mehr Integration, sondern könne (trotz eventuell besser Absichten) ebenso dazu beitragen, ethnische Grenzen zu verschärfen;<sup>212</sup> und auch FoDEx hat bereits an anderer Stelle diese kosmopolitische Bildungsemphase als Deutungsmuster einer niedersächsischen Mentalität identifiziert.<sup>213</sup> Mit Bildungsemphase ist ein eindringliches Beharren, das quasi-religiöse Züge annimmt, auf der Vorstellung gemeint, dass durch Bildung und damit verbundene Leistungsvorstellung sowohl kulturelle Identität für die entsprechenden Leistungserbringer als auch soziale Integration für die gesamte Gemeinschaft geschaffen werde.<sup>214</sup> Die Bildungsemphase verbindet sich mit einer spezifisch kosmopolitischen Ausrichtung, indem der Wert des Multikulturalismus als Ordnungsideal hypostasiert und mit der Vorstellung der Bildungsemphase gleichgesetzt wird. Daher hängt dieses Deutungsmuster so eng mit der meritokratischen Gesellschaftsvorstellung zusammen.

Insofern mag die These an sich nicht unbedingt neu sein, aber es ist dennoch bemerkenswert, wie diese Vorstellung als Modus der Konfliktbewältigung in Salzgitter funktioniert. Denn Migration gehört zur Kulturgeschichte der Stadt ebenso dazu wie Industriearbeit.<sup>215</sup> Der Interviewte A1 beispielsweise kritisiert anfangs noch

ausdrücklich die städtische Wohnungspolitik, weil diese mitverantwortlich für gesellschaftliche Konflikte, besonders in Lebenstedt, sei, denn:

„[d]ass Stadtteile, die einen hohen Leerstand an Wohnungen haben, das ist ja nun grade in Lebenstedt besonders, dass da halt in diesen Bereichen irrsinnig viele Leute auch hinziehen, billige Wohnungen, leere Wohnungen, die [...] dann vielleicht einen Migrationshintergrund haben und in diesen Quartieren einfach das so geballt dann auftritt, dass sich die dort vorher lebenden Menschen so ein bisschen ausgegrenzt fühlen.“ (A1)

Aber gleichzeitig schwingt in seiner Erzählung auch eine gewisse Berechtigung der Kritik an Migration mit, wenn er zumindest partiell Ängste vor Ghettobildungen und Parallelgesellschaften zugesteht:

„Also, es gibt ja so diese Tendenz oder diese Sorge der Ghettoisierung, der Ghettoisierung überhaupt, dass so Quartiere mit einer so großen Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund, also Flüchtlinge ja ganz häufig einfach auch, besiedelt sind, dass [...] [da] eine Integration gar nicht möglich ist, weil die ja quasi unter sich mehr oder weniger sind.“ (A1)

Im Anschluss changiert er zwischen einer Relativierung dieser Sorgen als irrational und einer Legitimierung der offenen Kritik an diesen Zuständen. Diese Unentschiedenheit verdeutlicht, dass es einen noch nicht bewältigten Konflikt gibt, man gleichzeitig aber trotzdem bemüht ist, Kritik nicht offen zu artikulieren und stattdessen doch lieber die multikulturelle Vielfalt betont:

„Ein [...] Polizist, der ganz ähnliches erzählt hat, der sagt, wenn hier meine Dienstzeit vorbei ist, mein Vater ist schon weg, ich geh dann auch. Ja, also insofern scheint was dran zu sein. Wobei, wenn man konkret nachfragt, was sich eigentlich verändert hat, so richtig gut benennen können es die Leute nämlich auch nicht. Wie gesagt, die Stadt war ja schon immer eher multikultu-

**211** Vgl. Koopmans, Ruud: *Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration*, Berlin 2017.

**212** Koopmans, Ruud et al.: *Ethnische Diversität, soziales Vertrauen und Zivilengagement*. WZB Discussion Paper SP IV 2011–703, Berlin 2011.

**213** Vgl. Schenke/Trittel/Neumann: *Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen*, S. 88.

**214** Siehe zur analytischen Qualität der „Bildungsemphase“ Groppe, Carola: *Identität durch Bildung. Das deutsch-jüdische Bürgertum in seinen Selbstbeschreibungen am Beispiel des George-Kreises vor und nach 1933*, in: *Jahrbuch für Historische Bildungsforschung* Bd. 5, Bad Heilbrunn 1999, S. 167–196, hier S. 169.

**215** Vgl. Dewitz/Nolte: „Wenn die weltoffene Stimmung zu kippen droht.“ *Die AfD in Salzgitter*, S. 55.

rell geprägt, mit einem wahnsinnig hohen Anteil von Menschen mit dem Hintergrund aus der Türkei, das ist ja immer noch so.“ (A1)

Auch bei anderen Interviewten zeigt sich dieses Muster, in dem sie zu Beginn die Multikulturalität als Wert an sich betonen, sich im Gesprächsverlauf aber zunehmend herausstellt, dass diese Proklamation letztlich äußerst fragil ist. A7 beispielsweise versucht den Konflikt selbst zu benennen, wie eine längere Passage zeigt, bei der allein schon aufgrund der vielen Pausen, der Versprecher und des ständigen Zögerns und Repetierens auffällt, wie schwer sich der Interviewte mit der Verbalisierung tut:

„[...] und die, die Bevölkerung sieht das dann auch zum großen Teil eben nicht gerade positiv, dass [...], ja, dass hier ganze Stadtviertel eben von [...] von Ausländern [...] dann doch letztendlich die Mehrheit stellen. Dass wir Gegenden haben [...] oder Schulen haben, wo ein Ausländeranteil oder Migrationsmenschen, Menschen mit Migrationshintergrund, von 90, [...] 95 Prozent herrscht, [...] das beeinflusst hier das Leben schon und die Sichtweise der Menschen und [...] besorgt auch viele, dass [...] erstklassige Straßenlagen, [...] dann [...] mit eben, sagen wir so nicht-heimischen Geschäften aufgemacht werden oder übernommen wurden. Das beunruhigt die Menschen noch mehr, [...] dass es in gewisser Weise auch ganze Viertel hier in Salzburg gibt [...], wo sich die Polizei wohl auch eher nicht mehr so [...] jedenfalls nicht mehr abends so richtig hin traut. Das wird zwar vehement bestritten, aber es ist eben so, dass es hier eben [...] das macht die Menschen unruhig [...] und da ist es dann auch schwierig [...] noch Erfolge zu [...] vieles, was die [...] Stadtverwaltung erreicht, mit Integration, mit [...] Eingliederung, also, da ist sie eben durchaus aktiv die Stadt, aber das wird eben [...] durch... immer noch durch Zuzüge, die wir hier nach Salzburg haben [...], dann auch zum großen Teil wieder [...] zunichte gemacht.“ (A7)

Am deutlichsten zeigt sich die kosmopolitische Bildungsemphase aber letztlich in den Momenten, in dem die Bewältigung (die ein Deutungsmuster eigentlich verspricht) schon nicht mehr gelingt, d. h. an diesen Momenten zeigt sich, dass das entsprechende Deutungsmuster der kosmopolitischen Bildungsemphase selbst nicht mehr richtig funktioniert. Denn obwohl die damit verknüpfte Vorstellung in sich zusammenbricht, wenn beispielsweise A2 eingestehen muss, dass die Stadtkultur unter der Migration und den damit verbundenen Problemen dermaßen leide, dass die Klage von einer „Islamisierung des Abendlandes“ letztlich doch zumindest äußerlich berechtigt sei, muss er dennoch krampfhaft am Lob des Multikulturalismus festhalten. Der entscheidende Umschlagspunkt in dieser Erzählung ist die Thematisierung der Ehrenmorde, wie bereits im letzten Kapitel herausgestellt wurde. Das Thema wirkt offenbar als Dammbreach, denn als es um Ehrenmorde geht, werden die Differenzierungen und Relativierungen, die ansonsten immer wieder betont werden, weil das Thema Migration komplex und sensibel sei, über Bord geworfen. Dann geht es nicht mehr darum, dass beispielsweise nur ein relativ geringer Teil der Migranten kriminell sei oder dass es strukturelle und gesellschaftliche Gründe für deviantes Verhalten gebe, sondern in diesem Kontext wird dem Drang der Pauschalisierung nach und der Klage der „Islamisierung“ recht gegeben. So beginnt A2 zunächst mit der deskriptiven Erzählung:

„Es gab hier einen Ehrenmord beispielsweise, vor kurzem erst, [...] es gab hier in Salzburg [...] eine Großrazzia gegen kriminelle Clanstrukturen, was organisierte Kriminalität angeht, [...] ja, aber der Anteil der Menschen mit so einem Familienhintergrund ist auch einfach extrem hoch hier in Salzburg.“ (A2)

Aber direkt darauf ändert sich der Modus der Erzählung:

„[...] Und deswegen, aber selbstverständlich, wenn dann solche [...] immer, wenn so ein Anlass kommt, wie beispielsweise [...] jetzt diese Geschichte mit dem Eh-

ren[...] [...] furchtbare Geschichte mit dem Ehrenmord, das wird selbstverständlich dann auch genutzt und auch potenziert, um dann [...] komplett gegen die Muslime zu [...] schießen, also wie gesagt [...] wenn ich jetzt [...] eine Dokumentation darüber drehen möchte ‚Islamisierung des Abendlandes‘, würde ich die nicht in Dresden drehen, sondern in Salzgitter [...], weil hier einfach der Anteil so hoch ist. Hier ist es wahrnehmbar, hier ist es sichtbar, es ist eine multikulturelle Stadt, hier ist es noch krasser als im Ruhrgebiet teilweise und [...] deswegen denke ich [...], je stärker von außen durch Beiträge in den Medien, wenn man in dieser AfD-Filterblase drin ist, in den sozialen Medien insbesondere, wenn man immer stärker anfängt so Muslime und Türkinnen als [...] Bedrohung wahrzunehmen, dann wird man sicherlich auch mit anderen Augen durch Salzgitter laufen.“ (A2)

Auch in dieser Sequenz fällt auf, wie schwer sich der Interviewte damit tut, diese Meinung offen auszusprechen; er möchte etwas artikulieren, aber er zögert und pausiert, windet sich und zweifelt zwischendurch offenbar selbst, ob er dies nun wirklich sagen könne, obwohl diese Position überhaupt nicht zu seiner nach außen vertretenen politischen Meinung passt. Auch deshalb ist diese Passage so aussagekräftig: Denn der Interviewte A2 legt im Rest des Interviews stets großen Wert darauf, möglichst abwägend und differenzierend zu sprechen und keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen, auf welcher politischen Seite er steht. Doch auch dies ist wiederum keineswegs ein Spezifikum für die Stadt, sondern wurde auch in Untersuchungen zur politischen Kultur in anderen Regionen herausgestellt.<sup>216</sup>

An solchen deutungskulturellen Disruptionen zeigt sich das Dilemma der Identitätspolitik; die Auseinandersetzung über deren Wesen und

Gehalt ist indes mühsam und ausufernd.<sup>217</sup> Laut dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Mark Lilla habe die Identitätspolitik des Linksliberalismus quasi-religiöse Züge angenommen, d. h. gesellschaftliche Gruppen definierten sich dermaßen über ethnische, geschlechtliche und sexuelle Identitäten (und Gruppenzugehörigkeiten), dass sich der damit verbundene emanzipatorische Impuls in sein Gegenteil verkehre. Der Linksliberalismus sei in eine Art „moralische Panik“ verfallen, sodass sich die Betonung von Unterschieden (und der damit verbundene Anspruch auf Anerkennung) in eine kategorische Politik der „Differenzen“ verwandelt habe, die statt vergemeinschaftend-integrierend vielmehr exkludierend wirke.<sup>218</sup> Natürlich muss man Lilla nicht vollumfänglich folgen, da dieser in der Identitätspolitik des modernen amerikanischen Linksliberalismus eine Hauptursache für die Wahl von Donald Trump sieht. Aber Tendenzen kosmopolitischer Kollektivierung, wie sie Lilla beschreibt, die in sich widersprüchlich und gleichzeitig oberflächlich sind, d. h. sich auf äußerliche Schablonen wie etwa allgemeine Identitäts- oder Zugehörigkeitsfragen berufen und damit letztlich Rationalität und Differenzierung selbst behindern,<sup>219</sup> konnten auch wir im Material identifizieren. Zu ihnen zählt neben dem bereits erwähnten sozialdemokratischen Gestaltungswillen vor allem das nach außen getragene Selbstverständnis einer antifaschistischen Tradition, aus der heraus argumentiert wird, gegen jegliche Form von Rechtsradikalismus und damit freilich auch gegen die AfD zu agieren.

Die Funktionalität und Wirkmächtigkeit der kosmopolitischen Bildungsemphase zeigt sich aber nicht nur an der beschriebenen Bewältigung politisch-kultureller Konflikte, sondern *eo ipso*

<sup>216</sup> Vgl. Schenke et al.: Pegida-Effekte?, S. 369.

<sup>217</sup> Zur Debatte vgl. Nickel, Carsten: Rückbau der Gesellschaft, in: Merkur, Jg. 73 (2019), H. 839, S. 27–36.

<sup>218</sup> Vgl. Lilla, Mark: Identitätspolitik ist keine Politik, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.11.2016, URL: <https://www.nzz.ch/feuilleton/mark-lilla-ueber-die-krise-des-linksliberalismus-identitaetspolitik-ist-keine-politik-k-ld.130695> [eingesehen am 20.10.2020].

<sup>219</sup> Vgl. Strauß, Simon: Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik, in: APUZ, H. 9–11/2019, S. 4–9.

ebenso an Momenten, in denen die Bewältigung gerade nicht gelingt. Betrachtet man einmal alle Interviews grob schematisierend, so zeigt sich, dass der entscheidende Bruch der Nicht-Bewältigung im Material immer beim Thema Migration auftritt. Es kommt in den Erzählungen immer dann zu Störungen oder Widersprüchen, sobald Migration und damit verbundene Problemkomplexe angeschnitten werden, die eben eigentlich nicht in die Vorstellung einer kosmopolitischen Bildungsemphase passen. Diese Beobachtung wurde schon im vorigen Kapitel geteilt, aber im Kontext der deutungskulturellen Bewältigung bzw. Nicht-Bewältigung erhält dieses Muster eine neue Bedeutung. Denn daraus lässt sich schließen, dass die Migration als belastend wahrgenommen wird.<sup>220</sup> Aber da sie zur Kulturgeschichte der Stadt gehört, heißt dies, dass es kulturell eben auch ein kollektives Bewusstsein dafür gibt, dass mit der Migration immer irgendwie Probleme zusammenhängen.<sup>221</sup> Aus diesem Konnex heraus speisen sich dann Momente der Angst, teilweise auch einer indirekten Überfremdungsangst. Diese Beobachtung zeigt den methodischen wie theoretischen Mehrwert einer qualitativen politischen Kulturforschung und der interpretativen Rekonstruktion von Deutungsmustern, „[d]a sämtliche Deutungsmuster immer auch der Selbstversicherung dienen, d. h. sich und anderen die Gültigkeit gewisser gesellschaftlicher Ordnungsprinzipien beweisen sollen, verraten sie auch etwas über spezifische Ängste,

die sie zu bewältigen versuchen“<sup>222</sup>. Gerade die Angst vor einer sogenannten Islamisierung ist trotz – oder vielmehr: gerade aufgrund – der demonstrativen Abwehrreaktionen der Interviewten, dass man davor keine Angst habe, spürbar. Dabei meint „Islamisierung“ hier weniger eine plumpe Pauschalisierung im Sinne rigider Nationalegozentriker, mit denen diese Floskel zu meist in Verbindung gebracht wird. Die Angst vor Islamisierung meint hier vor allem eine allgemeine Angst vor Veränderung im Alltag. An dieser Stelle kommen die kulturellen Stereotype, die oben bereits erwähnt wurden, wieder ins Spiel. Denn mit dem Islam wird eine besondere Dynamik der sichtbaren Veränderung verbunden, wie es sich bei den Interviewten immer wieder zeigte, wenn sie von spezifischen Problemen und Symbolen im Zusammenhang mit Migration aus der Türkei, dem Nahen Osten oder allgemeiner mit dem Islam – was an vielen Stellen auch einfach gleichgesetzt wird – berichteten. Demgegenüber fällt nun der Russlanddeutsche öffentlich weniger auf, weil er kulturell bedingt offenbar einfach weniger stört.<sup>223</sup> Diese Überfremdungsangst zeigt sich in ganz unterschiedlichen Ausprägungen, ist aber tendenziell in allen Interviews präsent.<sup>224</sup> Teilweise wird sie offen ausgesprochen, teilweise über Negativkontrastfolien wie Lebensstedt kommuniziert oder aber sie scheint indirekt durch über Rationalisierungsformen. Dies wird etwa an den AfD-Wahlerklärungen ersichtlich: Schließlich ist eine der Haupteckklärungen aus Sicht der Interviewten die Migrationsfeindlichkeit der AfD-Wähler. Damit ist die Migration als Angstobjekt immanenter Bestandteil dieser Vor-

**220** Bereits der Niedersächsische Demokratie-Monitor hat im städtischen Vergleich von Osnabrück, Oldenburg, Braunschweig und Salzgitter herausgearbeitet, dass das Thema Migration in Salzgitter eine besondere Bedeutung einnimmt und dort stärker als ein mit Problemen behaftetes Thema wahrgenommen wird, vgl. Schenke/Trittel/Neumann: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 26.

**221** Entscheidend ist in diesem Zusammenhang der Ausfall der Reflexion dieser Prozesse, wie es beispielsweise der Soziologe Aladin El-Mafaalani beschreibt, vgl. El-Mafaalani, Aladin: Alle an einem Tisch: Identitätspolitik und die paradoxen Verhältnisse zwischen Teilhabe und Diskriminierung, in: APUZ, H. 9–11/2019, S. 41–45.

**222** Schenke: Student und Demokratie, S. 480.

**223** Diese kulturell bedingte Stereotypie haben wir auch in anderen Lokalstudien bereits extrapoliert, vgl. Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 87 ff.

**224** Die Leipziger Autoritarismusstudie von 2020 zeigt, wie weit die Angst vor „Überfremdung“ in der Bevölkerung verbreitet ist, vgl. Decker, Oliver et al.: Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen 2020, S. 27–87, hier S. 43.

stellung, denn damit ist mehr intendiert als nur, dass die Migration als Symbol der Veränderung selbst wiederum an der Veränderung des politischen Lebens in Form der AfD als geradezu provokative Reaktion und Herausforderung mitbeteiligt ist, denn ohne Migration gäbe es in dieser Vorstellung eben auch keine Grundlage für die AfD-Wähler.

Damit zeigt sich, dass in der politischen Kultur Salzgitters, die sich besonders über Normen und Verhaltensformen konstituiert, die sich wiederum durch entsprechende Deutungsmuster als *Alltagsmoral* verfestigen, an sich bereits regressive Momente wirken. An dem Mechanismus der Erklärung, dass es einen (mindestens indirekten) Zusammenhang von Migration, bzw. besonders der Migrationsgeschichte und -dynamik, mit den AfD-Wahlerfolgen gebe, zeigt sich paradigmatisch die Crux der kulturellen Tradierung der Deutungsmuster und wie diese ineinandergreifen. Überspitzt formuliert: Zu Beginn wird die Migrationsgeschichte der Stadt als Erfolgsgeschichte erzählt; die kleineren Probleme etwa mit Italienern und Türken waren, insbesondere weil sie als „Gastarbeiter“ kamen, nicht gravierend. Doch seit es die neuen Geflüchteten gebe, symbolisch besonders die Syrer, die das Stadtbild nicht nur in Lebenstedt in „Damaskus“ oder „Istanbul“ (A4) verwandeln, wird die gesamte Migrationsgeschichte als mehr oder minder problembehaftet wahrgenommen. Lange Zeit war der Arbeitermythos, also der sozialdemokratische Gestaltungswille in Verbindung mit den durch die meritokratischen Gesellschaftsvorstellungen präformierten Leistungsansprüchen, auch ein Integrationsmythos. Doch diese selbst erzählte Erfolgsgeschichte wurde durch den Zugzugsstopp symbolisch aufgekündigt, was wiederum die Öffentlichkeit weiter destabilisierte. Durch diese Dynamik wurde auch die Öffentlichkeit in einzelne Gruppen geteilt, mit entsprechenden Konsequenzen, wie es etwa am Beispiel der neu entfachten Konflikte zwischen Türken und Syrern eingängig von unseren Interviewten berichtet wird. Und in dieser Konfliktdynamik erhält die dominante AfD-Wahlerklärung als Kehrseite aus den oben beschriebenen Deutungsmustern eine neue Bedeutung: Schließlich wird von den Interviewten eingestanden, teilweise sogar emphatisch zugestanden, dass es bei neu

hinzukommender Migration fast schon normal und geradezu natürlich sei, wenn es aufgrund der Störung der *disharmonischen Stabilität* zu neuen Problemen wie dem der AfD komme. Denn hier offenbart sich eine viel grundlegendere Problematik: Die Probleme, die symbolisch mit der AfD aufgeworfen werden, verweisen auf tieferliegende Krisen. Dies ist psychoanalytisch betrachtet den Interviewten sogar unbewusst-bewusst, d. h. sie haben selbst eine Ahnung davon, spüren diese Disruptionen, wehren sich aber dagegen und wollen sie nicht wahrhaben.<sup>225</sup> Denn eigentlich ist man sich ja einig: In der politischen Kultur ist etwas erodiert, was früher Halt gab, was in der Stadt begründet liegt und Zusammenhalt gestiftet hat. Dies war vor allem der antifaschistische Arbeitermythos bzw. sein Versprechen, mit vielen auf der richtigen Seite zu stehen. Gleichzeitig wurde es durch die Geschichte Salzgitters und ihre Fokussierung auf Arbeit möglich, Menschen mit Migrationshintergrund in diese Gemeinschaft und dadurch in den Mythos selbst zu integrieren. Doch mit der Situation seit 2015 war dies zunehmend nicht mehr möglich, was weniger an einem mangelnden Willen der Salzgitteraner lag, wie teilweise bundesweit medial kolportiert wurde,<sup>226</sup> sondern vielmehr durch andere Erosionstendenzen bewirkt wurde. Der in der Stadt herrschende Verwaltungspragmatismus und der Modus der technokratischen Politik führten zu einer zunehmend depolitisierten Öffentlichkeit, die allerdings über Jahre hinweg vor allem durch die zivilgesellschaftliche Arbeit der Gewerkschaften kompensiert wurde. Dennoch griff dieser Prozess die stadtkulturelle Basis an; viele, die bis vor kurzem noch selbstverständlich als Wähler und Unterstützer sozialdemokratischer Politik (womit hier allgemeiner die sogenannten „etablierten“ Parteien gemeint sind) galten, kehrten nun auf einmal dieser Politik den Rücken und gaben der AfD ihre Stimme. Damit opponierten diese gesellschaftlich nicht gerade kleinen Gruppen – zur Erinnerung: die AfD erhielt bei der BTW 2017 schließlich 13,7 Prozent – nicht nur ge-

225 Vgl. grundlegend Laplanche, Jean/Pontalis, Jean-Bertrand: Das Vokabular der Psychoanalyse, Frankfurt a. M. 1973.

226 Vgl. Lang: Wenn die Stimmung kippt.

gen den Salzgitteraner Konsens, es dürfe in einer Stadt, die so stolz auf ihre antifaschistische Tradition und multikulturelle Vielfalt ist, keine rechten Kräfte geben. Sondern diese Gruppen griffen zugleich auch das Selbstverständnis der Stadt an und führten die Sinnkrise ihrer politischen Kultur vor Augen. Und hier schließt sich der Kreis zu den oben bereits ausführlich beschriebenen Bewältigungsformen: Denn diese Krise kann man sich natürlich schwerlich eingestehen, viel einfacher erscheint es, sie gewissermaßen von sich zu weisen und zu kanalisieren. Möglichkeiten hierzu bietet das kulturelle Klima einige: Entweder man schiebt die Verantwortung auf die Migranten selbst oder man klagt die AfD als personalisierte Schuldige für die Entwicklungen an. Allerdings bestehen gerade diese Entwicklungen freilich schon weitaus länger, sie hatten sich aber erst in den letzten Jahren so weit aufgestaut, dass die AfD sie aufgrund dieser als Katalysator wirkenden Tendenzen erst an die Oberfläche trieb. In manchen Fällen ließen sich diese Möglichkeiten sogar verbinden, wie sich an der Gruppe der Russlanddeutschen zeigt, die nicht nur als integrationsunwillig, sondern auch als gesellschaftliche Spalter und Motor des AfD-Erfolges angeklagt werden.

## 5.5 Weitere Abwehrmechanismen und Rationalisierungsmomente im Kontext der AfD

Wir haben neben den bereits in Kapitel 4 herausgestellten Mechanismen im Umgang des Ortes mit der AfD wie etwa bestimmten Dramatisierungsformen (beispielsweise Weimar- oder NS-Analogien), Ausprägungen von Relativierungen (die AfD sei eine Art Eintagsfliege und habe keine Bedeutung), Nivellierungen (solche Phänomene wie die AfD habe es schon immer gegeben) oder Externalisierungselementen (Probleme gebe es nur in Lebenstedt oder Freudenberg) auch weitere kollektiv geteilte Formen zur Bewältigung von Konflikten gefunden, die

durch die AfD sichtbar wurden.<sup>227</sup> Wir haben unterschiedliche Formen von Rationalisierung und Projektion im Material identifiziert, die gewissermaßen den Deutungsmustern vorgelagert sind. In Karl Rohes Terminologie der politischen Kulturforschung liegen diese Momente noch auf der lokal einstudierten Ebene der Deutungskultur und werden daher nicht in die rekonstruierten Deutungsmuster eingeordnet, sondern hier gesondert aufgezeigt, weil deren Sinn als Bewältigungsmechanismus erst *a posteriori* ersichtlich wurde.

Der Ausgangspunkt der Rationalisierungsmomente ist die grundlegende Ansicht, dass Politik einem Rationalitätsparadigma folge und dass die AfD-Wähler letztlich nicht rational dächten. Diese Grundhaltung fasst A6 beispielhaft<sup>228</sup> zusammen:

„Also, wenn, ich glaube, wenn's mal hart auf hart käme und mal differenziert, dann würde dieser Erfolg der AfD auch relativ schnell vorbei sein. Ich glaube, dann sacken die auch wieder ab. Also, ich glaube, es ist mehr so ein Ausdruck von Protest. Und wenn die anderen Parteien das verstehen und das ernstnehmen und manche Dinge auch annehmen, dann wird sich das auch wieder auflösen.“ (A6)

Hieran ist zum einen auffällig, welche Bedeutung weiterhin der sogenannten Protestwähler-These im Rationalisierungs- und Bewältigungsprozess der Mehrheitsgesellschaft zukommt; obwohl es auch in der Forschung keine Definition darüber gibt, was eigentlich der „Protestwähler“ genau ist und wie lange dieser diffuse „Protest“ anhalten würde – schließlich im-

<sup>227</sup> Siehe zu diesen Umgangsformen grundlegend Oevermann, Ulrich: Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Zugleich eine Analyse des kulturellen Syndroms, in: König, Hans-Dieter (Hrsg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a. M. 1998, S. 83–125, bes. S. 112 f.

<sup>228</sup> A2 spricht von der AfD und ihren Wählern als „so primitiv und verroht“, A3 auch vom „intellektuellen Bodensatz“ der Stadt.

pliziert das Bild vom Denkbild verpassen zumindest einen relativ kurzen Zeitraum –, wird die Protestthese schon seit mehreren Jahren auf die AfD angewendet,<sup>229</sup> wohl vor allem auch, um die dahinterliegenden neuen gesellschaftlichen Tendenzen<sup>230</sup> in die altbekannten Welterklärungsschablonen zu integrieren, um letztlich also die Übersicht zu behalten. Zum anderen verweist diese Sequenz bereits darauf, dass die AfD zum Sündenbock stilisiert wird. Hört man den Eingangserzählungen unserer Interviewten nur nonchalant zu, könnte man fast den Eindruck gewinnen, dass in Salzgitter eigentlich alles ganz toll laufe und es keinerlei Probleme in der Stadt gebe – außer eben der AfD. In der Charakterisierung und Zuschreibung der AfD als Problem lassen sich grob drei Grundmuster unterscheiden, die tendenziell auch untereinander verschwimmen können: Entweder sei einfach nur die AfD etwas Schlechtes und für die Stadt ein Problem; oder die AfD sei etwas Schlechtes und verursache dadurch noch mehr Probleme für die Stadt; oder aber die AfD würde alles erst zu einem Problem machen, sobald die Partei in den Rat einziehen würde. In jedem Fall wird alles Schlechte in der Stadt auf die AfD kapriziert im Sinne einer doppelten Externalisierung: Zunächst werden die Probleme auf die AfD als Projektionsfläche geschoben (weil sie die Partei der Störer sei), zugleich wird aber auch diese selbst externalisiert als Projektionsobjekt. Es ist ein altbekanntes Muster, in dem jegliches „Rechte“ oder „Rechtsradikale“ – sofern es nicht erfolgreich auf einige Wenige personalisiert und damit verdrängt werden kann – nach außen geschoben wird, da dieses Denken nicht aus der eigenen Stadt, sondern vielmehr aus dem Umland komme.<sup>231</sup> In jedem Fall haben beide Externalisierungsformen eine entlastende Funktion. Allerdings ist die AfD sogar noch mehr als eine

Projektionsfläche; sie ist zwar *auch* reine Fläche, auf der alles Mögliche abgeladen wird, weshalb das Sündenbock-Bild psychoanalytisch auch projektiven Charakter hat. Aber darüber hinaus ist die AfD *auch* Projektionsobjekt. Sie wird zu einem irrational-rational besetzten Objekt, das emotionalisierend wirkt.<sup>232</sup> Aus diesem Grund erzeugt der AfD-Wahlerfolg für die Interviewten eine solche Begründungsnot, die sich zugleich verschärft durch die kulturell bedingten Denkschemata, wie es sich beispielhaft an der beständigen und kategorischen Abgrenzung von der AfD zeigt. Denn auch wenn die Interviewten in vielen Punkten die gleichen Anliegen umtreiben, die sie den AfD-Wählern zuschreiben, müssen sie sich allergisch dennoch entschieden davon abgrenzen, sobald auch nur der Verdacht einer AfD-Affinität aufkommt. Dieses Muster hat bei aller politisch-subjektiven Nachvollziehbarkeit, um der Partei keine zusätzliche Legitimität zu verleihen, allerdings zur Konsequenz, dass bestimmte Themen und Anliegen brach liegen bleiben, wie man symptomatisch am Migrationsthema sehen kann.

Die verschiedenen Formen der Rationalisierung offenbaren nicht zuletzt ein inneres „Gefühl der sozialen Katastrophe“<sup>233</sup>, das bei den Bewältigungsversuchen der Interviewten immer wieder mitschwingt. Theodor W. Adorno beschrieb dieses Gefühl des „Antizipierens des Schreckens [sic]“<sup>234</sup> in seinem Vortrag über „Aspekte des Rechtsradikalismus“ als „unbewußten Wunsch nach Unheil, nach Katastrophe“<sup>235</sup>. Gemeint ist damit ein inneres Bedürfnis bzw. eine Vorform von Befriedigung bei der Vorstellung, dass die Menschen etwa dem Staat sprichwörtlich eins auswischen wollen. Dies zeigt sich im Material an einer Äußerung von A9 auf die Frage, warum aus der Gruppe der Deutschtürken angeblich so viele die AfD gewählt hätten:

<sup>229</sup> Zur Debatte und Kritik an der Protestwählerthese am Beispiel der AfD, vgl. Finkbeiner: Mächtiges Überbarrschen, S. 83 f.

<sup>230</sup> Siehe Manow: Die Politische Ökonomie des Populismus.

<sup>231</sup> Vgl. Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 293.

<sup>232</sup> Vgl. Laplanche/Pontalis: Das Vokabular der Psychoanalyse.

<sup>233</sup> Adorno, Theodor W.: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag, Berlin 2019, S. 19.

<sup>234</sup> Ebd.

<sup>235</sup> Ebd., S. 20.

„[...] Sie wollten es den Deutschen heimzahlen, die wiederum ein starkes Bekenntnis, ein starkes Signal gegen Erdogan [...] [ausgesendet] haben. Es ging denen um die Rache, die haben sich sozusagen als Werkzeug derer nehmen lassen oder beziehungsweise haben sich benutzen lassen, um der Merkel einen überzubraten. Und haben gesagt, wenn ihr auch erstmal so einen politischen Feind habt, wie wir in der Türkei die PKK, dann wisst ihr, warum man so einen Mann wie Erdogan braucht, der hier sauber macht, der für Ordnung sorgt.“ (A9)

In dieser Sequenz spiegelt A9 nicht nur autoritäre Sehnsüchte, wie er sie in Gesprächen erfahren habe, sondern er zeigt diese auch selbst mindestens indirekt durch die Betonung dieser Entscheidungsgewalt, in der merklich eine Art Bewunderung mitschwingt.

Es zeigt sich: Die AfD ist im deutungskulturellen Konflikt immer Mehreres zugleich. Sie ist der ungeliebt-geliebte Sündenbock und gleichzeitig auch kollektiv-vergemeinschaftendes Projektionsobjekt, das es der Mehrheitsgesellschaft ermöglicht, sich wieder auf eine gemeinsame Seite gegen die gesellschaftlichen Spalter zu stellen. Damit wird die AfD zur Verkörperung der Instabilität, die in ihrer Latenz gebrochen ist. Die politische und kulturelle städtische Krise lässt sich nun ganz konkret fassen und ist wie die Bedrohung des fast schon museal anmutenden Salzgitters eine äußerliche, nämlich eine, die nicht Teil der industriellen Welt der Arbeiter ist. Derart hat die AfD etwas Bedrohliches an sich, denn sie vermag die Krise in den Augen der Interviewten nun plötzlich zu beschwören und ist beinahe apokalyptisch befähigt. Hier hilft dann ein ums andere Mal nur noch ihre symbolische Bewältigung als eine Partei der Irrationalität, der Ahnungslosen und Unfähigen, um in der Distinktion den eigenen Wert zu bestimmen und sich so der Angst zu bemächtigen. Letztlich wird die ganze latente Instabilität der politischen Verhältnisse und die bedrohlich wirkende antiindustrielle Außenwelt auf die AfD projiziert, denn diese wird zum symbolischen Vorboten für anstehende politische Umwälzungen, weil die alten Gewissheiten und politisch-kulturellen Grundpfeiler erodieren.

Gerade deshalb muss die AfD als politisches Phänomen um jeden Preis rationalisiert werden, eben auch, um das eigene Zutun an dem Verwaltungsteufelskreis aus Überformung der Krise des verwaltenden Stils und dessen daraus resultierender Bejahung zu rechtfertigen.

Noch eine Anmerkung zum projektiven Charakter der Angstobjekte: Die Notwendigkeit von Rationalisierungs- und Projektionsprozessen resultiert wie jeder Abwehrmechanismus – von der Verdrängung und Regression über Sublimierung und Verneinung bis zur Rationalisierung und Projektion – aus dem kulturell bedingten Zwang zur Verarbeitung von Angst.<sup>236</sup> In dieser Fallanalyse konnten unterschiedliche Faktoren identifiziert werden, die dazu beitragen, wann welches politisch-kulturelle Moment zum Angstobjekt wird. Es gibt einen Zusammenhang von drei Faktoren, die sowohl verhindern als auch gleichzeitig dafür sorgen können, dass ein latentes Problem ebenso zum Angstobjekt wird: Es hängt erstens von der Erosion der sozialdemokratischen Strukturen ab. Diese ermöglichten in ihrer lokal-spezifischen Konstituierung früher eine Form der technischen Stadtverwaltungspolitik, die Konflikte stillstellte und gleichzeitig diese überlagerte, sodass die historisch-kulturellen Komponenten der Migrationsgeschichte der Stadt nie wirklich reflektiert wurden. Durch die Erosion der alten Strukturen entwickelt sich eine Dynamik von Angst und eine Verfallsgeschichte, denn die Erosion des Milieus markiert das Ende der alten Gewissheit, dass die Arbeiterklientel eben nicht mehr wie zuvor den „etablierten“ Parteien ihre Stimme gibt. Damit endet zugleich auch die Selbstverständlichkeit für die alten Mehrheiten, und damit für die alte Form des Politikmodus.

Die Kulturgeschichte einer anderen sozialdemokratisch und fordistisch geprägten Stadt ist hier einerseits passendes Vergleichsobjekt und andererseits Kontrast: Auf den ersten Blick ist die Stadt Kassel Salzgitter gar nicht so unähnlich.<sup>237</sup> Auch Kassel ist früher Industriestadt und

<sup>236</sup> Vgl. beispielsweise Freud, Anna: Das Ich und die Abwehrmechanismen, Frankfurt a. M. 2010 [1936].

<sup>237</sup> Man könnte hierbei in Zukunft auch stärker inner-niedersächsische Regionalvergleiche heranziehen: Besonders ein regionalkultureller Vergleich zu Del-

eine traditionelle Hochburg der Sozialdemokraten gewesen, der ehemalige Finanzminister Hans Eichel war hier lange Zeit Bürgermeister. Die Kasseler können sogar ebenso gut wie die Salzgitteraner mit einem CDU-Oberbürgermeister leben, da dieser den sozialdemokratisch geprägten Politikstil beibehält (an dem die CDU aber auch aus strukturellen Gründen in Kassel nicht vorbeikommt, weil die organisatorischen Strukturen der ehemaligen Honoratiorenpartei nicht vergleichbar mit denen der Sozialdemokraten sind<sup>238</sup>). Aber bei näherer Betrachtung unterscheiden sich Kassel und Salzgitter doch deutlich und hieran zeigt sich, dass die Erosion des sozialdemokratischen Milieus für sich alleine noch relativ wenig aussagt.<sup>239</sup> Denn anders als in Salzgitter hat Kassel der in den 1970er und 1980er Jahren einsetzenden Deindustrialisierung entgegen gewirkt, hat den Prozess der sogenannten Tertiarisierung vorangebracht und sich hin zu Verwaltungsapparaten und Dienstleistungssektoren entwickelt.<sup>240</sup> All das hat die Erosion sozial-

demokratischer Strukturen nicht aufgehalten,<sup>241</sup> aber hierdurch hat sich Kassel anders weiterentwickelt. Die Stadt mag zwar trist sein und einen etwas verschlafenen Ruf als „Beamtenstadt“ und „Provinzstadt“ haben, aber solange die Stadtgesellschaft sich als drängendstes Problem mit Verkehrsproblemen, hier vor allem Tiefgaragen und Autobahnführungen, beschäftigt, wie Eike Hennig die städtische Kultur einmal beschrieb,<sup>242</sup> solange sind diese Probleme keineswegs vergleichbar mit Salzgitter.<sup>243</sup> Aus diesem Grund müssen noch andere Faktoren zum projektiven Charakter des Angstobjektes hinzukommen. Deshalb gehört, zweitens, die als belastend wahrgenommene Problemkonnotation mit Migration dazu, denn die Migrationsproblematik emotionalisiert gewissermaßen die schon bestehenden Problemkomplexe. Überspitzt formuliert könnte man auch sagen: Migration und AfD haben hier einen zum Teil ähnlichen Charakter. Man fürchtet die mit ihnen verbundene Verrohung sowie die Zunahme von Konflikt und Gewalt, aber zugleich auch die hinter den Gruppen lauernde unsichtbare Masse, die zuvor klandestinen Kräfte, die wie

menhorst drängt sich geradezu auf. Da es an dieser Stelle nur um einen Vergleich zur Veranschaulichung geht, wurde auf das hessische Kassel zurückgegriffen, weil diese Region bereits ausführlich analysiert ist.

teien zunehmend unterscheiden, was wiederum die Kultur und Mentalitäten vor Ort verändert.

**238** Vgl. Homburg, Heiko: Die CDU: Von der Honoratiorenpartei zur homogenen Großpartei, in: Hennig, Eike/Homburg, Heiko/Lohde-Reiff, Robert (Hrsg.): Politische Kultur in städtischen Räumen. Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel, Opladen 1999, S. 143–188.

**241** Hennig, Eike: Die Erosion des sozialdemokratischen Elektorats und die Schwächung des Parteiensystems in Kassel, in: ders./Homburg, Heiko/Lohde-Reiff, Robert (Hrsg.): Politische Kultur in städtischen Räumen. Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel, Opladen 1999, S. 55–80.

**239** Siehe hierzu außerdem die vergleichenden Bemerkungen von Rohe zum Zusammenhang von sozialdemokratischem Milieu, politischer Kultur und Parteipolitik, vgl. Rohe, Karl: Vom sozialdemokratischen Armenhaus zur Wagenburg der SPD. Politischer Strukturwandel in einer Industrieregion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 13 (1987), H. 4, S. 508–534; Rohe, Karl: Vom Revier zum Ruhrgebiet: Wahlen, Parteien, politische Kultur, Essen 1986.

**242** Hennig, Eike: Einleitung: Die Kohärenz von Raum, Struktur und Orientierung, in: ders./Homburg, Heiko/Lohde-Reiff, Robert (Hrsg.): Politische Kultur in städtischen Räumen. Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel, Opladen 1999, S. 17–54, hier S. 19.

**240** Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht hierbei nicht darum, Salzgitter und Kassel sozioökonomisch zu vergleichen, sondern um den – für unser Argument entscheidenden – Unterschied zu betonen, dass beide Städte ursprünglich durchaus ähnliche Ausgangslagen auf politischer Ebene hatten, aber sich gerade aufgrund des jeweils verschiedenen Agierens der Par-

**243** Wie neuere Untersuchungen zu politischen Kulturen in Niedersachsen zeigen, gibt es auch heute noch Städte in Niedersachsen, in denen die Verkehrsinfrastruktur ein enorm debattiertes Problemfeld darstellt. Entscheidend in diesem Zusammenhang aber ist, dass dies lediglich für politisch konsolidierte Städte wie Oldenburg zutrifft (vgl. Schenke/Trittel/Neumann: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 22 f. u. 34), nicht jedoch für politisch angespannte Städte mit relativ hohem AfD-Erfolg wie Salzgitter.

die AfD-Wahlerfolge dann vermeintlich wie aus dem Nichts auftauchen und alte Gewissheiten ins Wanken bringen und scheinbar verdrängte eigene Sorgen wie Abstiegsängste wieder an die Oberfläche spülen. Und drittens muss mit den ersten beiden Faktoren auch eine sichtbare Veränderung des Alltags einhergehen. Lebenstedt und Fredenberg haben hier einen funktionalen Charakter zur Abwehr, denn sie sind beständige Rationalisierungsfolien für alles Schlechte. Wohl nicht zufällig wird dieser Stadtteil mit den Faktoren Migration und AfD verknüpft. Es werden von den Interviewten zwar auch immer mal wieder andere Stadtteile genannt, in denen es gewisse Probleme etwa mit der Infrastruktur und Verkehrspolitik, beispielsweise in Salzgitter-Bad, gäbe. Aber alle Problemkomplexe, die von den Interviewten geäußert wurden, ziehen ihre konzentrischen Kreise von den Gebieten aus, in denen die alte sozialdemokratische Milieuorganisation erodiert, in denen es Probleme mit Migration und der AfD gibt und in denen bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen und Tendenzen sichtbar werden, indem beispielsweise die Konnotation mit dem Islam zum Tragen kommt (Lebenstedt) oder eine unsichtbare Masse auf einmal sichtbar wird und Anliegen artikuliert, obwohl die Mehrheitsgesellschaft mit diesen Teilgruppen als apolitisch-marginalisierte Gruppen schon abgeschlossen hatte (Russlanddeutsche in Fredenberg).



# 6 Zusammenführung und Schlussbetrachtung

Ist der hohe Stimmenanteil, den die AfD in Salzgitter, der sozialdemokratisch geprägten Stadt, erringen kann, letztlich also ein nur schwer erklärlicher Erfolg? Der Ausgangspunkt unserer Untersuchung war schließlich die Beobachtung, dass die Rechtsaußenpartei in dieser Region so erfolgreich ist wie sonst nirgends in Niedersachsen.<sup>244</sup> Hinzu kam die Vermutung, dass die „Alternative für Deutschland“ wohl auch nicht zufällig ausgerechnet im (süd)östlichen Niedersachsen reüssieren konnte, sondern dass es hierfür historische, sozioökonomische und vor allem kulturelle Gründe gibt. Während sich die rein sozioökonomischen<sup>245</sup> ebenso wie die ausschließlich historisch-vergleichenden Erklärungsmodelle<sup>246</sup> als unzureichend herausgestellt haben, erscheinen vielmehr insbesondere politisch-kulturelle Ansätze erkenntnisversprechend, prägen doch lokalkulturelle Aushandlungsmodi des Rechtsradikalismus bereits dessen Problemwahrnehmung und nehmen daher enormen Einfluss „auf neuerliche Konstituierungsbedingungen und -dynamiken rechtsradikaler Phänomene und ihrer

Performanz in den jeweiligen Orten und Regionen“<sup>247</sup>. Unsere bisherigen Untersuchungen zu Politik- und Normvorstellungen der niedersächsischen Mehrheitsgesellschaft haben gezeigt, inwiefern die Ausverhandlung rechtsradikaler Ereignisse zur lokalen Deutungskultur gehört und somit Teil der jeweiligen politischen Kultur ist. Die vorliegende Studie versucht im Anschluss daran, eine Ebene tiefer vorzudringen, indem sie davon ausgeht, „dass lokale, regionale und politisch-kulturelle Faktoren eine mitentscheidende Rolle dabei spielen, wie gesellschaftliche Gruppen politisch ‚denken‘“<sup>248</sup> und dass diese lokalen Wahrnehmungsmuster zum einen historisch-kulturell präformiert sind und zum anderen den Blick deutender Akteure auf das Phänomen (hier die AfD) gewissermaßen „verzerrten“. Wie bereits festgestellt, bedarf es jedoch einer „tieferen Analyse, um zu verstehen, warum diese Verzerrungen stattfinden und inwiefern sie lokal differieren“<sup>249</sup>; um also im Vokabular Rohes zu bleiben: zur Soziokultur vorzudringen.

---

<sup>244</sup> Vgl. Finkbeiner/Schröder: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen, S. 44.

<sup>245</sup> Vgl. ebd., S. 51 f.

<sup>246</sup> Vgl. Finkbeiner/Trittel: Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens, S. 40 u. 52; Finkbeiner/Trittel: Politische Kulturforschung als Zugang zur Analyse rechtsradikaler Bewusstseinsformen, S. 61.

---

<sup>247</sup> Finkbeiner/Trittel/Geiges: Rechtsradikalismus in Niedersachsen, S. 304.

<sup>248</sup> Ebd., S. 307.

<sup>249</sup> Ebd., S. 309.

## 6.1 Anspruch und Ziel der Studie

Dies war unser Anspruch, als wir uns die Frage stellten, wie der Erfolg der AfD in Salzgitter von den lokalen Deutungseliten wahrgenommen und erklärt wird. Uns interessierte, welche Spannungslagen und Deutungskonflikte von diesen Eliten bemührt werden bzw. welche örtlichen Selbstverständlichkeiten mitunter in der Ausverhandlung dessen aufgebrochen werden. Schließlich wollten wir Mechanismen identifizieren, welche sich als Movers kollektiver Bewältigungsstrategien des AfD-Erfolgs interpretieren lassen. Denn erst mit dem Blick auf diese in Sinngabungsprozesse eingebundene „Tiefendimension“ der politischen Kultur Salzgitters lässt sich eine adäquate Antwort auf die Frage danach finden, was das Auftreten der AfD im Ort selbst respektive bei den örtlichen Deutungseliten auslöst.

Die Studie machte sich, um den Weg hin zu der komplexen Antwort auf diese zunächst schlicht anmutende Frage zu beschreiten, ein spezifisches theoretisches und methodisches Forschungsdesign zunutze. Um den politisch-kulturellen Umgang mit der AfD in Salzgitter zu ergründen, sowie den sie und ihren zumindest relativen Erfolg umgebenden Deutungskonflikt, wurden Deutungsmuster örtlicher Deutungseliten insbesondere aus sozialdemokratischen Milieus interpretativ rekonstruiert. Zu diesem Zweck wurden mit unterschiedlichen Akteuren in Salzgitter Interviews geführt, in denen diese in einem offenen Rahmen über das allgemeine politische Leben in der Stadt sowie zu konkreten Situationen befragt wurden. In der Auswertung konnte gezeigt werden, dass Deutungsmuster in ihrer Funktion sowohl Gegenstand praktischer, historischer und kulturell vermittelter Aneignungsprozesse in der Bewältigung von Krisen und der Etablierung von kollektiven Routinen<sup>250</sup>, als auch – wie bereits erwähnt – als Bewusstseinsform deren praktischer Niederschlag sind. Denn das politische Selbstbild Salzgitters – seine politische Kultur – besteht aus eben solchen „kaum reflek-

tierten Selbstverständlichkeiten“<sup>251</sup>, welche die Folie bilden, auf welcher der AfD-Erfolg versucht wird zu verarbeiten.

## 6.2 Bündelung der Ergebnisse

Um den Leser jedoch nicht unvermittelt mit diesen Deutungsmustern zu konfrontieren, sondern den Gang der Analyse nachvollziehbar zu machen, haben wir uns den konzentrischen Kreisen, welche vom Kern des Deutungskonfliktes um den AfD-Erfolg ausgehen, von außen nach innen genähert. Wir haben in Kapitel 2 die historische Dimension der politischen Kultur Salzgitters insofern ausgeleuchtet, als sie als Grundlage für die in den Interviews identifizierten Deutungsmuster herangezogen werden konnte. Augenfällig ist beim Blick auf Salzgitters Geschichte die Spannung zwischen einer (ehemals) vermeintlich typischen Arbeiterstadt und dem heutigen Erfolg der AfD. Um diese Diskrepanz zu verstehen, wurden zentrale Bezugspunkte der Historie für die heutigen Deutungsmuster vorgestellt, da wir davon ausgingen, dass politisch-kulturelle Entwicklungen auch normsetzende Selbstverständlichkeiten beeinflussen, Erklärungsmuster in der Bewältigung deutungsbedürftiger Konfliktsituationen präformieren und bis zu einem gewissen Grad auch Handlungsrouninen beeinflussen. So konnte gezeigt werden, inwiefern in der historischen Entwicklung und unter den besonderen lokalen Bedingungen „der Arbeiter“ in Salzgitter zu einer Sozialfigur gerinnt, die mit bestimmten Attributen aufgeladen wird: einem politischen Gestaltungswillen (im Sinne des „demokratischen Industriebürgers“), einem antifaschistischen Selbstverständnis und der Selbstdefinition über die Arbeit als solche. Gleichzeitig stellte sich heraus, dass es der heutigen Erklärungskraft dieses Mythos keinen Abbruch tut, dass er ein „erfundener“ Mythos ist. Dadurch, dass die heutige Bezugnahme überwiegend Problematisches ausblendet (obwohl vor allem die IG Metall symbolisch insbesondere an die nationalsozia-

<sup>250</sup> Vgl. Oevermann: Die Struktur sozialer Deutungsmuster, S. 38; Oevermann: Krise und Routine als analytisches Paradigma in den Sozialwissenschaften.

<sup>251</sup> Rohe: Politische Kultur und ihre Analyse, S. 331.

listische Vergangenheit der Stadt erinnert), gerinnt der Mythos der Stadt der Arbeit zu einem Quell, aus dem sich bis heute das städtische Selbstverständnis speist, auch wenn dieses zunehmend unter Druck gerät. In einer Situation, welche für Salzgitter aufgrund der schlechten finanziellen Lage, der Migration (was den Zuzugstopp bedingte) und schließlich des Erfolgs der AfD nahezu etwas dauerhaft Krisenhaftes anhaftet, wird ein zentraler Konflikt offenbar: Während die SPD aktuell um ihren Platz in der politischen Kultur der Stadt bangen muss, da ihre Kernklientel ihr zunehmend den Rücken kehrt, kann die AfD politisch reüssieren. Die Tatsache, dass diese Situation in der Logik des Salzgitteraner Selbstverständnisses historisch unerwartet kommt, ja bislang sogar unwahrscheinlich anmutete, wirft die Frage auf, inwiefern die Geschichte Salzgitters in besonderem Maße auf die Notwendigkeit einer „invention of tradition“<sup>252</sup>, also auf Momente der künstlichen Traditionsbildung, verwiesen ist, um diesen lokalen „Unfall der Geschichte“ erklärbar zu machen.

Die Analyse zeigte, dass ebensolche Interpretamente dessen, was der demokratische Salzgitteraner Industriebürger sei, in zahlreichen Gesprächen herangezogen wurden, um den Verarbeitungsdruck des, gemessen an dem von den Salzgitteraner Deutungseliten geprägten Selbstbild der Stadt, deutungsbedürftigen und überraschenden Erscheinens der AfD abzubauen. Denn: Keiner der Interviewten lieferte eine kohärente Erklärung für den Wahlerfolg der AfD in Salzgitter. Die meisten boten zwar jeweils unterschiedliche primäre (Teil-)Erklärungen an, kamen jedoch nicht umhin, zwischendurch auch (selbst-) widersprüchliche Erklärungsschablonen anzulegen. An diesen Widersprüchen zeigt sich die politisch-kulturelle Kraft insofern, als dass das Regelsystem, als welches die politische Kultur fungiert, noch keine final ausgehandelten Lösungen für diese Krisenfälle bereitstellt. Dass die Interviewten also keine kohärenten Erklärungen präsentierten, ist keineswegs als individuell-subjektive Fehlleistung aufzufassen, sondern vor allem als Ausdruck aktueller Krisenaushandlungen, die

sich bei den Individuen auf unterschiedliche Art bemerkbar machen.

In Kapitel 4 und 5 wurde anhand des Interviewmaterials eine explorative Analyse der Vermittlung politisch-kultureller Momente und individueller Faktoren in der zivilgesellschaftlichen Wahrnehmung und Verarbeitung des Rechtsradikalismus geleistet. Dazu haben wir die Erklärungen der Interviewten auf drei Ebenen untersucht: auf der ihrer manifesten Aussagen (I), auf einer latenten Sinnebene (durch die interpretative Rekonstruktion von Deutungsmustern) (II) und schließlich auf einer affektiven Ebene, indem wir das Augenmerk auf unaufgelöste Widersprüche und Projektionen sowie deren affektive Entladung legten (III). Auf Ebene I bildete in der Beschreibung des Selbstbildes der lokalen Gemeinschaft der Topos der politisch eher links gerichteten „Arbeiterstadt“ stets einen zentralen Referenzpunkt, der ein antifaschistisches Engagement nahezu unausgesprochen selbstverständlich erscheinen ließ. Dass diese Basis erodiere, wurde zwar wahrgenommen, blieb aber ratlos unerklärt. Weitere historisch verdingte Eckpfeiler des Salzgitteraner Selbstverständnisses waren Migration und die damit einhergehende kulturelle Diversität der Stadtgesellschaft. Während die AfD-Wähler im Stadtbild unsichtbar seien, sei Salzgitter schon immer sichtbar von Migration geprägt gewesen. Dennoch – und diese blieb meistens unkommentiert bzw. unbemerkt – zeigte sich eine indifferente Spannung in der Thematisierung von AfD-Wählern und Migranten, welche deutlich machte, dass weder die einen noch die anderen *selbstverständlich* zur heutigen Gemeinschaft dazugehören. Um ihre Wahrnehmung des politischen Lebens zu beschreiben, knüpften viele Gesprächspartner zuerst an das Selbstbild der Arbeiterstadt an, um auf die traditionell bedeutende Rolle der Sozialdemokraten, aber auch der Gewerkschaften innerhalb der stadtpolitischen Landschaft aufmerksam zu machen. Auch wenn insbesondere die SPD durch die Präsenz der AfD unter Druck gerate, definierten die Interviewten das politische Leben Salzgitters anhand der volksparteilichen Pole: Dass dem CDU-Oberbürgermeister Klingebiel eine starke SPD-Fraktion im Stadtrat gegenübersteht, erzeuge eine Grundspannung, welche den politischen Modus Vivendi präfor-

252 Vgl. Hobsbawm/Ranger (Hrsg.): The Invention of Tradition.

miere. So sei man zu der stillschweigenden Übereinkunft gelangt, dass eine gemeinsame Abwehrhaltung gegen die AfD und ein Managen der Herausforderungen im Kontext von Migration eher durch Konsens denn im Streit zu erreichen sei. Eine solch sachorientierte Politik habe den Vorteil, sich lösungsorientiert in den Auftrag des Bürgers zu stellen, der sich ohnehin eine befriedete Stadtpolitik wünsche, die zudem nahezu alternativlos sei, um eine gesellschaftliche Spaltung zu verhindern. Indes: Die Gespräche zeigten gleichermaßen, dass man in Salzgitter kaum von einer polarisierten, nicht einmal von einer besonders politisierten Öffentlichkeit sprechen kann. Zwar seien die Salzgitteraner zivilgesellschaftlich in Vereinen engagiert, doch die politische Ansprache und Adressierung von genuin politischen Themen sei schwierig. Dabei – auch das wurde deutlich – gibt es genügend Probleme in Salzgitter: von sozioökonomischen und infrastrukturellen Herausforderungen im Alltag über subjektiv empfundene Bedrohungsgefühle bis zu lokalkulturell geprägten Auseinandersetzungen um Migration, die jedoch in ihrer Relevanz unterschiedlich bewertet wurden. Auffällig war, dass die Probleme meist am Stadtteil Lebstedt festgemacht und konkretisiert wurden. Die Wahrnehmung der AfD nahm darüber hinaus einen großen Raum ein, war aber keineswegs einheitlich oder konsistent; eine Gemeinsamkeit lag lediglich darin, dass sich die allermeisten von ihrem Erfolg überrascht und unsicher zeigten, wie mit diesem umzugehen sei. Diese Unsicherheit ankert wohl in der immer wiederkehrenden Vorstellung der AfD-Wähler als einer unsichtbaren Masse, die in der städtischen Öffentlichkeit kaum in Erscheinung trete, sich jedoch offenbar überproportional auf den Stimmzetteln abbilde. In der Wahrnehmung der Interviewten gehören die AfD-Wähler ebenso wenig zu Salzgitter wie solche Migranten, die sich nicht integrierten und separat für sich blieben (typischerweise wurden hier vor allem Fredenberg und die dort lebenden Russlanddeutschen angesprochen, welche zudem stark der AfD zuneigten). Die Unsicherheit und Ambivalenzen in der Deutung der AfD erschweren die Suche nach einem Konfliktbewältigungsmodus und verschärfen dadurch letztlich den Streit um den Umgang mit dem Phänomen rechts der Mitte.

Aufbauend auf den herausgestellten manifest ersichtlichen Wahrnehmungsformen von Politik und Gesellschaft in Salzgitter wurden anschließend (II) vier tieferliegende Deutungsmuster identifiziert. Das erste Deutungsmuster ist die Vorstellung, dass Politik Verwaltung bedeutet. Sie kreist um ein Politik- und Gesellschaftsbild, das wir als *disharmonische Stabilität* bezeichnet haben: Ein Zustand, in dem alles daran gesetzt wird, Konflikte zu unterdrücken bzw. verwaltend wegzumoderieren, bevor sie eigentlich konflikthaft werden. Jedoch ist dies ein ambivalenter Modus: Denn einerseits werden so Probleme gelöst (inklusive das des Umgangs mit der AfD) bzw. von vorneherein im Keim erstickt, doch andererseits erkennen die Interviewten, dass dieses „Wegverwalten“ eine gewisse Mitschuld an den herrschenden gesellschaftlichen Zuständen (inklusive dem Erstarken der AfD und der Depolitisation der Öffentlichkeit) trägt. Die AfD tritt in diesem Selbstverständnis als störender *und* integrativer Faktor zugleich auf. Dieser unaufgelöste Widerspruch offenbart auch die eigentliche „Leistung“ der technokratischen Politikvorstellung. Sie vermag die latente Instabilität und die (vermeintliche) Bedrohung der eigenen industriellen Lebenswelt abzufedern, indem sie gegen die zwei größten Probleme Salzgitters in Stellung gebracht werden kann: Gegen die AfD *und* gegen jegliche als belastend wahrgenommenen Aspekte im Kontext von Migration.

An die Stelle einer politischen Öffentlichkeit tritt vielmehr das Residuum eines tradierten sozialdemokratischen Gestaltungswillens, dessen kulturelle Kraft zwar aufgerufen wird, aber im selben Moment bereits zu verpuffen scheint. Zwar möchte der „demokratische Industriebürger“ als Typus (so unser zweites identifiziertes Deutungsmuster) die Auseinandersetzung suchen, das Beste erkämpfen, doch gibt es mehrere Gruppen, die diesem Typus nicht entsprechen und aus der Stadtgesellschaft exkludiert werden. Denn Politik, Leben und Gesellschaft in Salzgitter waren und sind geprägt durch das Wesen der Arbeit, aus dem sich wie erwähnt ein Gestaltungswille und ein antifaschistisches Selbstverständnis ableiten. Diese Aspekte der Selbstvergewisserung haben in ihrer ungebrochenen Hegemonialität eine stark entlastende Funktion, kann man sich doch – blickt man zurück in die Ge-

schichte – sicher sein, auf der richtigen Seite im Kampf gegen die AfD zu stehen. Allerdings liegt genau hier der dem Mythos innewohnende Trugschluss: Schließlich müssten – folgt man dieser Deutungslogik – das antifaschistische Selbstverständnis und die kollektivierende Kraft vor Ort resistent gegen jegliche Formen von Rechtsradikalismus machen. Doch zeigt sich hier stattdessen vielmehr die Erosion der aus der Geschichte abgeleiteten vermeintlichen Selbstverständlichkeiten, die letztlich zu einem rein rhetorischen Bekenntniszwang verkommen sind und deren identitätsstiftende Kraft zunehmend schwindet.

Kommen wir – denn die Deutungsmuster lassen sich keinesfalls strikt voneinander trennen – zum Ausschluss bestimmter Gruppen aus der so definierten Stadtgesellschaft zurück, zeigt sich die Virulenz des dritten Deutungsmusters: Der meritokratischen Gesellschaftsvorstellung, dass Bildung, Arbeit und Leistung die eigene Position in der Gesellschaft bestimmen – eine insbesondere für das sozialdemokratische Milieu lange gültige Maxime. Ihr folgend werden Bildung und Leistung als Voraussetzung für den eigenen Erfolg angesehen und gelten als Grundanforderung, um am öffentlichen Diskurs in Salzgitter teilzunehmen und in die regionalkulturelle Deutungshoheit des demokratischen Industriebürgers integriert zu werden. Wer außen vor bleibe, trage zum Erodieren des gesellschaftlichen Zusammenhaltes bei. Wer jedoch mit anpacke und Leistungsbereitschaft zeige, weise den Ausweg aus der Krise.

Eine weitere Ausprägungsform der meritokratischen Gesellschaftsvorstellung zeigt sich beim Abwehrreflex gegen jegliche Formen von Empathie in Bezug auf die AfD-Wahl. Hier offenbart sich die Deutung der AfD-Wähler als ungebildete Außenseiter, deren Ängste, die sie zur Wahl dieser Partei trieben, man selbst dank der eigenen Bildung, Rationalität und Vernunft einhegen könne. Der Konnex von (Eigen-)Leistung und selbst zugeschriebener Rationalität ermöglicht darüber hinaus Einblicke in ein noch tieferliegendes kulturelles Muster: Im Hinblick auf vermeintlich bildungsferne Migranten, welche die Chancen der eigenen Kinder ohne Migrationshintergrund (aufgrund der schulischen Situation) schmälerten und für hohe Kriminalitätsraten verantwortlich seien, wird bestimmten Ängsten,

für die sinnbildlich die AfD-Wähler stünden, ein gewisses Maß an Berechtigung zugesprochen. Dies schließt indes nicht aus, dass gebildete (assimilierte) Migranten, die arbeiten, im Sinne einer kosmopolitisch überformten kulturellen Vielfalt, die Stadt ungemein bereichern würden.

Ein letztes Deutungsmuster, das einer kosmopolitischen Bildungsemphase, schließt an diesen Komplex an: So wird die Migrationsgeschichte regelmäßig als Erfolgsgeschichte erzählt, die sich zwar an unterschiedlichen Problemkomplexen bricht, jedoch sogleich immer wieder aufs Neue umso vehementer in ihrer Gültigkeit beteuert wird, was auf tiefe kulturelle Beharrungskräfte schließen lässt. Das Credo der „kulturellen Vielfalt“ erscheint zwar identitätsstiftend, allerdings werden aus ihm kaum Konsequenzen für die Alltagswahrnehmung abgeleitet. Die kosmopolitische Bildungsemphase verspricht, das Dilemma aufzulösen: Sie enthält die Vorstellung, dass durch Bildung und damit verbundene Leistung sowohl kulturelle Identität für diejenigen, welche die Leistung erbringen, als auch soziale Integration für die gesamte Gemeinschaft geschaffen werden könne. Und – das hat das Material gezeigt – eine Auflösung des Konfliktes, der das Thema Migration grundiert, ist dringend erforderlich, da es in allen Interviews zu Störungen innerhalb der Erzählungen kam, sobald es um Migration ging, die offenkundig als belastend wahrgenommen und zumindest indirekt mit Überfremdungsangst konnotiert wird. Diese wird insbesondere deutlich in einer Angst vor Veränderungen im Alltag, vor allem im Stadtbild. Zusätzlich wird die Angst vor Migration als Grundlage der AfD-Wahl angenommen, sodass die Angst gleich doppelt problematisch wird. Denn der Erklärungsmechanismus, der einen (mindestens indirekten) Zusammenhang von Migration bzw. der Migrationsgeschichte und -dynamik mit den AfD-Wahlerfolgen suggeriert, zeigt, wie die kulturelle Tradierung der Deutungsmuster und die heutige Problemwahrnehmung ineinandergreifen. Wurde die Migrationsgeschichte der Stadt anfangs meist als Erfolgsgeschichte präsentiert, veränderte sich diese mit dem Auftauchen der Geflüchteten ab 2015, symbolisch besonders der Syrer, die das Stadtbild nicht nur in Lebenstedt in „Damaskus“ oder „Istanbul“ (A4) verwandelten, in eine Problemerkzählung, die sich dann plötzlich auf die gesamte

Migrationsgeschichte bezog. Die lange gültige, integrative Kraft des Arbeitermythos als Teil der städtischen Erfolgserzählung wurde in dieser Logik durch den Zuzugsstopp symbolisch zerstört, was die Öffentlichkeit weiter destabilisierte und sie in verschiedene Gruppen parzellerte – mit entsprechenden Konsequenzen. Dieser Mechanismus veranlasst die Interviewten dazu, es als nahezu natürlich gegeben anzusehen, dass in der aktuellen Migration eine Störung der *dis-harmonischen Stabilität* liege, welche dann fast folgerichtig neue Probleme wie die AfD mit sich bringe.

All diese Probleme verweisen auf tieferliegende Krisen, welche den Interviewten offenbar teilweise bewusst sind, jedoch nicht als solche anerkannt werden. Zwar spüren sie, dass in der politischen Kultur etwas erodiert, was früher Halt gab, was in der Stadt begründet liegt und Zusammenhalt gestiftet hat: der antifaschistische Arbeitermythos bzw. sein Versprechen, mit vielen auf der richtigen Seite zu stehen und seine Potenz, Migranten über ihre Arbeit in diese Gemeinschaft und dadurch in den Mythos selbst zu integrieren. Doch mit der Situation seit 2015 war dies sukzessive nicht mehr möglich: Der Verwaltungspragmatismus führte zu einer zunehmend depolitisierten Öffentlichkeit, die eigene stadtkulturelle Basis wurde immer stärker angegriffen, die zuvor als sichere Bank die SPD stützenden Wähler gaben nun der AfD ihre Stimme oder wendeten sich frustriert von der Politik ab. Mit dieser Entscheidung griffen sie das Selbstverständnis der Stadt an, offenbarten die Sinnkrise der politischen Kultur vor Ort. Doch anstatt sich dieser zu stellen, zeigten sich auf der am tiefsten liegenden analytischen Ebene III vielmehr mannigfache Abwehrmechanismen im Umgang mit der AfD, die wir als Muster einer doppelten Externalisierung beschrieben haben. Sie wirkt für die Deutungseliten entlastend, führt jedoch auch dazu, dass bestimmte Themen, vor allem Migration, brach liegen, denn: Die AfD ist sowohl der Sündenbock, der für alles Problematische verantwortlich gemacht werden kann, als zugleich auch ein kollektiv-vergemeinschaftendes Projektionsobjekt, das es erlaubt, dass sich die Mehrheitsgesellschaft wieder auf eine Seite gegen die gesellschaftlichen Spalter stellen kann. Damit wird die AfD zur Verkörperung der Instabi-

lität der städtischen Alltagsordnung, sie gerinnt zum symbolischen Vorbote für anstehende politische Veränderungen, weil alte Gewissheiten und politisch-kulturelle Selbstverständlichkeiten erodieren.

Zuletzt haben wir versucht, aufzuzeigen, wann bestimmte Themenkomplexe zu Angstobjekten werden: Die Erosion sozialdemokratischer Strukturen setzte die Dynamik einer Verfallserzählung frei, die nun vor allem auf das Thema Migration – zuvor Teil der städtischen Erfolgsgeschichte – übergreift. Das Ende der Gewissheiten kombiniert mit den Angstobjekten Migration und AfD, denen zum Teil ähnliche Konsequenzen zugeschrieben werden (wie eine Verrohung des Klimas, die Kraft einer klandestinen Masse, welche die Gewissheiten endgültig entthront), scheint eigene Abstiegsängste zu aktivieren, insbesondere wenn sie sichtbare Alltagsveränderungen zu evozieren im Stande sind: Vor allem Lebestedt und Fredenberg werden als Inkarnation alles Schlechten aufgerufen; hier, in den einstigen Arbeitervierteln, ballen sich (aus Sicht der Interviewten) Migranten und AfD-Wähler, die – wie gezeigt – als Problemkomplexe eng miteinander verknüpft werden.

### 6.3 Ausblick

Jenseits eines regionalhistorischen Interesses an Salzgitter bleibt das Ziel einer regionalen, qualitativen Politischen Kulturforschung, ausgehend von identifizierten politischen Besonderheiten einer Region – wie es Karl Rohe einmal beschrieb –, diese in Verbindung zu setzen mit verallgemeinerbaren Faktoren, um dadurch etwas über die „kulturellen Sinnbezüge“<sup>253</sup> aussagen zu können. Schließlich erlangen sozialstrukturelle Variablen (beispielsweise Konfession oder Klasse) erst durch die Aufdeckung dieser Sinnbezüge Aussagekraft über jeweilige politische Entwicklungen. Denn eindimensionale Erklärungen von Sozialstruktur, Parteiensystem und Wahlverhalten hat gerade die histo-

253 Rohe: Wahlen und Wählertradition in Deutschland, S. 12.

rische Forschung bereits für unzureichend befunden; dennoch werden auch im Kontext der AfD-Wahlerklärungen immer wieder solche eindimensionalen Erklärungsmodelle diskutiert, wenn etwa Studien eine Korrelation in Regionen mit niedrigem Anteil an Migration und AfD-Erfolgen<sup>254</sup> oder mit vormalig hohem NPD-Wähleranteil<sup>255</sup> als zentral herausstellen. Diese Beispiele verweisen auf die grundlegende Einsicht qualitativer Politischer Kulturforschung: Eine einzelne sozialstrukturelle Variable erklärt alles und zugleich nichts. So wurden auch die gerade genannten und beliebten Erklärungsfolien bereits in verschiedenen Analysen widerlegt<sup>256</sup> bzw. als ungenügend in ihrer Erklärungskraft befunden. Entscheidend ist vielmehr das Ineinandergreifen von Sozialstruktur, Parteiensystem und Wahlverhalten. Und gerade deshalb operieren vor allem Historiker oftmals mit den Begrifflichkeiten von Milieu und Lager, politischer Kultur und Mentalität oder dem neuerdings wiederentdeckten „Cleavage“. Denn mit diesen Modellen und Konzepten soll der innere Zusammenhang verschiedener Faktoren ergründet werden, die sich zumeist von Region zu Region unterscheiden. Nach Rohe ist es also zentral, herauszufinden, wie die jeweilige Sozialstruktur „kulturell überformt worden ist“<sup>257</sup>, d. h. wie die Sozialstrukturvariablen jeweils regional mit kulturellen Sinnbezügen aufgeladen sind und wie diese politisch wirksam werden. In dieser Hinsicht konnte die vorliegende Studie zumindest Grundlagenarbeit für darauf aufbauende Folgestudien leisten, indem sich ihre Erkenntnisse abschließend folgendermaßen pointieren lassen:

254 Vgl. Franz, Christian/Fratzscher, Marcel/Kritikos, Alexander S.: AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, in: DIW Wochenbericht, H. 8/2018, S. 135–144.

255 Vgl. Richter, Christoph/Bösch, Lukas: Demokratieförderung Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017, IDZ-Studie, Jena 2017.

256 Vgl. Manow: Die Politische Ökonomie des Populismus; Finkbeiner/Schröder: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen.

257 Ebd., S. 13.

1. Die AfD ist Symptom und Symbol für den Wandel der Wahrnehmung von Rechtsradikalismus: Die Begrifflichkeiten und Termini, die sich mit dem alten Rechtsradikalismus à la neonazistischer NPD eingeschliffen haben, greifen für den neuen Rechtsradikalismus von Pegida und der AfD nur schwer bzw. zu kurz. Gleichzeitig werden die Partei und ihre Funktionäre nur unzureichend von den Wählern und potenziellen Unterstützern unterschieden, sodass die gesellschaftliche Komplexität und die Ursachen, die hinter dem AfD-Erfolg stehen, kaum bzw. unzureichend reflektiert werden.

2. Es gibt in Salzgitter einen Deutungskonflikt vor Ort, wie man es mit der AfD zu halten habe. Damit bestätigt sich im Lokalpolitischen, was etwa die Politikwissenschaftlerin Sophie Heinze kürzlich für den Landesparlamentarismus herausgestellt hat: Die sogenannten etablierten Parteien haben derzeit keine Strategie, wie sie im aktuell umstrittenen Umgang mit der AfD agieren sollen, sie finden keine Zauberformel.<sup>258</sup> Dieser Deutungskonflikt zeigt sich an unterschiedlichen Austragungsformen (von Relativierungen und Eintagsfliegen-Deutungen bis zur krassen Dramatisierung und NS-Vergleichen). Dadurch, dass die landes- wie bundespolitischen Akteure der Parteien selbst Probleme haben, konsistente Einschätzungen zu treffen und Richtungsentscheidungen vorzugeben – wie man es bei den vermeintlich gezogenen „roten Linien“ und den mantraartig immer wieder vorgebeteten Kooperationsverboten der CDU-Spitze gerade für die ostdeutschen CDU-Landesverbände mit der AfD (aber teilweise auch der Linkspartei) immer wieder sieht –, wird die Orientierungssuche für die lokalpolitischen Parteien und ihre Vertreter zusätzlich erschwert.

3. Der bestehende Konflikt im Umgang führt zur zusätzlichen Polarisierung und verschärft in einer Art Teufelskreis die bereits

258 Vgl. Heinze: Strategien gegen Rechtspopulismus?.

angelegten Spannungen vor Ort. Zivilgesellschaftliche Aktionen, die sich gegen den neuen Rechtsradikalismus richten, führen bei bestimmten Bevölkerungsgruppen teilweise zu einer Art Trotzreaktion, weil sich bestimmte politische Vorstellungen und Annahmen abermals erhärten können und sich das Gefühl des Nicht-Dazugehörens, Nicht-Repräsentierten im Ressentiment der antiliberalen Revolte entlädt – wie es sich in unserem Fallbeispiel sowohl bei den Deutschtürken als auch vor allem bei den Russlanddeutschen (und bei diesen *par excellence*) zeigte, da diese von den Salzgitteranern kaum als Dazugehörige betrachtet, sondern immer als potenzielle Störenfriede angesehen werden, sodass Teile dieser Gruppen offenbar eine Art Befriedigung daraus ziehen, die AfD zu unterstützen.

4. Das Betreten der politischen Bühne von der AfD offenbart gesellschaftspolitische Probleme, deren Ursachen teilweise schon weit zurückreichen. Denn die Partei erhält Zuspruch und gesellschaftlichen Rückenwind von ganz unterschiedlichen Schichten und Gruppen, die sich entweder schon lange nicht mehr parteipolitisch repräsentiert oder schonermaßen resigniert fühlen, dass sie sich vollkommen zurückgezogen hatten. Beide Tendenzen – Repräsentationslücke und hoher Anteil an Nicht-Wählern – sind schon seit Jahren als Achillesverse einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie bekannt.<sup>259</sup> Ganz offensichtlich spült die AfD nun diese Problemlagen wieder an die Oberfläche, wie sich am Fall Salzgitters zeigen ließ. Der Soziologe Klaus Dörre hat in diesem Sinn bereits über das Verhältnis von Arbeiterschaft und AfD-Erfolg hervorgehoben: „Die

AfD macht die Unsichtbaren sichtbar“<sup>260</sup>. Der Politikwissenschaftler Philip Manow sieht im Erfolg des Rechtspopulismus sogar noch viel grundlegender eine gesellschaftliche Entwicklung, die die Demokratie mit ihren eigenen Aporien konfrontiere; der Populismus bedeute daher eine „Wiederkehr des Nicht-Repräsentierten‘ oder Konsequenz einer nicht mehr funktionierenden *repression by representation*“<sup>261</sup>, also des Nicht-Repräsentierbaren.

Die AfD kann aktuell (noch) nicht von der Covid-19-Pandemie profitieren, weil eine solch allumfassende gesellschaftliche Krise klassischerweise die Stunde der Exekutive ist. Aber wie Manow betont, dürfe man sich deshalb keineswegs in falscher Sicherheit wiegen, da vor dem Hintergrund der Langwierigkeit wirtschaftlicher Effekte solcher Krisen die Stunde der Populisten wohl erst noch schlagen werde.<sup>262</sup> Zwar zeigen Studien über die politische Kultur Niedersachsens, dass die Mentalitätsbestände zwischen Göttingen und Aurich auch aufgrund kultureller Beharrungskräfte derzeit so verfasst sind, dass ein eruptiver politischer Umschlag oder eine elektorale Erfolgswelle der AfD hierzulande vergleichsweise unwahrscheinlicher ist als in anderen (ostdeutschen) Regionen.<sup>263</sup> Aber sicher auszuschließen ist auch dies keineswegs mehr. Die vorliegende Regionalstudie hat am Beispiel des sozialdemokratisch geprägten Salzgitter

<sup>259</sup> Vgl. bspw. Mielke, Gerd: Stress und Stressreaktionen. Die Landtagswahlen 2016 und das deutsche Parteiensystem, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, H. 4/2016, S. 1–18.

<sup>260</sup> Monath, Hans: Arbeiter und die radikale Rechte. „Die AfD macht die Unsichtbaren sichtbar“. Interview mit Klaus Dörre, in: Tagesspiegel, 05.12.2020, URL: [https://www.tagesspiegel.de/politik/arbeiter-und-die-radikale-rechte-die-afd-macht-die-unsichtbaren-sichtbar/26687036.html?fbclid=IwAR3\\_C1\\_gocAfdLUv-OkF-q3dO\\_lPrMndB\\_VVMEyIMzet2BVIBIN8x\\_eE3k80](https://www.tagesspiegel.de/politik/arbeiter-und-die-radikale-rechte-die-afd-macht-die-unsichtbaren-sichtbar/26687036.html?fbclid=IwAR3_C1_gocAfdLUv-OkF-q3dO_lPrMndB_VVMEyIMzet2BVIBIN8x_eE3k80) [eingesehen am 14.12.2020].

<sup>261</sup> Manow, Philip: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Frankfurt a. M. 2020, S. 51 (Herv. i. O.).

<sup>262</sup> Vgl. Manow, Philip: COVID-19, Europa und der Populismus, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 46 (2020), H. 3, S. 536–549, hier S. 549.

<sup>263</sup> Vgl. Schenke/Trittel/Neumann: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen.

gezeigt, dass es in Politik und Gesellschaft aktuell keine politische Klarheit darüber gibt, wie man mit der AfD umzugehen habe, und dass es in Politik und Parteien umstritten ist, wie man die Partei und das von ihr Symbolisierte einzuordnen habe. Mangelnde Strategie und fehlende Auseinandersetzung mit Umgang und Einordnung offenbaren nicht zuletzt, dass die Mehrheitsgesellschaft aktuell relativ große Probleme in der deutungskulturellen Verarbeitung der AfD hat, was wiederum mittel- bis langfristig wechselseitig Konflikte evozieren kann. Vor diesem Hintergrund erweist sich die unzureichend reflektierte Auseinandersetzung mit Phänomenen wie der AfD und der „Revolte von rechts“<sup>264</sup> nicht nur als Reaktion auf derzeitige Demokratietheprobleme, sondern auch auf einen jahrelang eingefahrenen – als alternativlos ausgerufenen – Politikmodus, der Angst vor interessen geleiteten Konflikten hat und dazu führte, dass sich die Gesellschaft strenggenommen nur noch schwer als „politische Gesellschaft“<sup>265</sup> verstand bzw. verstanden wissen wollte. Welche Lehren Politik und Gesellschaft aus diesen Umbrüchen ziehen werden, wird sich zeigen.

---

**264** Vgl. Selk, Veith: Revolte von rechts. Der Aufstieg des Retropopulismus als Reaktion auf gegenwärtige Demokratietheprobleme, in: Fromm Forum (Hrsg.): Jahresschrift der Internationalen Erich Fromm Gesellschaft 2020, S. 124–140.

**265** Greven, Michael Th.: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen 1999.

# Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W.:** Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1995.
- Adorno, Theodor W.:** Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag, Berlin 2019.
- Archiv der Stadt Salzgitter (Hrsg.):** 100 Jahre SPD in Salzgitter, Beiträge zur Stadtgeschichte Bd. 8, Salzgitter 1990.
- Archiv der Stadt Salzgitter (Hrsg.):** Vom Dorf zum Stadtzentrum. Die Entwicklung Lebenstedts im 20. Jahrhundert. Beiträge zur Stadtgeschichte, Bd. 23, Salzgitter 2009.
- Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hrsg.):** Sachsen. Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen 2020.
- Becker, Reiner/Hafeneger, Benno:** Rechtsextremismus im ländlichen Raum – Im Spannungsfeld von politischer Bildung, Beratung und pädagogischer Arbeit mit rechten Jugendlichen, in: Deibel, Stefanie/Engel, Alexandra/Hermann-Stietz, Ina/Litges, Gerhard/Penke, Swantje/Wagner, Leonie (Hrsg.): Soziale Arbeit in ländlichen Räumen, Wiesbaden 2012, S. 147–160.
- Becker, Reiner:** Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. Die lokale politische Kultur als begünstigender Faktor für die Herausbildung von Rechtsextremismus, in: Frindte, Wolfgang et al. (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 443–461.
- Benz, Wolfgang:** Vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik. Salzgitter als exemplarische Stadtgründung im 20. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 10–28.
- Bergem, Wolfgang/Diehl, Paula/Lietzmann, Hans J. (Hrsg.):** Politische Kulturforschung Reloaded. Neue Theorien, Methoden und Ergebnisse, Bielefeld 2019.
- Bertram, Jürgen:** Mustafa im Hinterzimmer, in: Die Zeit, 12.05.1978, URL: <https://www.zeit.de/1978/20/mustafa-im-hinterzimmer/komplettansicht> [eingesehen am 03.11.2020].
- Best, Heinrich/Schmidtke, Franziska/Vogel, Lars/Busch, Rahel/Miehlke, Marius:** Topographie und regionale Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen, Projektbericht KomRex, Jena 2017.
- Bittner, Wolfgang:** Salzgitter. Eine deutsche Geschichte, Salzgitter 1992.
- Bögelein, Nicole/Vetter, Nicole (Hrsg.):** Der Deutungsmusteransatz. Einführung – Erkenntnisse – Perspektiven, Weinheim 2019.
- Bose, Sophie:** „Klare Kante“ gegen rechts? Befunde einer qualitativen Untersuchung zum Umgang der Gewerkschaften mit dem Rechtspopulismus, in: Becker, Katharina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte, Bonn 2020 [2018], S. 227–241.
- Botsch, Gideon:** Zeitgeschichtliche Impulse für die Rechtsextremismus-Forschung, in: Zeitgeschichte-online, 23.10.2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/zeitgeschichtliche-impulse-fuer-die-rechtsextremismus-forschung> [eingesehen am 04.12.2020].
- Braunschweigische Landschaft e. V. (Hrsg.):** Topographie der Erinnerung. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus im Gebiet der Braunschweigischen Landschaft, URL: <http://www.appelhans-verlag.de/leseprobe/Topogra>

- phie\_der\_Erinnerung/files/assets/seo/page37.html [eingesehen am 05.11.2020].
- Braunschweigische Landschaft e. V. (Hrsg.):** Braunschweiges Land in der Weimarer Republik 1918–1933, S. 16, URL: [https://www.braunschweigelandschaft.de/fileadmin/user\\_upload/bl/news/Heimatspfeiler/Weimarer-Republik/Katalog\\_-\\_Internet.pdf](https://www.braunschweigelandschaft.de/fileadmin/user_upload/bl/news/Heimatspfeiler/Weimarer-Republik/Katalog_-_Internet.pdf) [eingesehen am 05.11.2020].
- Brosius, Dieter:** Zur Lage der Flüchtlinge in Niedersachsen nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, H. 55/1983, S. 99–113.
- Bundeswahlleiter:** URL: <https://bundeswahlleiter.de> [eingesehen am 05.11.2020].
- Buntenbach, Annelie:** Keine Alternative zur Arbeiterbewegung: Die Anziehungskraft der AfD für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Eine Herausforderung für Gewerkschaften, in: Becker, Katharina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte, Bonn 2020 [2018], S. 169–182.
- Butterwegge, Christoph:** Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 292–313.
- Clemenz, Manfred:** Aspekte einer Theorie des aktuellen Rechtsradikalismus in Deutschland. Eine sozialpsychologische Kritik, in: König, Hans-Dieter (Hrsg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a. M. 1998, S. 126–176.
- Decker, Oliver et al.:** Die Leipziger Autoritismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritismus Studie 2020, Gießen 2020, S. 27–87.
- Deutschland Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940,** Jg. 5 (1938), Nr. 9., Frankfurt am Main 1980, S. A 98–99, URL: <http://fes.imageware.de/fes/web/> [eingesehen am 05.11.2020].
- Dewitz, Dominik/Nolte, Marie:** „Wenn die weltweite Stimmung zu kippen droht.“ Die AfD in Salzgitter, in: Demokratie-Dialog H. 7/2020, S. 48–56.
- DGB-Bezirk NRW:** Kommunal total banal? AfD und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen vor den Kommunalwahlen 2020, Düsseldorf 2020, URL: <https://nrw.dgb.de/archiv/++co++40479548-b625-11ea-b194-52540088cada> [eingesehen am 16.11.2020].
- Dörre, Klaus:** In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage, in: Becker, Katharina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte, Bonn 2020 [2018], S. 49–80.
- Dülmer, Hermann/Ohr, Dieter:** Rechtsextremistische Wahlabsicht und regionaler Kontext: Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 49 (2008), H. 3, S. 491–517.
- Eiben, Jörn:** Industriestädte und ihre Krisen. Wilhelmshaven und Wolfsburg in den 1970er und 1980er Jahren, Göttingen 2019.
- El-Mafaalani, Aladin:** Alle an einem Tisch: Identitätspolitik und die paradoxen Verhältnisse zwischen Teilhabe und Diskriminierung, in: APUZ, H. 9–11/2019, S. 41–45.
- Finkbeiner, Florian:** Mächtiges Überraschen. Die Crux des AfD-Erfolges am Beispiel der Landtagswahl in Niedersachsen 2017, in: Demokratie-Dialog, H. 2/2018, S. 80–86.
- Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina:** Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Ein historischer Problemaufriss, FoDEX-Studie Rechtsradikalismus Nr. 1, Göttingen 2019.
- Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina:** Politische Kulturforschung als Zugang zur Analyse rechtsradikaler Bewusstseinsformen, in: Demokratie-Dialog, H. 4/2019, S. 57–64.
- Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars:** Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019.
- Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas:** Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen. FoDEX-Studie Rechtsradikalismus Nr. 4, Göttingen 2020.
- Fischer-Rosenthal Wolfgang/Rosenthal, Gabriele:** Warum Biographieanalyse und wie man sie macht, in: Zeitschrift für Sozialisationsfor-

- schung und Erziehungssoziologie, Jg. 17 (1979), H. 4, S. 405–427.
- Försterling, Reinhard:** Neubeginn politischen Lebens nach 1945. Parteigründungen und Wahlen, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 335–357.
- FoDEX:** Über FoDEX, URL: <https://www.fodex-online.de/ueber-fodex/> [eingesehen am 02.12.2020].
- Franz, Christian/Fratscher, Marcel/Kritikos, Alexander S.:** AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, in: DIW Wochenbericht 8/2018, S. 135–144.
- Freud, Anna:** Das Ich und die Abwehrmechanismen, Frankfurt a. M. 2010 [1936].
- Freud, Sigmund:** Das Unbehagen in der Kultur (1930), in: Gesammelte Schriften, Bd. 14, Hg. v. Anna Freud, Frankfurt a. M. 1963, S. 421–506.
- Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank/Vetter, Angelika (Hrsg.):** Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen 1997.
- Georgi, Oliver:** Hetze in AfD-Kreisverband, „Krieg gegen das widerwärtige System auf deutschem Boden“, in: FAZ.net, 26.09.2017, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-kreisverband-hetzt-auf-facebook-often-gegen-demokratie-15218764.html> [eingesehen am 30.07.2020].
- Glück, Horst:** Politische Traditionen und Wahlverhalten. Ein Beitrag zur regionalen politischen Kultur, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Wahlverhalten, Stuttgart 1991, S. 194–207.
- Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.):** Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel 2013.
- Grebing, Helga:** Niedersachsen vor 40 Jahren. Gesellschaftliche Traditionen und politische Neuordnung, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 60 (1988), S. 213–227.
- Greven, Michael Th.:** Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezipion als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen 1999.
- Groppe, Carola:** Identität durch Bildung. Das deutsch-jüdische Bürgertum in seinen Selbstbeschreibungen am Beispiel des George-Kreises vor und nach 1933, in: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung, Bd. 5, Bad Heilbrunn 1999, S. 167–196.
- Heinze, Anna-Sophie:** Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten, Baden-Baden 2020.
- Held, Josef/Bibouche, Seddik/Dinger, Gerhard/Merkle, Gudrun/Schork, Carolin/Wilms, Laura:** Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis, Hamburg 2008.
- Hennig, Eike:** Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt a. M. 1991.
- : Einleitung: Die Kohärenz von Raum, Struktur und Orientierung, in: ders./Homburg, Heiko/Lohde-Reiff, Robert (Hrsg.): Politische Kultur in städtischen Räumen. Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel, Opladen 1999, S. 17–54.
- : Die Erosion des sozialdemokratischen Elektorats und die Schwächung des Parteiensystems in Kassel, in: ders./Homburg, Heiko/Lohde-Reiff, Robert (Hrsg.): Politische Kultur in städtischen Räumen. Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel, Opladen 1999, S. 55–80.
- Hennig, Eike/Homburg, Heiko/Lohde-Reiff, Robert (Hrsg.):** Politische Kultur in städtischen Räumen – Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel, Wiesbaden 1999.
- Herlemann, Beatrix:** Verweigerung, Opposition, Widerstand unter den Arbeitern der Reichswerke, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 131–149.
- Herlyn, Ulfert/Tessin, Wulf/Harth, Annette/Scheller, Gitta:** Faszination Wolfsburg 1938–2012, Wiesbaden 2012.
- Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hrsg.):** The Invention of Tradition, Cambridge 1993.
- Homburg, Heiko:** Die CDU: Von der Honoratiorenpartei zur homogenen Großpartei, in: Hennig, Eike/Homburg, Heiko/Lohde-Reiff, Robert (Hrsg.): Politische Kultur in städtischen Räumen. Parteien auf der Suche nach Wählern und Vertrauen. Eine Studie am Beispiel der Stadt Kassel, Opladen 1999, S. 143–188.
- IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter:** 50 Jahre IG Metall Salzgitter, Salzgitter 1998.

- IG Metall Salzgitter–Peine:** Betriebe, URL: <https://www.igmetall-salzgitter-peine.de/betriebe-tarif/> [eingesehen am 11.08.2020].
- Jesse, Eckhard:** Das Aufkommen der Alternative für Deutschland. Deutschland ist kein Ausnahmefall mehr, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration, Wiesbaden 2019, S. 97–132.
- Jung, Thomas/Müller-Doohm, Stefan (Hrsg.):** „Wirklichkeit“ im Deutungsprozeß. Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M. 1993.
- Keilmann, Arne:** Von der Landschaft zur Stadtlandschaft, in: Geschichtsverein Salzgitter (Hrsg.): Salzgitter. Die neue Stadt, Geschichtsverein Salzgitter e. V., Salzgitter 2018, S. 41–68.
- Kieserling, André:** Leistungsgesellschaft: Ist das Gemeinwohl am Ende?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.11.2020, URL: <https://www.faz.net/aktuell/wissen/geist-soziales/soziologie-der-leistungsgesellschaften-ist-das-gemeinwohl-am-ende-17027747.html?fbclid=IwAR229tfwWCHOWsOQnc2JlgjDAHVLK-g4B-n4vGhFpF65tf0hGXgw79g5iqkf0> [eingesehen am 03.11.2020].
- Klecha, Stephan:** Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104.
- Kloke, Leon:** Replik auf geschichtsfälschenden Artikel in „Zuerst!“, 02.09.2010, URL: <http://verdi-jugendgoettingen.blogspot.de/2010/09/02/replik-auf-geschichtsfaelshenden-artikel-in-zuerst/> [eingesehen am 05.11.2020].
- Kock, Sonja:** „Hochburgen“ des Rechtsextremismus im Südwesten der Bundesrepublik. Zur Tragweite politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze rechtsextremer Wahlerfolge, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 207–237.
- Koopmanns, Ruud:** Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration, Berlin 2017.
- Koopmanns, Ruud/Dunkel, Anna/Schaeffer, Merlin/Veit, Susanne:** Ethnische Diversität, soziales Vertrauen und Zivilengagement. WZB Discussion Paper SP IV 2011–703, Berlin 2011.
- Kothe, Michael/Westermann, Eric:** Volksverhetzung: Urteil gegen Salzgitters AfD-Chef rechtskräftig, in: Braunschweiger Zeitung, 13.01.2020, URL: <https://www.braunschweiger-zeitung.de/salzgitter/article228126207/Volksverhetzung-Urteil-gegen-Salzgitters-AfD-Chef-rechtskraef-tig.html> [eingesehen am 30.07.2020].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen,** URL: <https://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp> [eingesehen am 05.11.2020].
- Lang, Anna-Sophia:** Wenn die Stimmung kippt, in: Der Spiegel, 22.10.2017, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-erfolg-in-salzgitter-wenn-die-stimmung-kippt-a-1173710.html> [eingesehen am 04.09.2020].
- Lange, Horst-Günther:** Bürger und Bauern – Arbeiter und Musikanten. Leben und Arbeitswelt im Salzgittergebiet vom 16. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 647–667.
- Laplanche, Jean/Pontalis, Jean-Bertrand:** Das Vokabular der Psychoanalyse, Frankfurt a. M. 1973.
- Leggewie, Claus:** Populisten verstehen: Ein Versuch zur Politik der Gefühle, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden 2015, S. 139–154.
- Lehnert, Detlef:** Kehrseite des Technokratismus. Vergleichende Notizen zum neueren westlichen Rechtspopulismus, in: Indes, H. 3/2017, S. 121–132.
- Lepsius, Rainer M.:** Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung, in: ders.: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 96–116.
- : Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen 1993.
- Leuschner, Jörg:** Die Demontage der Reichswerke (1945–1951), Salzgitter 1990.
- : Stadtgründung und Anfänge der Kommunalpolitik, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 390–417.
- : Salzgitter – Die Entstehung einer nationalsozialistischen Neustadt von 1937–1942, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 65 (1993), S. 33–48.
- : Die „Zweite Stadtgründung Salzgitters“. Vom Torso zur Großstadt (Stadtplanung und -bau

- Salzgitters von 1945 bis 1964/1965), in: Geschichtsverein Salzgitter (Hrsg.): Salzgitter. Die neue Stadt, Geschichtsverein Salzgitter e. V., Salzgitter 2018, S. 85–105.
- Lilla, Mark:** Identitätspolitik ist keine Politik, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.11.2016, URL: <https://www.nzz.ch/feuilleton/mark-lilla-ueber-die-krise-des-linksliberalismus-identitaetspolitik-ist-keine-politik-ld.130695> [eingesehen am 20.10.2020].
- Loch, Ulrike/Rosenthal, Gabriele:** Das narrative Interview, in: Schaeffer, Doris/Müller-Mundt, Gabriele (Hrsg.): Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung, Bern u. a. 2002, S. 221–232.
- Lübbe, Hermann:** Zur politischen Theorie der Technokratie, in: ders.: Theorie und Entscheidung. Studien zum Primat der praktischen Vernunft, Freiburg 1971, S. 32–53.
- Lüdecke, Ulf:** Erstmals Zuzugsstopp in deutscher Gemeinde. Flüchtlingskrise in Salzgitter – OB: „Machen weiter, brauchen aber eine Atempause“, in: Focus.Online, 13.10.2017, URL: [https://www.focus.de/politik/deutschland/niedersachsen-erlass-fuer-salzgitter-erstmals-zuzugsstopp-von-fluechtlingen-in-deutscher-gemeinde\\_id\\_7708062.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/niedersachsen-erlass-fuer-salzgitter-erstmals-zuzugsstopp-von-fluechtlingen-in-deutscher-gemeinde_id_7708062.html), [eingesehen am 29.07.2020].
- Lüdemann, Susanne/Vesting, Thomas:** Vom Geheiß der Deutung. Eine Bestandsaufnahme, in: dies. (Hrsg.): Was heißt Deutung? Verhandlungen zwischen Recht, Philologie und Psychoanalyse, Paderborn 2017, S. 9–35.
- Lüders, Christian:** Deutungsmusteranalyse: Annäherungen an ein risikoreiches Konzept, in: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen, Wiesbaden 1991, S. 377–408.
- Lüders, Christian/Meuser, Michael:** Deutungsmusteranalyse, in: Hitzler, Ronald/Honer, Anne (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung, Wiesbaden 1997, S. 57–79.
- Manow, Philip:** Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2019 [2018].
- : (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Frankfurt a. M. 2020.
- : COVID-19, Europa und der Populismus, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 46 (2020), H. 3, S. 536–549.
- Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/Dermitzaki, Efpraxia:** Niedersächsischer Demokratie-Monitor. NDM 2019. FoDEX-Studie Politische Kultur Nr. 2, Göttingen 2019.
- Marg, Stine/Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian:** Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff. Zwischenstand der begriffshistorischen und -theoretischen Reflexion im Forschungsprozess, in: Demokratie-Dialog, H. 5/2019, S. 2–13.
- Mewes, Alexander:** Stadtgesellschaft und Zuwanderung. Zur Logik sozialräumlichen Integrationshandelns in der Einwanderungsgesellschaft, Konstanz 2013.
- Mielke, Gerd:** Stress und Stressreaktionen. Die Landtagswahlen 2016 und das deutsche Parteiensystem, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, H. 4/2016, S. 1–18.
- Monath, Hans:** Arbeiter und die radikale Rechte. „Die AfD macht die Unsichtbaren sichtbar“. Interview mit Klaus Dörre, in: Tagesspiegel, 05.12.2020, URL: [https://www.tagesspiegel.de/politik/arbeiter-und-die-radikale-rechte-die-afd-macht-die-unsichtbaren-sichtbar/26687036.html?fbclid=IwAR3\\_C1\\_gocAfd-LUvOkF-q3dO\\_lPrMndB\\_VVMEyiMzet2BVib-IN8x\\_eE3k80](https://www.tagesspiegel.de/politik/arbeiter-und-die-radikale-rechte-die-afd-macht-die-unsichtbaren-sichtbar/26687036.html?fbclid=IwAR3_C1_gocAfd-LUvOkF-q3dO_lPrMndB_VVMEyiMzet2BVib-IN8x_eE3k80) [eingesehen am 14.12.2020].
- Niedersächsische Staatskanzlei:** Ministerpräsident Weil und Oberbürgermeister Klingebiel stellen Strukturhilfeprogramm des Landes für Salzgitter vor, 14.10.2019, URL: <https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/ministerprasident-weil-und-oberburgermeister-klingebiel-stellen-strukturhilfeprogramm-des-landes-fur-salzgitter-vor-181584.html> [eingesehen am 28.07.2020].
- Nickel, Carsten:** Rückbau der Gesellschaft, in: Merkur, Jg. 73 (2019), H. 839, S. 27–36.
- Oevermann, Ulrich:** Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Zugleich eine Analyse des kulturellen Syndroms, in: König, Hans-Dieter (Hrsg.): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a. M. 1998, S. 83–125.
- : Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern (1973), in: Sozialer Sinn, H. 1/2001, S. 3–33.
- : Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung, in: Sozialer Sinn 1/2001, S. 35–81.
- : Krise und Routine als analytisches Paradigma in den Sozialwissenschaften, in: Becker-Lenz,

- Roland (Hrsg.): Die Methodenschule der Objektiven Hermeneutik: Eine Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2016, S. 43–114.
- O. V.: Geschichte eines Automobils, in: Spiegel, 01.06.1950, URL: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44448514.html> [eingesehen am 05.11.2020].
- Pfahl-Traugber, Armin:** Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert:** Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden 2006.
- Plumpe, Werner/Steiner, André (Hrsg.):** Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960–1990, Göttingen 2016.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter:** Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden 2015.
- Raphael, Lutz:** Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Bonn 2019.
- Recker, Marie-Luise:** Das Leben in der neuen Stadt. Zwischen sozialpolitischem Anspruch und sozialer Realität, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgit-ter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 149–166.
- Reckwitz, Andreas:** Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Bonn 2020 [2019].
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas:** Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017, IDZ-Studie, Jena 2017.
- Riedel, Matthias:** Gründung und Entwicklung der Reichswerke „Hermann Göring“ und deren Position in der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches 1935–1945, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgit-ter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 41–78.
- Rohe, Karl:** Vom Revier zum Ruhrgebiet: Wahlen, Parteien, politische Kultur, Essen 1986.
- : Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, H. 18/1987, S. 39–48
- : Vom sozialdemokratischen Armenhaus zur Wagenburg der SPD. Politischer Strukturwandel in einer Industrieregion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 13 (1987), H. 4, S. 508–534.
- : Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturfor-schung, in: Historische Zeitschrift, H. 250/1990, S. 321–346.
- : Wahlen und Wählertradition in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensystem im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992.
- : Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Ein-führung in das politische Denken, Stuttgart 1994 [1978].
- : Politische Kultur: Zum Verständnis eines theo-retischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/von Beyme, Klaus (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin 1994.
- Rosenthal, Gabriele:** Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Weinheim/Basel 2014.
- Ruhose, Fedor:** Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Ak-teur, Wiesbaden 2019.
- Salzborn, Samuel:** Rechtsextremismus. Erschei-nungsformen und Erklärungsansätze, Ba-den-Baden 2014.
- Schellenberg, Britta:** Mügeln. Die Entwicklung ras-sistischer Hegemonien und die Ausbreitung der Neonazis, Dresden 2014, URL: [https://www.boell.de/sites/default/files/muegeln\\_download.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/muegeln_download.pdf) [eingesehen am 24.11.2020].
- Schenke, Julian:** Student und Demokratie. Das poli-tische Potenzial deutscher Studierender in Ge-schichte und Gegenwart, Bielefeld 2020.
- Schenke, Julian/Schmitz, Christopher/Marg, Stine/Trittel, Katharina:** Pegida-Effekte? Jugend zwis-chen Polarisierung und politischer Unberührt-heit, Bielefeld 2018.
- Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian/Neumann, Amelie:** Das Potenzial der Cleavage-Perspek-tive. Wahlverhalten als Oberflächenphänomen der politischen Kultur, in: Demokratie-Dialog, H. 6/2020, S. 2–11.
- Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Ame-lie:** Die ungeschriebene Verfassung der Nie-dersachsen. I. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM), FoDEX-Studie Nr. 5, Göttingen 2020.

- Schneider, Christian:** Stadt-Bau Salzgitter. 1937–1990, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter. Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 166–212.
- Schöneberg, Kai:** Eine Stadt aus Stahl und Blut, in: taz, 10.03.2004, URL: <https://taz.de/Eine-Stadt-aus-Stahl-und-Blut/!778237/> [eingesehen am 05.11.2020].
- Schröder, Gerhard:** Aufbau und Festigung demokratischer Strukturen, in: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.): Von außen Gesehen. 50 Jahre IG Metall Salzgitter, Salzgitter 1998, S. 23–26.
- Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas:** Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster, OBS-Studie 102, Frankfurt a. M. 2020.
- Schütze, Fritz:** Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien – dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen, Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien 1, Bielefeld 1977.
- Schulte, Dieter:** Durch Widerstand ein kämpferisches Profil, in: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.): Von außen Gesehen. 50 Jahre IG Metall Salzgitter, Salzgitter 1998, S. 13–25.
- Schulze, Rainer:** Salzgitter aus britischer Sicht. Besatzungszeit und Besatzungspolitik 1945–1950/51, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 312–335.
- Schwarz, Andreas/Morlok, Christoph:** Zwölf Porträts aus einer deutschen Stadt, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 500–526.
- Selk, Veith:** Revolte von rechts. Der Aufstieg des Retropopulismus als Reaktion auf gegenwärtige Demokratieprobleme, in: Fromm Forum (Hrsg.): Jahresschrift der Internationalen Erich Fromm Gesellschaft 2020, S. 124–140.
- Stadt Salzgitter:** Statistisches Jahrbuch Salzgitter (Stand 2017), URL: <https://www.salzgitter.de/rathaus/jahrbuch.php> [eingesehen am 05.11.2020].
- Stichweh, Rudolf:** Divided Society. Persistent Inequality, Asymmetrical Dependency and Socio-cultural Polarization as Divisive Forces in Contemporary Society, Bonn 2020.
- Strauß, Simon:** Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik, in: APUZ, H. 9–11/2019, S. 4–9.
- Thum, Horst:** Betriebsräte und Gewerkschaften 1945–1951, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Salzgitter: Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942–1992, München 1992, S. 358–390.
- Ullrich, Carsten G.:** Deutungsmusteranalyse und diskursives Interview. Leitfadenskonstruktion, Interviewführung und Typenbildung, Arbeitspapiere. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung 3, Mannheim 1999.
- Walter, Franz/Dürr, Tobias/Schmidtke, Klaus:** Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene von Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993.
- Walter, Franz/Dürr, Tobias:** Die Heimatlosigkeit der Macht: Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2002.
- Walter, Franz/Schieben, Michael:** Von der roten Stadt zur toten Stadt? Das Beispiel Freital, in: Busse, Tanja/Dürr, Tobias (Hrsg.): Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance, Berlin 2003, S. 219–239.
- Walter, Franz:** Die SPD. Biographie einer Partei von Ferdinand Lassalle bis Andrea Nahles, Hamburg 2018.
- Wegweiser Kommune:** Statistische Daten Salzgitter Beschäftigung 2016–2018, URL: <https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/salzgitter+beschaeftigung+2016-2018+tabelle> [eingesehen am 11.08.2020].
- Werz, Nikolaus/Koschkar, Martin (Hrsg.):** Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden 2016.
- Wessel, Horst A.:** Stahl und Technologie. Die Geschichte der Salzgitter AG 1858–2008, Salzgitter 2008.
- Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter:** Wirtschaftsstruktur, 08.01.2020, URL: <https://www.wis-salzgitter.de/wirtschaftsstruktur/?profile=SI-40356> [eingesehen am 11.08.2020].
- Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter:** Stadt Salzgitter, URL: <https://www.komsis.de/sz-si/de/profile/SI-40356> [eingesehen am 05.11.2020].
- Wysocki, Gerd:** Zwangsarbeit im Stahlkonzern. Salzgitter und die Reichswerke „Hermann Göring“ 1937–1945. Braunschweig 1982.

- Young, Michael:** The Rise of the Meritocracy, London/New York 1994 [1958].
- Zensus 2011:** Personen nach Migrationshintergrund für Salzgitter, Stadt (Kreisfreie Stadt), 09.05.2011, URL: <https://ergebnisse.zensus2011.de/datenbank/online/> [eingesehen am 04.09.2020].
- Zwickel, Klaus:** Kampf gegen die Demontage und für die Montanmitbestimmung, in: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.): Von außen Gesehen. 50 Jahre IG Metall Salzgitter, Salzgitter 1998, S. 9–12.

# Autoren



**Dr. Florian Finkbeiner**, geb. 1988, Projektleiter der FoDEx-Forschungsstelle am Göttinger Institut für Demokratieforschung und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Rechtsradikalismus. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ideengeschichte, Konservatismus und Rechtsradikalismus sowie Parteien- und Politische Kulturforschung.



**Dominik Dewitz**, geb. 1992, war studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung und ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkten in der politischen Kulturforschung und der Erforschung menschen- und demokratiefeindlicher Einstellungen. Hierbei orientiert er sich insbesondere an Ansätzen aus der psychoanalytischen Sozialforschung.



**Dr. Katharina Trittel**, geb. 1984, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im FoDEx-Fachbereich Rechtsradikalismus am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts (insbesondere die Zeit des Nationalsozialismus, Elitenkontinuität und Erinnerungskultur), Rechtsradikalismus und Proteste.



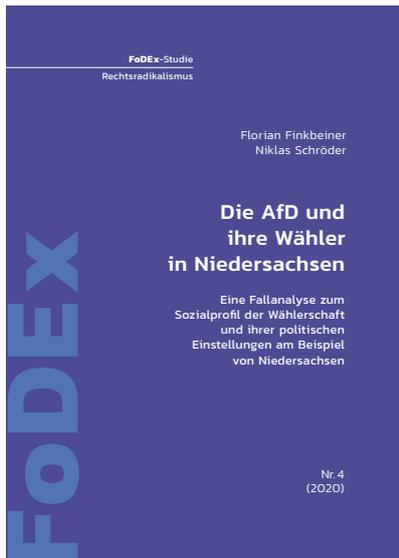
**Ellen Brühl,**  
geb. 1999, studierte Politikwissenschaft und Gender Studies an der Universität Göttingen und der Universität Kopenhagen. Von 2020 bis Anfang 2021 war sie studentische Hilfskraft im FoDEx-Fachbereich Rechtsradikalismus am Göttinger Institut für Demokratieforschung.



**Niklas Schröder,**  
geb. 1994, studierte Politikwissenschaft in Göttingen und Prag. Von 2017 bis 2020 war er als studentische Hilfskraft im FoDEx-Fachbereich Rechtsradikalismus beschäftigt. Aktuell arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für einen Bundestagsabgeordneten.



**Marie Nolte,**  
geb. 1995, studiert Soziologie im Master an der Universität Göttingen. Von 2019 bis 2020 war sie als studentische Hilfskraft im FoDEx-Fachbereich Rechtsradikalismus beschäftigt.



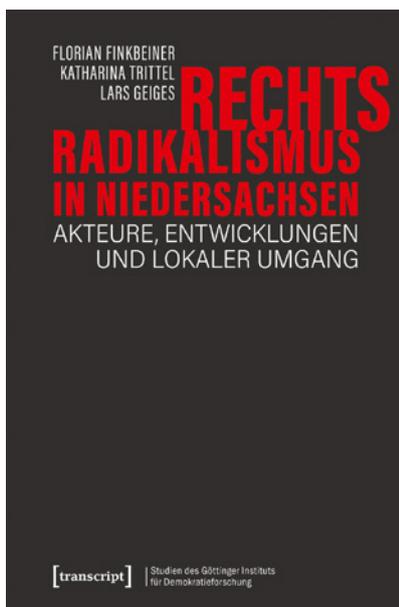
*Florian Finkbeiner / Niklas Schröder*

### Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen

Die Kurzstudie analysiert die AfD und ihre Wählerschaft in Niedersachsen. Wo wird die Partei gewählt, von wem und aus welchen Gründen? Und gibt es überhaupt etwas Spezifisches, was »den« AfD-Wähler ausmacht? Die Studie untersucht das Sozialprofil und die politischen Einstellungen der Wähler am Beispiel von Niedersachsen, um das politische Wählerpotenzial der AfD zu sondieren. 9/2019, 358 S. kart., Klebebindung, 15 SW-Abb.

FoDEX-Studie Nr. 4 (2020)

Frei als Download unter: <https://www.fodex-online.de/publikationen/die-afd-und-ihre-waehler-in-niedersachsen/>



*Florian Finkbeiner / Katharina Trittel / Lars Geiges*

### Rechtsradikalismus in Niedersachsen

Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang

Die Wahrnehmung von Rechtsradikalismus in der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verändert und wird vor allem überregional diskutiert. Doch wie reagieren Akteure vor Ort auf rechtsradikale Ereignisse, Gruppen oder Phänomene, welchen Umgang finden sie mit ihnen? Und haben diese Aushandlungsmodi Einfluss auf neuerliche rechtsradikale Formierungen? An ausgewählten Fallbeispielen aus Niedersachsen untersuchen die Autor\_innen Wechselwirkungen rechtsradikaler Phänomene mit der lokalkulturellen Mehrheitsgesellschaft, besonders mit lokalen Akteuren und Institutionen. Dabei zeichnen sie auch die historischen Entwicklungen nach, um sich den Tiefendimensionen der Entstehungs- und Konstituierungsbedingungen von politischem Rechtsradikalismus in lokalen Kontexten anzunähern.

Erschienen: 9/2019, 358 S. kart., Klebebindung, 15 SW-Abb.

Print, 34,99 EUR

ISBN 978-3-8376-4965-9

E-Book (PDF), Open Access unter:

<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4965-9/rechtsradikalismus-in-niedersachsen/>

E-Book (EPUB), Open Access

ISBN 978-3-8394-5648-4

# Impressum

## Herausgeberin

Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und  
religiöser Extremismen

am Institut für Demokratieforschung  
Georg-August-Universität Göttingen  
Weender Landstraße 14  
37073 Göttingen

Tel.: +49 551 39 1701 00

Fax: +49 551 39 1701 01

E-Mail: [kontakt@fodex-online.de](mailto:kontakt@fodex-online.de)

## Ansprechpartner

Studie:

Dr. Florian Finkbeiner

[florian.finkbeiner@demokratie-goettingen.de](mailto:florian.finkbeiner@demokratie-goettingen.de)

## Grafikdesign

Katja Töpfer

## FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und religiöser  
Extremismen in Niedersachsen



Göttinger Institut für  
Demokratieforschung

## Nachweise

Schrift:

Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadson-demak.com/>], 2015, SIL Open Font License v1.10 [[http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item\\_id=OFL\\_web](http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web)]

ISSN 2628-3743 FoDEx-Studie (Print)  
ISSN 2628-3751 FoDEx-Studie (Online)

Göttingen, April 2021

ISSN (Print) 2628-3743

ISSN (Online) 2628-3751

# FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und religiöser  
Extremismen in Niedersachsen

[www.fodex-online.de](http://www.fodex-online.de)



Göttinger Institut für  
**Demokratieforschung**

[www.demokratie-goettingen.de](http://www.demokratie-goettingen.de)